

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Krötenschlucken?

Unlängst traf ich in einer kleinen Stadt Mecklenburg-Vorpommerns einen alten Kampfgefährten. „Ringstorff und Methling haben sich neulich ganz achtbar geschlagen“, sagte er anerkennend. Mein Freund bezog sich auf das Verhalten des SPD-Ministerpräsidenten und seines PDS-Stellvertreters bei der Peinlichkeitsvisite des USA-Präsidenten im einstigen Kaiserbad an der Ostsee. Während sich Methling beherzt an die Spitze einer Stralsunder Gegendemonstration gestellt hatte, blieb der verspätet eingeladene Ringstorff dem Anschneiden eines reichlich verkohlten Wildschweines in Merks CDU-Stammlokal demonstrativ fern.

Natürlich hing das alles mit dem in Mecklenburg-Vorpommern angelaufenen Wahlkampf zusammen. Die 12 500 für die totale Abschirmung des „populären“ Privatgastes der Bundeskanzlerin zusammengesetzten Polizisten sowie die 20 Millionen Euro aus Steuermitteln, die das Sommertheater kostete, brachten vermutlich keine Punkte. Da war es für Ringstorff angezeigt, die Protestbeute nicht der PDS zu überlassen.

Mein Freund meinte zum Thema Wahlen, man dürfe diese weder unter- noch überbewerten. Er verwies auf das bekannte Wort, daß Abstimmungen, würden sie tatsächlich etwas verändern, von der Bourgeoisie längst abgeschafft worden wären. Wir einigten uns darauf, daß Wahlen immerhin ein Gradmesser des Massenbewußtseins seien. Flugs waren wir bei der Frage, für welche Partei man denn überhaupt noch optieren könne. „Das ist keine leichte Entscheidung“, bemerkte ich. „Maßgeblich ist, was die in Deutschland Herrschenden am meisten herausfordert“, erwiderte mein Freund. „Mir scheint, daß ihnen der vorjährige Wahlerfolg der Linkspartei am stärksten gegen den Strich gegangen ist.“ „Angesichts des einstweiligen Fehlens einer landesweiten kommunistischen Alternative könnte das der Fall sein“, stimmte ich zu.

Hier ist jetzt der Ort, einige darüber hinausgehende Betrachtungen anzustellen. In der Linkspartei gibt es ohne Zweifel Kräfte, die sich für einen Weg ohne Ausbeuter entschieden haben. Sie befinden sich nicht nur in der Kommunistischen Plattform und vielen Basisorganisationen, sondern gruppieren sich vor allem auch um den Unterstützerkreis des Aufrufs „Für eine antikapitalistische Linke“, zu dem ein breites Spektrum von Persönlichkeiten aus Linkspartei.PDS und WASG gehört. Etliche Namen stehen inzwischen unter dem Appell: Neben Sarah Wagenknecht haben ihn die Bundestagsabgeordnete Nele Hirsch (Linkspartei), der parteilose Europaabgeordnete Tobias Pflüger und

die WASG-Mitbegründerin Sabine Lösing unterzeichnet. Wer die Positionen dieses Aufrufs einnimmt, verdient unsere Solidarität – auch die mit dem Stimmzettel. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker. Bei ihnen mischen sich allerdings die Farben. Es gibt da standhafte Sozialisten, opportunistische Anpasser und ausgesprochene Antikommunisten. Man darf sie nicht in einen Topf werfen.

In der „RotFuchs“-Redaktion laufen inzwischen die Telefone heiß. „Gut und schön – die PDS ist nach wie vor ein Lieblingsgegner des Kapitals. Aber gilt das auch für Berlin, wo sie mit rechten Sozialdemokraten in einem Boot sitzt und Petra Pau stolz verkündet, ihre Partei könne den bürgerlichen Staat besser verwalten als die Bourgeoisie?“, erkundigte sich eine Genossin aus Friedrichshain. „Für uns Berliner PDS-Anhänger wird es am 17. September das reinste Krötenschlucken geben“, erklärte ein RF-Leser aus Pankow. „Wolf, Flierl und Liebig kann man nach all ihrer prinzipienlosen Kungelei mit der SPD und angesichts ihrer Absicht, die Koalition fortzusetzen, doch nicht ernsthaft wählen! Da soll die PDS lieber in die Opposition geschickt werden!“ Und ein Lichtenberger vertrat den Standpunkt: „Ich werde zwar an der Wahl teilnehmen, aber den Stimmzettel mit einer entsprechenden Bemerkung versehen.“ Schließlich äußerte ein Genosse aus Hellersdorf: „Die Berliner WASG ist mir aufgrund ihrer Kritik am Verhalten der PDS-Senatoren eigentlich am sympathischsten. Auf dieser Liste befinden sich aber neben überschaubaren Kandidaten auch etliche politische Abenteurer.“

Soweit ein kleiner Ausschnitt aus dem Kaleidoskop der Ansichten, die uns jetzt täglich erreichen. Wie stehen wir selbst dazu? Müssen wir uns überhaupt festlegen, da wir mit keiner Partei verbunden sind, auch wenn viele aus unseren Reihen dieser oder jener zuneigen?

Wir wollen niemanden bedrängen, sich so oder anders zu entscheiden. Doch im „Krötenschlucken“ sehen wir nicht den Schlüssel zur Lösung des Problems. Man darf aus seinem Herzen keine Mördergrube machen. Gewählt werden heißt Verantwortung übernehmen. Deshalb sollte man diejenigen, für die Berlins linke Wähler beim letzten Mal votiert haben, genauestens daraufhin überprüfen, ob sie das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt oder mit den für sie abgegebenen Stimmen Schindluder getrieben haben. Nur jene, die sich als wahre Volksvertreter erwiesen haben, sind es wert, wiedergewählt zu werden. Ehrensache ist: Keine Stimme für die Rechten sowie deren Partner in den Leitungsetagen der SPD! **Klaus Steiniger**



INHALT

Über die deutsche Trikolore	S. 2
Zur Geschichte und Politik der KPdSU	S. 3
Vom Rittmeister zum „Parteisekretär“	S. 4
Der Planet in unseren Händen	S. 4
Föderalismusreform – Weg in Kleinstaaterei und Kleingeistigkeit	S. 5
Hartes Brot für DDR-hasserischen Entschuldigungsflügel	S. 6
Die Lüge von der „Terrorismusbekämpfung“	S. 7
Professor Matho antwortet Kritikern	S. 8
Was steckt hinter der Phrase von der Generationengerechtigkeit?	S. 9
Gute Atombombe und böses Atomkraftwerk?	S. 10
Wie Medienzaren und Finanzhaie mit dem Berliner Verlag unsprangen	S. 11
Als Frauen noch etwas zu sagen hatten	S. 11
Konsumdenken als Ideologie	S. 12
Hoffentlich allianzversichert ...	S. 12
Der FDGB – eine redliche Bilanz	S. 13
Medikamentenreste – für wen?	S. 13
Tucholsky höchst aktuell	S. 13
Kungelei mit dem Klerus	S. 14
Ächtung eines Meisters	S. 15
Wie Ungarn die DDR verkaufte	S. 15
Gottes Stellvertreter im Anmarsch „Großukrainer“ im Nazi-Sold	S. 16
Kommunist, Pole, Internationalist: Karol Swierczewski	S. 17
Krieg ist Israels Panier	S. 18
Lumumbas Kongo im Würgegriff	S. 19
Tagebuchnotizen aus Afghanistan – Reise in ein besetztes Land	S. 20
Fernsehen in Mittelasien	S. 21
Ist China eine Weltmacht?	S. 22
Wie Canberra Ost-Timors Premier Alkatiri stürzte	S. 23
Paul Robeson – Stimme des Anderen Amerika	S. 23
Spaniens Himmel	S. 24
Walter Lauches Musikerköpfe	S. 25
Paul Zech – ein zu Unrecht vergessener Schriftsteller	S. 26
Über eine Insel der realen Phantasie	S. 27
Affengene	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie es sich mit der deutschen Trikolore verhält Über Schwarzes, Rotes und Goldenes

Das Schwenken von Fähnchen, Wimpeln, Tüchern, das Klappern mit den Wimpeln in den Nationalfarben, der Blick auf dreifarbenes Haar oder entsprechend gefärbte Autofenster können mich nicht verärgern oder irritieren. Warum? Ich will das begründen.

Als die Urburschenschaftler 1817 auf der Wartburg zusammenkamen, um gegen den Mief des Metternich-Systems anzustinken, führten sie eine bisher ungekante Fahne mit sich: eben jene, um die es hier geht. Sie konnte sich nicht durchsetzen, ebensowenig wie die anderen demokratischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts. Dieses ging in seinen letzten Jahrzehnten sogar mit einem denkwürdigen Schritt rückwärts in der politischen Entwicklung: Die Kapitalistenklasse konnte zwar fortschrittliche Formen der Industrieproduktion durchsetzen, aber die administrativen Strukturen in den deutschen Staaten und Ländern blieben restaurativ und reaktionär. Der chauvinistische Krieg gegen Frankreich brachte der herrschenden Klasse zwar weitere außenpolitische Spielräume, aber für das Sozialleben und die Kultur dieses sich bildenden Nationalstaates bedeutete er die Unterdrückung der aufstrebenden Arbeiterklasse, die Fortschreibung von Adels- und Junkerprivilegien und die Herrschaft eines Obrigkeitsstaates preußischer Prägung, denn dessen König ließ sich zum deutschen Kaiser krönen. Seine Farben wurden Schwarz, Weiß und Rot. Die weitere Entwicklung führte in die Katastrophe von 1914 – und daran vermochte auch eine mächtig anwachsende Sozialdemokratie nichts zu ändern, die sich durch mannigfache Lohnkämpfe, politische Einflußnahme und ihre flächendeckende Bildungsarbeit immerhin von der Kuratel eines Bismarck und seiner Sozialistengesetze befreien konnte.

Die schwarz-weiß-rote Hohenzollern-Monarchie wurde 1918 hinweggefegt, und nun galt bald ein neues Farbenspiel: Die Republik von Weimar erhob die Farben der Urburschenschaft zur Fahne des neuen Staates. Jedoch die Fege, die danach stattfand, war nicht gründlich genug. Nicht ausgefegt worden waren die Eliten, die weiterhin an der Machtbesessenheit des alten Reiches und dem Vorherrschaftsdenken seiner herrschenden Klasse festhielten: Generäle und Großgrundbesitzer, Militaristen aller Schattierungen und Geldsäcke. Von ihnen wurde die neue Republik zur Ader gelassen, und es ergoß sich ein Blutstrom der Linken und Freiheitlichen, die den Militärbünden, Geheimorden und der Soldateska sogar sozialdemokratischer Innenminister zum Opfer fielen: Liebknecht, Luxemburg, Rathenau, Erzberger und Arbeiter in Massen. Die sich sammelnde und immer mehr an Kraft gewinnende Rechte verhöhnte die neue Fahne, rief zur

Abschaffung des „Systems“ von Weimar auf und schimpfte es „Judenrepublik“. Ein besonderes Kuriosum ist die Art und Weise, wie die Evangelische Kirche dabei zu einer eigenen Fahne kam: ein weißes Tuch mit einem lila Kreuz darin. Hatten die Geistlichen zuvor über die Jahrhunderte die Fahnen, Schilde und Wappen der jeweiligen Herrscher in ihren Gotteshäusern geweiht und aufgestellt, tauchte mit der Republik plötzlich die Frage auf: Ja, wir können doch diese gottlose Republik mit ihren atheistischen oder jüdischen Ministern nicht ehren, indem wir ihre Fahne hochziehen! Und so ließen sie jene Flagge entwerfen, die wir noch heute zu Kirchentagen von den Kirchtürmen des Landes wehen sehen. Und das alles nur, um die verhaßte Fahne der Republik nicht hochziehen zu müssen. Die schwarz-weiß-rote Fahne des kaiserlichen Deutschland zu hissen bereitete ihnen dagegen ebensowenig Probleme, wie sie nach 1933 die blutrote Mörderfahne mit dem weißen Rund und dem Hakenkreuz darin gern aus ihren Turmfenstern heraushängten. Nur ganz wenige haben sich dem „neuen“ Schwarz-Weiß-Rot entzogen, wie es nur



So grüßten Mieter im Haus Teterower Ring 35 in Berlin-Hellersdorf wochenlang die Teilnehmer der WM.

wenige waren, die einst das „gottgewollte“ Kaisertum infrage gestellt hatten. Zurück zu unseren Farben. Beide Deutschlands haben 1949 an die zwiespältigen Traditionen der zerstörten ersten Republik angeknüpft. Die in Westdeutschland das Sagen bekamen, wollten zumindest äußerlich mit dem Nazismus brechen – hatten sie ja im Inneren genug Nazifachleute in ihren Verwaltungen, Regierungsstellen, Geheimdiensten und der Bundeswehrmacht untergebracht. Aber es sollte schon etwas demokratischer aussehen.

Statt der ersten Strophe des Deutschlandliedes wurde nun das Singen der dritten angeordnet – keiner kannte sie. Und auch das Weitersingen des Horst-Wessel-Liedes wurde verboten. Aber Krupp war weiter Krupp, Flick war weiter Flick, Gehlen war weiter Gehlen, und Globke war jetzt sogar etwas ganz anderes als vorher: Chef des Bundeskanzleramtes.

Und der andere deutsche Staat, den wir im Osten wollten? Auch wir bekannten uns zu den Farben von Weimar, die übrigens schon 1848 gezeigt worden waren. Aber die Fehler von Weimar wollten wir vermeiden. Und so kam es, daß Flick seine IG Farben in der DDR entbehren mußte, daß wir auch die wenigen im Osten verbliebenen Naziverbrecher aufspürten und aburteilten, daß wir Gesetze machten, die Frauen in alle Rechte setzten, daß wir der Jugend eine Perspektive eröffneten und ein Arbeiter-und-Bauern-Land zu bauen begannen. Dabei bekam unser Schwarz-Rot-Gold ein Emblem, mit dem wir uns von der anderen Fahne unterscheiden wollten: Hammer, Zirkel und Ährenkranz. Auch eine neue Hymne hatten wir – das waren wir uns schuldig. Das Dilemma, in dem wir uns jedoch bald befanden,

wird daran erkennbar, daß dieses wunderbare Lied beizeiten nicht mehr gesungen wurde. Wir hatten uns den Schneid abkaufen lassen, indem wir das „Deutschland, einig Vaterland“ den Krupps und Flicks und deren Nachfolgern, den Hundts und Rogowskis, abtraten. Und als die Arbeiter 1989 den Hammer aus der Hand legten, die Intelligenzler den Zirkel beiseite taten und die Bauern nur noch ihre Ähren zählten, da war es um unsere Fahne und um unsere Republik geschehen. Aber die Farben der Republik, die leben noch. Aus dieser Bundesrepublik eine bessere, eine andere zu machen, ist des Schweißes der Edlen wert. Denn mitten in ihr leuchtet das Rot eines Zukunftsentwurfs, an dem wir festhalten müssen: eine Gemeinschaft, in der das Wichtigste allen gehört und in der alle zum Wichtigsten gehören – zu einer Gesellschaft freier, gleicher und brüderlich lebender Menschen. Das Schwarz-

Rot-Gold der ersten und der beiden anderen Republiken sollten wir Roten nicht verachten. Wie überhaupt die „res publica“ die Sache aller werden muß. Daß dieser gemeinsamen Sache so wenige etwas zutrauen – darin liegt unser Problem. Dafür den Blick zu schärfen, Zutrauen zu wecken in die Möglichkeit der Veränderung hin zum Sozialismus durch die Bindung an eine gemeinsame sozialistische Kraft, die kommen muß – das ist unsere Aufgabe. Und der „RotFuchs“ darf dabei mithelfen.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

An der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED bestand seit Ende der 40er Jahre ein Lehrstuhl, der die Aufgabe hatte, zusammen mit den historischen Leistungen und Erfahrungen der KPdSU auch deren aktuelle Politik als „Pionier des Menschheitsfortschritts“ zu vermitteln. Als langjähriger Mitarbeiter und schließlich Leiter dieses Lehrstuhls in den Jahren 1980 bis 1990 erinnere ich mich, daß das oft nicht einfach war.

So wies zum Beispiel die Politik der KPdSU unter Chruschtschow am Ende der 50er und am Anfang der 60er Jahre verwirrende Wendungen auf, die es oftmals schwer machten, die gerade gültige Linie in der Industrie und Landwirtschaft und deren Leitung zu erkennen. Arg enttäuschend war, daß sich die vom XXII. Parteitag 1961 im dritten Programm der KPdSU beschlossene Aufgabenstellung des umfassenden Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR und die Zielstellungen, bis 1970 die USA in der Pro-Kopf-Produktion zu überflügeln und bis 1980 in der Sowjetunion die materiell-technische Basis des Kommunismus zu errichten, die der Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichern würde, schon bald als unrealisierbar erwiesen. Zwar erreichte die UdSSR in den 60er und 70er Jahren einen immensen Zuwachs bei der Erzeugung von Elektroenergie, bei der Förderung von Erdöl und Kohle, bei der Produktion von Stahl und Zement (eine nicht unbedeutende Menge des in der UdSSR erzeugten Zements lieferten aus der DDR importierte Anlagen), aber die anvisierten Ziele erwiesen sich als subjektives Wunschdenken. Dazu darf allerdings nicht übersehen werden, daß der forcierte Rüstungswettlauf und das Ringen um den ersten Platz in der Welt-raumerschließung gewaltige Ressourcen verschlangen.

Die höheren Produktionsmengen wurden in erster Linie durch die Ausweitung und den Neubau von Produktionskapazitäten und die Vergrößerung der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte, also auf extensivem Wege, erreicht, während die seit dem XXIV. Parteitag 1971 als Hauptaufgabe verkündete Intensivierung der Produktion leider niemals die erstrebten Ergebnisse brachte. Statt notwendige Anstrengungen zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu unternehmen, wurde in der KPdSU jahrelang darüber gestritten, ob das überhaupt eine Revolution sei.

Die Mitte der 60er Jahre bescherte eine weitere „Überraschung“, als zu den bisherigen Wertungen der KPdSU-Führungen von 1938 und 1961 über das erreichte Entwicklungsstadium der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus vom neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU Breshnew festgestellt wurde, daß in der UdSSR nunmehr die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet worden sei. Erst nach dieser parteiamtlichen Wertung mußte geklärt werden, wie das inhaltlich zu verstehen sei.

Wir versuchten, diesen Umständen im Unterricht und in Publikationen Rech-

nung zu tragen, ohne die Schwierigkeiten zu umgehen, aber auch ohne die Sieghaftigkeit und Überlegenheit des Sozialismus und die Notwendigkeit des engen Bündnisses zwischen DDR und UdSSR in Zweifel zu ziehen. Denn für uns war und blieb in all den Jahrzehnten unumstößliches Axiom: die DDR war ohne dieses Bündnis nicht lebens- und überlebensfähig. Eine verleumderische und besserwisserische „Kritik“, wie sie von den imperialistischen Todfeinden des Sozialismus tagtäglich und Jahr für Jahr betrieben wurde, konnte nicht unsere Sache sein. Deshalb redeten wir nicht mit zwei Zungen, als wir zwar Hemmnisse und Widersprüche in der Vorwärtsentwicklung der Sowjetunion sahen und diese auch im Unterricht nicht umgingen, aber dem Kampf um Veränderungen und positive Weiterentwick-

immer den Kräften außerhalb (und auch innerhalb) der DDR Vorschub leistete, die dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden ein Ende bereiten wollten. Das hatten unbestreitbar (nicht nur für den Historiker) die Erfahrungen des siebenzig Jahre währenden Kampfes gegen den Sozialismus gezeigt.

Die konkrete historische Entwicklung des Sozialismus seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war nun einmal so verlaufen, daß die neue Gesellschaft unter der Führung kommunistischer Parteien geschaffen wurde, mehr noch: Sozialismus und kommunistische Partei waren untrennbar miteinander verbunden und bildeten eine Ganzheit. Beseitigung (des Einflusses) der kommunistischen Partei bedeutete zugleich die Liquidierung des nach 1917 bzw. 1945 entstandenen

Aus der Sicht eines Lehrers der SED-Parteihochschule Zur Geschichte und Politik der KPdSU (1)

lungen der neuen Gesellschaft unsere vorrangige Aufmerksamkeit zuwandten. Dabei waren hemmende Auswirkungen dieser engen Bindung an die Sowjetunion nicht zu übersehen. So stießen z. B. die Versuche der SED, in den 60er Jahren zu effektiveren Methoden des sozialistischen Wirtschaftens überzugehen, bei der sowjetischen Führung auf keine Gegenliebe.

Dabei mußte man sich bei allen kritischen Überlegungen und Anmerkungen zum Zustand des Sozialismus in unseren Ländern, bei allen Vorschlägen zu Veränderungen stets vor Augen führen, daß eine Schwächung der neuen Ordnung nicht zugelassen werden durfte. Das geschah nicht in erster Linie aus Parteidisziplin oder Angst vor den Folgen ihrer Verletzung, sondern weil man als marxistischer Gesellschaftswissenschaftler wußte, daß sowohl die vorangegangene als auch die gegenwärtige imperialistische Strategie des Klassenkampfes auf Einbruchsmöglichkeiten und die Liquidierung des Sozialismus abzielte. Diese nutzte dafür jede Möglichkeit, auch die, die sich eventuell durch vorgebliche „Reformer“ oder „Reformen“ für einen „besseren Sozialismus“ bei Zurückdrängung des Einflusses der kommunistischen Partei bot. Deshalb war es nicht meine Sache, „Dissident“ oder „Opponent“ oder „Widerstandskämpfer“ gegen den Sozialismus und gegen die bestimmende Rolle der kommunistischen Parteien in der UdSSR oder in der DDR zu sein. Ich ging davon aus, daß eine solche Handlungsweise

Sozialismusmodells. Auch am Ende der 80er Jahre war der reale Sozialismus nur weiterhin zu entwickeln und zu erhalten, wenn die Partei nicht ausgeschaltet wurde. Das schloß notwendige Reformen ein. Wenn aber Leute unter der Flagge der „Verbesserung“ oder „Demokratisierung“ des Sozialismus den Einfluß der Partei in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zurückdrängen oder gar ausschalten wollten, dann lief das letztlich auf Liquidierung des Sozialismus hinaus, dann betrieben sie (bewußt oder unbewußt) eine Politik der Restauration des Kapitalismus und der Konterrevolution und lieferten durch die Schwächung der Macht der Arbeiter und Bauern unsere Länder dem Imperialismus aus. Da diese Kräfte weder gewillt noch in der Lage waren, die Verantwortung für die Leitung der sozialistischen Gesellschaft in einer eigenständigen DDR zu tragen und sie nur auf die Paralyisierung der Macht (oder wie heute verleumderisch gesagt wird: der „SED-Diktatur“) hinarbeiteten, erleichterte das den imperialistischen Kräften, ihre Macht auf dem Gebiet der DDR wieder zu errichten, diese unter der Flagge der „Wiedervereinigung“ zu vereinnahmen und den Sozialismus auf deutschem Boden zu liquidieren. **Prof. Dr. Gerhard Fricke**

(Gekürzter Auszug aus dem gerade erscheinenden Buch: „Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick“, verfaßt von langjährigen Lehrern der PHS. GNN-Verlag, 290 Seiten, 14 Euro, ISBN 3-89819-236-9)

Wie die DDR das Bewußtsein vieler Menschen veränderte

Vom Rittmeister zum „Parteisekretär“

Für die aktiven „Aufarbeiter“ der DDR hat sich das Thema MfS wohl bald erschöpft, wenn man den Veröffentlichungen der Tagespresse glauben darf. Nun ist die „Aufarbeitung des Alltagslebens in der DDR“ Schwerpunkt, ohne das Ziel ihrer Delegitimierung aus dem Auge zu verlieren.

Wer wirklich ehrlich das Leben der Menschen in der DDR bewerten will, darf sich nicht nur mit den Schicksalen von sogenannten Opfern befassen, sondern muß auch die Entwicklung der Millionen berücksichtigen, die tagtäglich erfolgreich ihre Arbeit verrichteten und Freude am Leben hatten. Dabei wuchsen viele Menschen buchstäblich über sich hinaus, ohne daß es ihnen selbst bewußt wurde. Hierzu ein Beispiel:

Im Juli 1950 begann ich meine Lehre als Landwirt bei einem Bauern in Neuholland, Kreis Oranienburg. Zum Hof gehörten eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 50 Hektar, 12 Kühe, 5 Pferde, etliche Schweine und Geflügel. Der Juniorchef war ehemals Rittmeister (Hauptmann) in der faschistischen Wehrmacht und hatte den Hof erst kurz zuvor von den Eltern übernommen. Diese lebten noch auf dem Anwesen. Aufgrund seiner beruflichen Ausbildung wurde dem Junior von den zuständigen Organen der DDR die Lehrbefähigung zuerkannt.

Während meiner Ausbildung ging es „preußisch exakt“ zu. Pünktlichkeit und die Erfüllung der Aufgaben wurden immer kontrolliert. Neben mir gab es auf dem Großbauernhof noch einen Kutscher, ein Dienstmädchen und eine Melkerfamilie. Während wir in der Woche gemeinsam in der Küche unser Essen einnahmen, zog sich die Herrschaft bei Feierlichkeiten mit den Gästen in separate Räume zurück. Die Versorgung des Viehs blieb den Arbeitern überlassen. Ich mußte z. B. die Pferde der Angereisten versorgen.

Den Gesprächen während der Arbeit und beim Essen war zu entnehmen, daß die gerade erst gegründete DDR nicht zu den vom Chef gefeierten Errungenschaften der Neuzeit gehörte. Am ersten Jahrestag ihres Bestehens sagte er zu mir: „Der 7. Oktober ist nun Feiertag. Ich glaube allerdings nicht, daß dieser Staat die Volljährigkeit erreichen wird.“

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Lehre hatte ich noch Kontakt zu meinem ehemaligen Ausbilder. So blieb ich über das Leben in Neuholland informiert. Bis zum 13. August 1961, der Sicherung der Grenze zur BRD und zu Westberlin, verließen viele Bauern das Dorf. Auch der Juniorchef hätte das gern getan, doch seine Eltern bestanden darauf, bis zu ihrem Tod auf dem Hof zu auszuharren.

Die Jungen trugen dem Rechnung. Ende der fünfziger Jahre trat die Familie mit ihrem Besitz in die LPG Neuholland ein. Als Fachmann wurde mein früherer Lehrmeister bald zum Leiter der Meliorationsbrigade berufen. Neuholland entwickelte

sich in der Folgezeit zu einem vorbildlichen sozialistischen Dorf. Die LPG wurde in der Presse wiederholt als beispielhaft dargestellt. Bei jedem Besuch dort konnte ich feststellen, daß mein einstiger Lehrchef sich nun voll und ganz für die Belange der Genossenschaft einsetzte und sein Verbleiben in der DDR nicht bereute. Er sagte mir eines Tages, sein Schwager, der sich vor 1961 in die BRD abgesetzt hatte, habe ihm während eines Aufenthalts auf dem Hof anvertraut, daß er den Wechsel in die BRD sehr bedauere. Hätte er vor 1961 gewußt, wie sich alles im Dorf entwickelt, wäre er geblieben. Noch einmal wollte er jedoch nicht neu anfangen.

1968 war ich Vorsitzender der LPG „Glück auf“ in Langen, Kreis Neuruppin. In dieser Zeit wurde von staatlicher Seite darauf gedrängt, daß die Buchhaltungen der einzelnen Betriebe zur Kostenstellenrechnung übergehen sollten. So nutzte ich meine Kontakte nach Neuholland, um dort Genaueres über diese Problematik zu erfahren. Mit unserem Buchhalter fuhr ich zu meinem ehemaligen Lehrmeister. Wir bat ihn um nähere Auskünfte zu der für uns neuen Fragestellung. Natürlich hatte ich dem Buchhalter berichtet, wie der Werdegang des Großbauernsohnes gewesen sei. Dabei erzählte er mir, daß er selbst in der Schlacht bei Halbe im Frühjahr 1945 dabei war und vom Krieg nichts mehr wissen wolle. Von einem einstigen Rittmeister der Wehrmacht erwartete er nicht, Nützliches über die Buchhaltung einer LPG zu hören. Doch der Abstecher nach Neuholland hielt Überraschungen bereit. Wir wurden freundlich aufgenommen, und es ergaben sich viele inhaltsreiche Gespräche. Auf dem Rückweg sagte mein Buchhalter: „Nach dem, was Du mir alles über Deinen Lehrchef erzählt hattest, war ich auf einen militärisch exakten Preußen eingestellt. Jetzt habe ich jedoch den Eindruck, mit dem Parteisekretär der LPG gesprochen zu haben.“ Solch einen Wandel haben Hunderttausende von DDR-Bürgern durchgemacht. Oft vollzog sich das fast unmerklich. Diese Entwicklung der Menschen war einer der Gründe für die ökonomischen Erfolge der Republik, besonders in der Landwirtschaft. Dies sollten sich alle zum Sozialismus positiv eingestellten Menschen Deutschlands vor Augen führen.

Dr. Manfred Graichen

Der Planet in unseren Händen

Als wir die Hände hoben von der Erde,
und aufrecht unserm Blick sich neue Weiten boten,
da hatte der Planet, der blaue, uns geboren.
Wir sah'n ins All, wir sah'n die Sonne droben
und ahnten nicht, wozu wir unsre Hände,
die freien Hände, noch gebrauchen würden.

In guter Bahn liegt er, daß Wälder wuchern können;
im Tag- und Nachtdrall dreht er uns der Sonne zu,
und seine blauen Meere strahlen.
Er schwebt Millionen Jahre seinen Weg,
trägt uns und gibt uns, seine Kinder, nicht verloren;
gibt uns die Schätze her, die nach und nach wir finden,
und setzt sich immer wieder noch zur Wehr.

Die freien Hände lernten Stein und Erde greifen,
die Samen fühlen und die Haut,
die Schwerter schmieden und die Schwerter zücken,
Geld bilden, danach spüren und die Trommel rühren,
und können nun Computertasten drücken.

Gepflegter Leute Hände sind dabei.
Per Internet mit Tastentippen
wühl'n sie in Dollarberge sich,
um gleichsam spielerisch Millionen
auf dem Planeten um und um zu schicken.
Millionen, die als Euroglitzermünzen
mit Dollarnoten, Aktienpfunden
am rechten Ort zur rechten Zeit sich mischen –
sie soll'n am Tod der Regenwälder,
nicht achtend Tiere dort und Menschen,
vervielfacht sich erfrischen.

Die so den Reichtum der Erde zerschreddern,
Gewinne einsacken, bejubeln, verschieben,
würden gar das Magnetfeld zerfleddern
und alle Meere eintrüben.
Die Erde könnte die Schwerkraft verlieren,
wenn diese Herren sie privatisieren.

So reckt denn die Hände,
die säen und ernten wollen,
zu Wänden auf,
um die Bahn des Planeten zu schützen.
Und sichert mit drohenden Fäusten den Lauf
unsrer Erde.
Sie nährt uns, wir müssen ihr nützen!

Aber die unter uns, die das Gleichgewicht stören,
mit Atomraketen, ewiger Sucht nach Profit,
mit Verachtung der Völker und Kinder,
und jegliche Menschenschinder,
die legt in Ketten!

Roger Reinsch

Föderalismusreform – Weg in Kleinstaaterei und Kleingeistigkeit

Seit Jahren wird von den Spitzen der SBRD-Parteien über eine „Föderalismusreform“ gestritten. Nun ist das „Reformpaket“ geschnürt, aber wer kennt es, was bringt es?

Als die „Föderalismusreform“ am 30. Juni den Bundestag und am 7. Juni den Bundesrat mit Mehrheit passiert hatte, jubelten führende Politiker. Die Abstimmung im Bundestag hatte 428 Jastimmen bei 162 Gegenstimmen und drei Enthaltungen ergeben. Angela Merkel frohlockte: „Das ist ein guter Tag für Deutschland.“

Edmund Stoiber äußerte sich noch überschwenglicher. Bundestagspräsident Norbert Lammert wertete die „Föderalismusreform“ als die „größte und wichtigste Ergänzung des Grundgesetzes von 1949“. Demgegenüber bemerkte Bodo Ramelow von der Linkspartei, es handle sich um den „Weg in die Kleinstaaterei“. Er stellte fest: „Wir bekommen keine Bildungsoffensive mehr hin, wir können keine nationale Diskussion über Bildungsstandards mehr führen.“

Zunächst zur Erinnerung:

Das Föderalismusprinzip im Grundgesetz soll – als Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik – ein Gegengewicht gegen eine zu starke Zentralgewalt sein. Die Länder dürfen in vielen Fragen an der Gesetzgebung mitwirken und mit Zweidrittelmehrheit Gesetzen des Bundestages ihre Zustimmung verweigern; insbesondere können sie Grundgesetzänderungen blockieren.

Hier wird nicht untersucht, ob und wie in der Praxis dieses Recht durch die Länder bisher wahrgenommen wurde. In Fragen von Krieg und Frieden, zu Prinzipien der Außenpolitik, bei der Arbeit der Geheimdienste usw. haben sie ohnehin kein Einspruchsrecht.

Und in der Öffentlichkeit wird oft „viel Lärm um nichts“ gemacht. Von den vielen Entscheidungen, die mit der „Föderalismusreform“ verbunden sind, erreichte eine größere Öffentlichkeit kaum mehr als das Resultat der Debatte über die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes. Und dazu gab es Proteste.

Wer könnte auf Anhieb sagen, welche anderen Änderungen tatsächlich in Kraft getreten sind? Wer kennt die Beschlüsse zur „Justizhoheit“, zum Strafvollzug und zum Jugendstrafrecht?

Im folgendem konzentriere ich mich auf einige Folgen für das Bildungssystem, die Bürger mit DDR-Erfahrungen als unverstündlich und inakzeptabel empfinden dürften. (War bei uns z. B. vorstellbar, daß in Rostock andere Lehrpläne und Lehrbücher galten als in Erfurt, daß Lehrerausbildung, Besoldung, Weiterbildung usw. „bezirklich“ geregelt wurden, daß auf jedem Territorium ein „eigenes“ Abitur zu organisieren war?)

Obwohl unter den Lehrern der Wunsch nach Angleichung der Bildungssysteme

der Länder sehr ausgeprägt ist, wurden die Kompetenzen des Bundes auf diesem Gebiet weiter beschnitten.

Auch bildungspolitische Laien können einige der Folgen ahnen: Die Atomisierung deutscher Wissenschaftspolitik geht weiter. Auch nach den blamablen Ergebnissen der Bildungspolitik, die sich in den PISA-Studien zeigten, verzichtet der Bund auf die Kompetenz zur Bildungsplanung. Für Hochschulen und Schulen gilt die „Finanzhoheit“ der Länder, die ihrerseits höchst unterschiedliche finanzielle Voraussetzungen und politische Zielstellungen haben. Das dürfte einer der Gründe sein, weshalb sich Stoiber so zufrieden zeigte, während Mecklenburg-Vorpommern das Gesetz ablehnte.

Das Recht jedes der 16 Bundesländer, über sein Bildungssystem selbst zu entscheiden, schafft eine chaotische Situation. Es gilt die Devise: Jeder macht seins. In diesen Wochen startet Nordrhein-Westfalen z. B. „die umfangreichste Bildungsreform seit 40 Jahren“. Worin besteht deren Inhalt?

Die schulische Betreuung soll schon zwei Jahre vor Schulbeginn einsetzen, um das Sprachvermögen zu verbessern. Schüler sollen ab dem 3. Schuljahr in Zahlen ausgedrückte Noten erhalten.

Das Schulsystem soll „durchlässiger“ gestaltet werden, um den Übergang in die Realschule oder das Gymnasium zu erleichtern.

Das Abitur wird nach 12 Jahren abgelegt und umfaßt landesweit einheitliche Klausuren.

Auch in Sachsen wird das „Bildungssystem“ – auf die Verwendung dieses Begriffs legt die designierte Kultusministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD) großen Wert – schon seit 15 Jahren „umstrukturiert“, weshalb Hektik und Unruhe entstanden sind, die die Arbeit der Lehrer beeinträchtigen.

Zu den Vorschlägen von Frau Stange gehört der Gedanke, ein Gesamtkonzept zu schaffen, das auf die Gemeinschaftsschule hinzielt. Unter Berufung auf „finnische Erfahrungen“ (die in Wirklichkeit aus der DDR stammen) plädiert sie immerhin dafür, daß in den Kindertagesstätten das Fundament für gute Bildungs- und Erziehungsarbeit gelegt wird: Da darf gefolgert werden: Deutsche Bildungspolitiker wären gut beraten (gewesen), wenn sie im Hinblick auf das Bildungssystem die biblische Empfehlung befolgt hätten: „Prüfet alles, das Gute behaltet!“

Fazit: Bildungspolitisch hat uns die „Föderalismusreform“, für die man sich besonders in CDU/CSU-regierten Ländern nicht ohne Grund hell begeistert, wohl kaum vorangebracht. Sie erweitert eher den Spielraum reaktionär-konservativer und klerikaler Kräfte, denen nun in ihren Regionen noch stärker freie Hand gelassen wird.

Prof. Dr. Horst Schneider



Oberst a. D. Bernd Fischer, früher HVA, spricht am **9. Sept.** um **10 Uhr** in der 7. Etage des **HKB Neubrandenburg** auf einer Veranstaltung der dortigen **Regionalgruppe** zum Thema

Brennpunkt Nahost

Alle „RotFuchs“-Mitglieder und Leser sind für den **13. September, 14 Uhr**, zu einer **GBM-Veranstaltung** im Potsdamer „Sternzeichen“, Galileistraße 37, mit

Dr. Klaus Blessing zum Thema

Die Schulden des Westens

herzlich eingeladen.

In seinem Beitrag „Links von der SPD?“ untersucht Klaus Steiniger im Juli-RF mögliche Entwicklungsrichtungen der sich gerade formierenden Partei aus PDS und WASG. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß sich dabei „jener prononciert antikommunistische und DDR-hasserische Entschuldigungsflügel der PDS durchsetzt, der seit Jahren für politischen Ausverkauf steht. Das wäre dann keine Lösung links von der SPD, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zur SPD.“

Dem ist zuzustimmen. Seit Jahren sind gewisse „Erneuerer“, „Reformer“ und „Modernisierer“ – auch als „Küchenkabinett“ bekannt – bestrebt, politische Beliebigkeit zu üben und sich an das kapitalistische System samt SPD anzubiedern. Sie verdammen die DDR.

Das PDS-Programm von 1993 enthielt demgegenüber noch eine recht ausgewogene Bewertung der DDR-Gesellschaft: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen im berechtigten Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidares und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. ... Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.“

Tatsächlich tritt seit der Mitte der 90er der DDR-hasserische Flügel mit antikommunistischen Forderungen hervor, um einer differenzierten Wertung der DDR-Gesellschaft den Garaus zu machen.

Schon Ende 1994 bezeichnete es André Brie als „wichtig, nicht in eine Sprache zurückzufallen, die ... die gegenwärtige Gesellschaft einem abstrakten Verdikt als ‚imperialistisch‘, ‚kapitalistisch‘ oder ‚reaktionär‘ unterwirft“. Wenige Monate später setzten er, sein Bruder Michael und Gregor Gysi nach: „Am Rande wollen wir anmerken, daß wir den Begriff des Klassenkampfes auch aus terminologischen Gründen nicht verwenden. Er hat sich durch stalinistische und poststalinistische Praxis unumkehrbar vom Marx'schen Klassenkampf begriff entfernt.“

Mitte 1996 beschwor Gysi die Partei, Kritik an der Gesellschaft der BRD sei nur glaubwürdig, wenn „sie einhergeht mit der Kritik an der realen Deformation und damit am administrativen, zentralistischen, undemokratischen und antiemanzipatorischen Charakter des sozialistischen Versuchs in Osteuropa.“ Und A.

Brie ergänzte: „Wir müssen die Kritik an der DDR fortsetzen, sonst kommen wir in dieser Gesellschaft nicht an.“

Das Wahljahr 1998 – 45 Jahre nach dem 17. Juni – wurde zu einem Höhepunkt in der Abrechnung mit der DDR.

In diese Zeit fiel auch der Brief, den Bisky, A. Brie und Gysi an Richard von Weizsäcker schrieben und in dem u. a. gesagt wird: „Dieser von uns frei bestimmte Parteitag (Dez. 1989) begann mit der Entschuldigung für das Unrecht in der DDR und brach mit der staatssozialistischen Diktatur und der kommunistischen Kaderpartei ... Der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften des Staatssozialismus hat uns davon überzeugt, daß die Beachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien eine Grundbedingung für wirtschaftliche Effizienz und Innovati-

es: „Die Berliner Mauer wurde ... nicht nur weltweit zum Symbol der Blockkonfrontation und des kalten Krieges, sondern vor allem zu einem Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung.“

Ideologisch war der Chemnitzer Parteitag 2003 damit vorbereitet. Ein neues Programm stand zur Beschlußfassung. Im Vergleich mit 1993 wurde Wesentliches über die DDR gestrichen. Von „schmerzlichen Fakten, zivilisatorischen Versäumnissen und Verbrechen“ wurde nun gesprochen.

Im Februar 2006 hat die PDS „Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei“ zur Diskussion gestellt. Statt einer differenzierten Bewertung der DDR-Geschichte ist jetzt vom „verbrecherischen Mißbrauch des Sozialismus“ die Rede.

Hartes Brot für DDR-hasserischen Entschuldigungsflügel

onsfähigkeit darstellt und zur sozialen Freiheit beitragen kann.“

Nachdem SPD-Führungskräfte eine Totalabsage an die DDR verlangt hatten, häuften sich die Forderungen des PDS-Führungspersonals nach Revision bisheriger Einschätzungen.

Bisky kündigte eine programmatische Erneuerung der Partei bis zur Jahrtausendwende mit einer „endgültigen Einschätzung des realen Sozialismus“ an. Das bisherige PDS-Programm von 1993 sei noch stark „durch den Wandlungsprozess von der DDR zur Bundesrepublik gekennzeichnet“, konkretisierte A. Brie. Er verstieg sich schließlich zu der ungeheuerlichen Äußerung: „Die DDR war nicht verbrecherischer als der Nationalsozialismus, ganz und gar nicht. Aber totalitärer waren Sowjetkommunismus und DDR im Anspruch, alles unterzuordnen unter einen gestaltenden gesellschaftlichen Willen. Die Nationalsozialisten hatten ja Zustimmung, die Sowjetunion und in vielen Zügen auch die DDR mußten diese Zustimmung erzwingen.“

Diesen Grad der Diffamierung und Kriminalisierung der DDR, die faktische Übernahme der hetzerischen These von den „zwei Diktaturen“ und der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus erreichte dann Harald Wolf, als er in Vertretung Wowerets eine Rede zum 59. Jahrestag des 20. Juli hielt: „Ihr Kampf (der Widerstandsgruppen gegen den Faschismus, d. V.) konnte nicht enden, denn die Befreiung von der Nazidiktatur bedeutete für Ostdeutschland und die Völker Ost- und Mitteleuropas keineswegs das Ende der Unfreiheit.“ Wolf befand sich damit voll auf der Spur, die zuvor durch die Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS in Berlin gezogen worden war. In ihr hieß

Fast eineinhalb Jahrzehnte dauert diese Hatz an. Immer neue Anschuldigungen werden erhoben. Die Forderungen überschlugen sich. Petra Pau verurteilt, daß 16 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD so manch einer „völlig unkritisch sein eigenes Tun als auch die DDR reflektiert.“ Bodo Ramelow weist den PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow zurecht, weil er für den Bau der Mauer auch den Westen und die Nichtanerkennung der DDR verantwortlich machte. Übrigens: Fünf Jahre zuvor hatte Modrow noch unwidersprochen im PDS-Pressedienst erklären können, die Mauer habe den Übergang vom kalten in den heißen Krieg verhindert.

Inzwischen ist der Geschichtsrevisio-nismus weiter vorangeschritten, hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates zum antikommunistischen Sturm geblasen. Und unterdessen hat sich wieder einmal die SPD-Spitze gemeldet und Woweret erklären lassen: „Derzeit ist die Linkspartei auf Bundesebene nicht regierungsfähig.“

Um dieses Manko zu beheben, muß die DDR noch nachhaltiger als „Unrechtsstaat“, als „verbrecherisches System“ abgestempelt werden.

Doch trotz der über so viele Jahre erfolgten Schmähungen und Verurteilungen der DDR-Gesellschaft befürworten rund 70 Prozent der im Osten Deutschlands Befragten und etwa 50 Prozent der von den Meinungsforschern angesprochenen Westdeutschen die „sozialistische Idee“! Vermutlich ist dieser Anteil unter Mitgliedern und Sympathisanten von Linkspartei und WASG noch wesentlich höher. Für den DDR-hasserischen Entschuldigungsflügel der PDS ist das kein leichtes Brot.

Prof. Dr. Georg Grasnack

Die Lüge von der „Terrorismusbekämpfung“

Meine Lederjacke hatte einen Reiß. Der Meister einer kleinen Änderungsschneiderei, ein Kurde, behob den Schaden. Als ich seinen Laden betrat, liefen im Radio die Nachrichten. Es ging um das „Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz“, das Innenminister Schäuble vorgelegt hatte. Der Meister schimpfte: „Sollen sie doch endlich aufhören mit dem Quatsch, die größten Terroristen sitzen sowieso im Weißen Haus!“ Ich stimmte ihm zu und ergänzte: Mit Terror und Kriegen läßt sich eben mehr heraus schlagen als mit einer Schneiderei! Er blickte mir ins Gesicht und sagte nachdenklich: „Allerdings.“

Im „RotFuchs“ haben wir das Thema Terrorismus schon vergangenes Jahr behandelt. (Vgl. Nr. 85/86, Beiträge Frank Trik-Olins) Ich möchte dem folgendes hinzufügen: Terror beruht auf systematischer Erzeugung von Angst und Schrecken, um mit Gewalt oder deren Androhung Machtansprüche durchzusetzen. Terror ist also nicht Ziel, sondern Methode zur Erreichung eines Ziels. Daraus ergibt sich, daß Terror nicht gleich Terror ist. Es kommt darauf an, wer sich mit welchem Ziel dieses Mittels bedient. Von Ausbeuterklassen wird es genutzt, um den Unterdrückten im eigenen Land und anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen.

Ganz etwas anderes ist die organisierte revolutionäre Gewaltanwendung seitens der Arbeiterklasse in besonders zugespitzten Situationen, immer erzwungen durch konterrevolutionäre Attacken der Ausbeuter, immer nur letztes Mittel zur Verteidigung der Revolution, nie alleinige Methode des proletarischen Kampfes.

Und wieder etwas anderes ist der kleinbürgerliche Terrorismus, nämlich ein Produkt der Verzweiflung und revolutionaristischen Ungeduld, eine Form des Anarchismus. Er kann die Ursachen für Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigen. Vielmehr spielt er den Herrschenden in die Hände und verschlechtert die Kampfbedingungen der Arbeiter. Wir lehnen diesen Terror ab, ob er nationalistisch oder religiös verbrämt oder von menschlich verständlichen Motiven getragen ist. Das heißt natürlich nicht, sich von nationalen Befreiungsbewegungen zu distanzieren.

Terror ist eine Erscheinungsform des Klassenkampfes, immer von der herrschenden Klasse ausgehende bzw. verursachte Gewaltanwendung, oft bis zur physischen Vernichtung des Gegners führend, zugleich aber als Gesinnungsterror auch psychologische Kriegführung. Das war so bei Hexenverbrennungen und Judenpogromen, bei den Exzessen des Ku Klux Klan und den Genozidverbrechen der SS. Das ist – besonders seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki – eine bevorzugte Methode des US-Imperialismus im Kampf um die Welt-

herrschaft, von Korea über Vietnam bis zu Jugoslawien, Afghanistan und Nahost. Bush und Blair haben sich also nicht mit dem 11. September 2001 „die Logik des Terrorismus aufzwingen lassen“, wie behauptet wird. Auch ein Bin Laden ist nur eine Figur im Spiel der CIA.

Nach dem Abhandenkommen der „Gefahr aus dem Osten“ ist der „internationale Terrorismus“ buchstäblich über Nacht zum imaginären Feindbild Nummer 1 geworden. Dabei soll uns nach der Halbet-den-Dieb-Devise weisgemacht werden, die um ihre Freiheit und für soziale Gerechtigkeit kämpfenden Völker seien die Terroristen. Terroristen sind jedoch diejenigen, die ihre Bomben über Beirut ausklinken, die in Irak ein Blutbad ohnegleichen verursacht haben. Die Kämpfer des Widerstandes gegen die USA-Invasoren und deren irakische Helfershelfer aber werden verunglimpft und mit jenen religiösen Fanatikern auf eine Stufe gestellt, die als Selbstmord-Attentäter auf dem Basar Frauen und Kinder in die Luft sprengen oder Moscheen überfallen.

„Kampf gegen Terrorismus“ ist oft ein diffuses Codewort für Staatsterrorismus oder flächendeckende polizeistaatliche Überwachung. Der Bundestag erweitert jetzt, wie der Nachrichtensendung bei meinem kurdischen Schneider zu entnehmen war, mit dem „Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz“ (welch ein Wort!) die Befugnisse der Geheimdienste und verlängert das Ausnahmerecht um weitere fünf Jahre. Zur „Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Inland“ werden Post- und Bankgeheimnis außer Kraft gesetzt, Mobiltelefone identifiziert, Personen europaweit „verdeckt“ regi-

striert, Daten von Fluggästen abgefragt, Fahrzeugregister geöffnet. BND und MAD erhalten polizeiliche und staatsanwaltliche Befugnisse zugewilligt. CDU-Politiker fordern den Einsatz der Bundeswehr auch im Inland. Während die Kanzlerin in China die Menschenrechte „anmahnt“ und in Mecklenburg den internationalen Terroristen Nr. 1 in ihre Arme schließt, nutzen BRD-Geheimdienste Geständnisse, die unter Gewaltanwendung erpreßt wurden, werden angebliche Terroristen über deutsche Flugplätze in Folterstaaten verbracht, Journalisten bespitzelt, deutsche Staatsbürger im Ausland gekidnappt. Das berühmte Lager in Guantánamo wird als KZ unserer Tage weiter betrieben.

Bei der Bush-Visite in Stralsund sind massive Sicherheitskräfte mit Spürpanzern, Stacheldrahtverhauen, Straßensperren und allenthalben postierten Scharfschützen zum Einsatz gebracht worden.

Auch der jüngste Verfassungsschutzbericht soll glauben machen, der „Rechtsstaat“ sei durch Terroristen derart bedroht, daß man gar nicht umhin käme, die Grundrechte weiter einzuschränken. Doch die Gefahr kommt von rechts. Beim Viertelfinale der WM brüllten Faschos „Heute schlachten wir die Makkaroni-Fresser!“ Und sie grölten: „Wir bau'n ne U-Bahn von Italien nach Auschwitz.“ Die Täter wurden nur „vorübergehend festgenommen“, aber dem Träger des Antifa-Buttons mit dem durchgestrichenen Hakenkreuz wird der Prozeß gemacht.

Mein kurdischer Gesprächspartner hat ja so recht: Die eigentlichen Terroristen sind die, die den „Kampf gegen den Terrorismus“ Tag und Nacht im Munde führen. Sie gilt es zu entlarven. **Dr. Ernst Heinz**



Rambos des Bundeswehrkommandos Spezialkräfte (KSK) erfüllen in Afghanistan Sonderaufgaben bei der „Terrorismusbekämpfung“

Noch einmal zum Wertgesetz im Sozialismus

Prof. Matho antwortet Kritikern

Jeder Autor freut sich, wenn sein Artikel mit Engagement gelesen wird, so auch ich. Den Lesern, die mir in der Linie zustimmen, aber wichtige Details anzu-merken haben, antworte ich am besten persönlich, wenn gewünscht, zumal ich weiß, daß sich Dr. Graichen schon lange mit Nutzeffektfragen beschäftigt. Den drei Lesern, die weiterhin die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus negieren wollen, muß ich sagen, daß ihre Ansicht nicht nur falsch, sondern sogar gefährlich ist, geht es doch darum, künftig eine sozialistische Wirtschaft wesentlich effektiver zu gestalten, als wir es in der DDR trotz aller hervorzuhebenden Errungenschaften vermochten. Da gibt es in bezug auf das Ob kein Für und Wider mehr, das Wider hat sich praktisch eindeutig als überholt erwiesen, als sehr schädlich für den Sozialismus. Das Wie muß natürlich noch gründlich weiter untersucht und diskutiert werden.

Marx konnte erstens die Praxis des Sozialismus nicht konkret voraussehen, und zweitens beziehen sich seine vermeintlich negierenden Bemerkungen eindeutig auf den Kommunismus, also die zweite Phase der neuen Gesellschaft, auch betreffs des historischen Charakters der Warenform. Ich aber sprach vom Sozialismus, und selbst für den Kommunismus ist anzuzweifeln, ob die Geldrechnung als wichtiges Mittel für Effektivitätsbelange verschwinden wird, denn man darf sich den angestrebten Überfluß nicht als Schlaraffenland ohne Maßstäbe und ökonomische Prinzipien vorstellen.

Die Unmittelbarkeit der gesellschaftlichen Arbeit, die Marx voraussieht, kann die Planung ohne Markt im Sozialismus als Rückkopplung nicht vollkommen im voraus setzen, wenn auch wesentlich vorbereiten, was sich aber auf dem Markt bestätigen muß. Deshalb sprach die DDR-Wirtschaftswissenschaft meist von einer Anerkennungsfunktion des Marktes in der sozialistischen Planwirtschaft. Aber

praktisch wurde es leider größtenteils anders gehandhabt, was zu unverkäuflichen Ladenhütern, Überplanbeständen, Angebotslücken und Schwarzmärkten führte. Die Preise z. B. nach dem Plan zu richten, wie Hermann Jacobs und andere sogar heute noch fordern, stellt die Dinge auf den Kopf, statt von objektiven Preisen auszugehen, keinen Rechenpreisen. Wir haben doch sogar eine Optimalpreistheorie hinter uns, bei der der Preis sich aus der mathematischen Planoptimierung als Dualvariable ergeben sollte, was praktisch nicht beherrschbar war, es auch bei mehr Digitalisierung und mehr Computern nicht sein wird, weil eine Rückkopplung über den Markt dabei fehlt (siehe G. Ebert, F. Matho, H. Milke, Optimalpreis und fondsbezogener Preis, Wirtschaftswissenschaft 1968, Heft 11, S. 1761 ff.). Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bedeutet nicht primär, Verwaltungseinheit zu sein. Es geht um relativ selbständige Wirtschaftseinheiten in der hochentfalteten Arbeitsteilung, auf welche die Marxsche Wertanalyse anzuwenden ist, sie nämlich als Warenproduzenten zu behandeln, um materielle Interessiertheit neben der neuen moralischen voll zu entfalten. Marx hat also noch viel Platz für unser eigenes Denken hinterlassen.

Bereits Lenin entwickelte Gedanken zur wirtschaftlichen Rechnungsführung dieser ökonomischen Einheiten, deren Anwendung unter den DDR-Ökonomen Konsens war, aber auch leider viel zu wenig praktiziert wurde, wofür es in der DDR allerdings auch einengende Bedingungen gab wie Nachfragemarkt, kapitalistisches Embargo, ungenügend arbeitsteilige sozialistische Weltwirtschaft. Und Warenproduktion bedingt einen objektiven Markt, gegen den man nicht wie Don Quijote vergeblich ankämpfen darf, sondern den man bewußt nutzen und beherrschen muß.

Daß zum Plan nur die Kooperation gehört, wie Helmut Dunkhase meint, bei der es

keinen Besitzerwechsel gibt und so auch keine Waren und wo die notwendigen Arbeitsquanten von vornherein feststehen, ist eine völlig überholte Vorstellung, die heute an ein Märchen grenzt. Der Zug solcher Mythen ist endgültig abgefahren, nicht weil ich es sage, sondern weil die Praxis – bekanntlich das Maß jeder Theorie – in der ganzen sozialistischen Welt es so bewiesen hat. Der Fehler, Ware-Geld-Beziehungen geringzuschätzen, ganz oder teilweise, den sogar die kubanischen Genossen in ihrer äußerst komplizierten Lage selbstkritisch eingestanden, darf sich nie mehr wiederholen.

Neuerdings ist es Mode geworden, z. B. bei Dieterich (Sozialismus des 21. Jahrhunderts) die Arbeitsgeldtheorie des Utopisten Proudhon wieder hervorzuholen – nichts anderes ist seine Äquivalenzökonomie –, die Marx bereits ausführlich widerlegt hat. Daran ändern auch Digitalisierung und Computer nichts.

Übrigens hat Harry Müller recht, daß bei der komprimierten Darstellung die Beachtung (oder Mißachtung – F. M.) des Wertgesetzes in der DDR von mir nicht hinreichend betrachtet werden konnte. Daher sei mir der Hinweis gestattet, daß wir frühere Lehrer aus Anlaß des 60. Jahrestages der Parteihochschule ein Buch geschrieben haben, in dem ich ausführlicher darauf eingehen konnte. Für „RotFuchs“-Leser ist sicher der ganze Band von Interesse. (GNN Verlag, ISBN 3-89819-236-9)

Das gilt auch für den später noch eingetroffenen Beitrag von Dr. Wollner. Inhaltlich zu Recht kritisiert er, die Zirkulationssphäre im Artikel vernachlässigt zu haben. Aber er möge bitte bedenken, daß er für seine interessanten Einwände fast halb soviel Platz hatte wie ich für den ganzen Artikel. Daß ein Sechstel der Erde eine abgeschottete „zweite Welt“ sein konnte, war wirklich ein Trugschluß, der eben auch einschloß, das Wertgesetz teilweise wegplanen oder überlisten zu wollen, anstatt es positiv und wissenschaftlich bewußt zu verwirklichen. Da die diesbezüglichen Erfahrungen eben tendenziell eher negativ sind, reichen sie auch mit 70 oder 40 Jahren nicht aus, heute im Detail – prinzipielle Ansätze wurden von mir genannt – zu wissen, wie man es richtig macht, dazu noch unter sehr neuen Bedingungen nicht nur durch die Globalisierung. Außerdem sollten wir nicht mehr ein einheitliches Modell für alle erdenken. Was den monierten gefährlichen Satz betrifft, so legt der Kapitalismus pur immer alles zuungunsten der Werktätigen aus, egal, wie man formuliert, doch ein absichernder Halbsatz stand dort ursprünglich, mußte aber Wichtigerem Platz machen. Außerdem erfordern soziale Errungenschaften in der Tat wirtschaftliche Stärke, nicht nur Umverteilung, das scheinen manche Linke neuerdings zu vergessen.

Prof. Dr. Fred Matho



**Hat etwa noch jemand eine Meinung?
Aus „Solidaire“,
Brüssel**

Seit dem Anschluß der DDR an die BRD müssen die Menschen im Osten (und nicht nur sie) eine penetrante Kampagne gegen die Rentner ertragen.

Man attackiert die staatliche Absicherung im Alter und drängt statt dessen „private Altersvorsorge“ auf. Dabei haben sich seit einiger Zeit junge Bundestagsabgeordnete der CDU eingeschaltet. Den Bestrebungen dieser Gruppe widmete die „Freie Presse“ (Sachsen) am 13. Juni 2006 einen mehr oder weniger wohlwollenden Artikel mit der Bildunterschrift „Drücken bei Reformen der sozialen Sicherungssysteme aufs Tempo: Marco Wanderwitz (CDU) und seine Mitstreiter“. Inzwischen haben ja nun die meisten gelernt, was das Wort „Reform“ in der Sprache der BRD-Politiker bedeutet: Kürzung von Sozial- und Gesundheitsleistungen, Abwälzen von Kosten auf die Bürger, Entlastungen für die Konzerne, die Banken und die ganz Reichen. Kaum ein Wort wird heute von Po-

lung“, der auf die Zerstörung des „Sozialstaates“ abhebt (Kurt Biedenkopf, Angela Merkel u. a.), traten bereits als Gastredner auf den bisherigen Zusammenkünften der „Jungen Abgeordneten“ auf.

Wie üblich bedient sich die Gruppe zur Verschleierung ihrer wahren Ziele und der dahinterstehenden Interessen demagogischer Parolen. So fordert man mehr „Generationengerechtigkeit“, eine auf den ersten Blick plausible Forderung, mit der man indes den Generationenkonflikt anheizen will. Aber „Generationengerechtigkeit“ kann eben nicht durch Schaffung von immer mehr unsicheren Arbeitsverhältnissen für Ältere, durch „Flexibilität“ (sprich: Anpassung und Unterwerfung) der Arbeitenden und über die immer stärkere Ausweitung des Niedriglohnssektors erreicht werden. (Seit 2001 gehen pro Quartal durchschnittlich 100 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren und werden durch Minijobs

ist ihnen nach zwei Wahlperioden bereits eine Altersversorgung von 1286 Euro sicher, die sich bei längerer Zugehörigkeit zum Bundestag bis auf 4836 Euro erhöhen kann.)

Die Forderung nach „Einfrieren“ der Renten auf dem jetzigen Niveau, wobei ja infolge der Inflation, des erzwungenen „Sonderbeitrages“ von 0,9 % der Rente und des erhöhten Eigenanteils bei der Pflegeversicherung und ständig gestiegener Eigenleistungen für die Gesundheit in Wirklichkeit bereits seit Jahren eine Rentenkürzung bewirkt worden ist, wird vor allem immer wieder mit demographischen Verschiebungen begründet, mit einer angeblich ständig zunehmenden Lebenserwartung und einem folglich wachsenden Anteil alter Menschen in der Gesellschaft.

Diejenigen, die damit argumentieren, „übersehen“ dabei aber den Produktivitätsfaktor, die enorm gestiegene Produktivität der Industrie, die heute mit weniger Beschäftigten deutlich mehr erzeugt als vor zehn Jahren. Die Produktivität der Wirtschaft in Deutschland hat heute ein solches Niveau erreicht, daß sich die Gesellschaft bei vernünftiger Verteilung und Verwendung des Nationaleinkommens noch mehr alte Menschen „leisten“ könnte, als das schon jetzt der Fall ist. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für alte Menschen am Bruttoinlandsprodukt hat sich in Wahrheit in den letzten 20 Jahren keineswegs so verändert, wie uns weisgemacht wird (1980: 11,9 %; 1990: 11,2 %; 2000: 11,9 %).

Außerdem dramatisiert die oben genannte Argumentation mittels frisierter Statistiken und einbestellter Gutachten die demographische Entwicklung wissentlich, um die Rentner gefügig zu machen. In Wirklichkeit ist die Verschiebung der Proportionen zwischen dem Anteil der arbeitenden Bevölkerung, die mit ihrer Arbeitsleistung und ihren Steuern den Generationenvertrag finanziert, und dem Anteil der Jungen, die künftig das Nationaleinkommen sichern sollen, sowie der Alten, die aufgrund ihrer früheren Arbeitsleistung eine Rente erhalten, keineswegs so drastisch, wie sie oftmals dargestellt wird. So kamen im Jahre 2001 auf 100 Einwohner im Alter von 20 bis 65 Jahren je 38 Junge und 44 Ältere, insgesamt also 82 Personen. Nach Vorausberechnungen des Bundesamtes für Statistik werden im Jahre 2050 auf je 100 Arbeitende 30 Junge und 55 Ältere entfallen, also insgesamt 85 Personen, das bedeutet eine Zunahme derer, für deren Unterhalt die Arbeitenden aufzukommen haben, um ganze 3 %, also unter Einbeziehung des Produktivitätsfaktors eine nur geringe Steigerung.

Warum lesen und hören wir trotzdem beständig von Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern, die Renten seien nicht mehr wie bisher finanzierbar?

Der eigentliche Zweck dieser Stimmungsmache ist die Umstellung der bisher staatlich finanzierten Alterseinkünfte auf private Vorsorge.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg

Was steckt hinter der Phrase von der Generationengerechtigkeit?

litikern so oft gebraucht und mißbraucht wie das Wort „Reform“.

Welche „Reformen“ fordern denn nun die „Jungen Abgeordneten“, die selbst dicke Diäten beziehen und eine traumhafte Altersversorgung aus Steuermitteln zu erwarten haben?

Sie bedauern heftig, daß sich „die Politik“ nicht zu einer „fälligen (!) Rentenkürzung“ durchringen konnte. Mit dem sogenannten Nachholfaktor sollen etwaige Erhöhungen der Altersbezüge in den kommenden Jahren ausgeschlossen werden. „Die Bundesregierung wird aufgefordert, keinesfalls dem Druck der Sozialverbände nachgeben.“ Man sollte den Kündigungsschutz weiter lockern, damit die Arbeitslosigkeit gesenkt werden könne. Arbeitsverträge sollten nicht mehr bundesweit einheitlich sein, sondern den Bedingungen der Branchen oder Unternehmen angepaßt werden. Es müsse auch möglich sein, weniger Urlaub als gesetzlich festgelegt zu nehmen, wenn es die Auftragslage der Unternehmen erforderlich mache.

Dieser Katalog entspricht haargenau den hinlänglich bekannten und zum großen Teil bereits erfüllten Forderungen der Unternehmervverbände. (Wie zu erwarten war, ohne die verheißene Senkung der Arbeitslosenquote zu bewirken.)

Der Einklang zwischen Parlamentariern und Bossen ist nicht verwunderlich, wurde doch die Initiative der „Jungen Abgeordneten“ 2003 vom Pharmariesen „Altana“ gesponsert. Inzwischen wird sie durch verschiedene Unternehmen großzügig unterstützt. Hochrangige Verfechter des Kurses der „neoliberalen Modernisie-

ersetzt, was geringere Renten zur Folge haben wird.)

Wirkliche Generationengerechtigkeit hieße, den Jugendlichen ausreichende Ausbildungsplätze bereitzustellen und ihnen nach Abschluß ihrer Lehre eine sichere berufliche Zukunft zu ermöglichen. Generationengerechtigkeit bedeutete auch, wieder mehr stabile Arbeitsplätze zu schaffen, die es den jungen Leuten ermöglichen, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen, zu versorgen und zu erziehen. Generationengerechtigkeit wäre schließlich, auf Studiengebühren zu verzichten, damit die soziale Ungleichheit beim Zugang zur Hochschule nicht noch größer wird, als sie es jetzt schon ist. Das allerdings fordern die „Jungen Abgeordneten“ der CDU gerade nicht. (Neben ihren monatlichen Diäten von 10 660 Euro

Die **Regionalgruppe Uckermark** lädt Mitglieder, Leser und Interessenten für den

20. September, 17 Uhr, in die Lychener Straße 12 in **Templin** (Brand Tex Templin GmbH) und am **30. September um 9.30 Uhr** ins Bürgerhaus am Georg-Dreke-Ring in **Prenzlau** ein.

FSLN-Berater (1985 bis 1988)

Wolfgang Herrmann spricht zu:

**Nicaragua –
einen Monat
vor den Wahlen**

In einem Presseinterview vom 16.11.1998 antwortete der Autor auf die Frage: „Sie befassen sich seit mehr als 40 Jahren mit Energieproblemen. Warum tun Sie das?“ folgendermaßen: „Im Jahreslehrgang 1956/57 lernte ich an der Jugendhochschule bei Prof. Janzen, daß die gesamte Entwicklung der Menschheit letztlich eine Energiefrage ist.“

Der Bedarf an Elektroenergie steigt weltweit an. Die Ursachen dafür liegen u. a. darin begründet, daß nunmehr auch die Entwicklungsländer Schritt für Schritt bemüht sind, das Lebensniveau ihrer Bevölkerung zu heben, die oft noch unter unerträglicher Rückständigkeit als Folge kolonialen oder neokolonialen Erbes leben muß.

Bei den gegenwärtigen Kraftwerken, die auf der Basis von Kohle, Gas und Öl Elektroenergie produzieren, besteht das Problem des CO₂-Ausstoßes, der die Erdatmosphäre erwärmt (Treibhauseffekt). Auf der Weltklimakonferenz wurde dieser Mangel kritisiert. Es bleibt der Weg über die Kernspaltung, denn die praktische Nutzung der Kernfusion liegt, so scheint es, noch in weiter Ferne. Elektroenergie aus Atomkraft ist die effektivste, klimaschonendste und billigste Energieform, aber es gibt noch eine Reihe von Problemen bei der Entsorgung einer anwachsenden Menge von Atommüll, die jedoch lösbar sind. Der Zuwachs an Atomkraftwerken mit immer moderneren Produktions- und Sicherheitssystemen wird im 21. Jahrhundert weltweit weiter steigen. Der Widerstand bestimmter Kräfte gegen Atomkraftwerke, besonders in Deutschland, bleibt nicht nachvollziehbar, denn die Hauptgefahr für die Menschheit sind nicht diese, sondern die Atomwaffen an Land und zur See, vielleicht sogar in Kürze im Weltall. Sie können durch menschliches Versagen oder technische Havarien zu einer Weltkatastrophe führen.

Auf dieses Problem verwies bereits der Göttinger Appell vom 12. April 1957, initiiert vom Chemie-Nobelpreisträger Otto Hahn, dem sich weitere Nobelpreisträger Deutschlands wie Werner Heisenberg, Max von Laue und Max Born anschlossen.

Dieses Dokument war der Beginn des Kampfes in beiden deutschen Staaten gegen die Politik der Regierung Adenauer/Strauß, die darüber nachdachte, wie die Bundesrepublik den Zugriff auf Atomwaffen erreichen könnte. Der Göttinger Appell stellte fest: „Die industrielle Nutzung der Atomenergie ist etwas ganz anderes als deren militärische Nutzung.“

Nach dem Ende des kalten Krieges hoffte die Menschheit, daß nunmehr die atomare Abrüstung schnell voranschreiten werde. Das Gegenteil jedoch trat ein.

Unter Führung der USA wurde eine neue Welle des atomaren Wettrüstens begonnen.

2005 zählte man weltweit 27 000 Kernwaffen. Nur ein Bruchteil davon würde ausreichen, die physische Existenz der gesamten Menschheit auszulöschen. Ungeachtet dessen sind die Vereinigten Staaten dabei, dieses Drohpotential gegen alle, die

sich ihrem Weltherrschaftsanspruch entgegenstellen, zu erweitern. So informierten am 11. März 2003 einige USA-Sender darüber, daß im Krieg gegen Irak u. a. eine neue Spreng- und Brand-Superbombe zum Einsatz kommen solle. Sie vernichte bei der Explosion alles Leben im Umkreis von 1500 m. Daß diese Mordwaffe als „Mutter aller Bomben“ bezeichnet wird, belegt den ganzen Zynismus der USA-Militärs.

Die Sowjetregierung war der Initiator der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Der berühmte sowjetische Physiker I. W. Kurtschatow sagte dazu: „Das Atom soll Arbeiter sein und nicht Soldat.“

Doch mußte der Atomwaffendrohung der USA von ihm, gemeinsam mit S. P. Korol-

weltraumgestützte Systeme und technische Veränderungen sollen helfen, den wachsenden Autoverkehr effektiver und sicherer zu gestalten.

Tragische Flugzeugunglücke, die immer wieder vorkommen, haben nicht dazu geführt, die Abschaffung des Flugzeugs zu verlangen. Im Gegenteil: Jeder Unfall wurde genauestens untersucht und führte zur ständigen Verbesserung der Verkehrssicherheit der Maschinen.

Heute kann festgestellt werden, daß die Kernkraftwerke – trotz des Störfalls im schwedischen KKW Forsmark – und die Luftfahrt die sichersten wissenschaftlich-technischen Systeme sind, die die Menschheit bisher hervorgebracht hat.

Ein Diskussionsangebot

Gute Atombombe und böses Atomkraftwerk?

jow, begegnet werden. Es kam zu einem atomaren Patt beider Seiten.

International wuchs die Zahl von Kernkraftwerken in dieser Zeit. Sie wurden als unverzichtbar für die weitere Entwicklung der Menschheit bezeichnet.

Am 26. April 1986 ereignete sich im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl der bisher folgenschwerste Unfall in der Geschichte der Kernenergienutzung.

Dieses Ereignis, das als Folge menschlichen Versagens analysiert wurde (damals gab es noch keine bedienungsfehler-resistenten Steuerungssysteme für Kernkraftwerke), war für die reaktionären Kräfte in der BRD und vielen anderen Ländern die bis dato günstigste Gelegenheit zur Entfesselung einer massiven antisowjetischen und antikommunistischen Hetze. Man wollte den Nachweis erbringen, daß die sowjetische Technik und das ganze Land marode wären und daß es an der Zeit sei, dieses Gesellschaftssystem zu beseitigen.

Besonders die Grünen benutzten den Vorfall, um sich zu profilieren. Sie begannen verstärkt, den Ausstieg der BRD aus der Atomenergie als politische Zielstellung zu verfolgen. Dabei richteten sich ihre Aktivitäten hauptsächlich gegen die Atomkraftwerke, nicht aber gegen die Atomwaffen. Noch heute, lange nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus dem Osten Deutschlands, lagern USA-Atombomben in der BRD.

Obwohl Zehntausende jedes Jahr ihr Leben bei Autounfällen verlieren, sind mir keine öffentlichkeitswirksamen Forderungen bekannt, deshalb das Auto abzuschaffen. Im Gegenteil: Modernste

Hier wird für Sachlichkeit und Objektivität plädiert. Die jüngste Kampagne der CDU-geführten Landesregierungen für den „Wiedereinstieg“ in die Kernkraftnutzung darf uns nicht irritieren. Deren Politiker sind reine Lobbyisten der großen Energiekonzerne, die sich ausschließlich von Profiterwägungen leiten lassen.

Zugleich versuchen andere Kräfte, an einer verfehlten Politik festzuhalten und z. B. die Linkspartei auf die von Oskar Lafontaine massiv unterstützte Ausstiegspolitik festzulegen.

Sollte sie sich darauf einlassen, dann müßte sie künftig in einer Reihe mit jenen zu nennen sein, die Deutschland in eine innovative Sackgasse hineinmanövriert haben. Am 19. April 2002 warnte Dr. Michael Sailer, neuer Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, daß der eingetretene Nachwuchsmangel bereits zu einer für die nukleare Sicherheitslage in Deutschland bedrohlichen Situation führt.

Diese Entwicklung ergab sich hierzulande erstmals, als das sogenannte rot-grüne Bündnis in Nordrhein-Westfalen die Energiepolitik ändern wollte. Der damalige RWE-Chef Dietmar Kuhn äußerte am 6. Juli 1995 dazu: „In Deutschland gewinnen offenbar diejenigen Kräfte zunehmend die Oberhand, die aus der Kernenergie und aus der Braunkohle aussteigen wollen. Doch das ist unrealistisch. Strom in der Bundesrepublik wird zu über 60 Prozent aus diesen beiden Energieträgern gewonnen. Erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne können auch im Jahr 2020 nur einen Beitrag von maximal zehn

Prozent zur Energieversorgung leisten. Alles andere ist unseriös.“

In der nachfolgenden Diskussion warnten immer mehr Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen vor dem Ausstieg aus der Kernenergie und dessen Folgen für Deutschland. So sagte z. B. Manfred Petroll, Leiter Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Atomforums, in einem Interview: „Der Ausstieg aus der Kernenergie wäre ein Signal für den Ausstieg aus dem internationalen Wettbewerb und den Abstieg der deutschen Volkswirtschaft überhaupt.“

Ungeachtet solcher mahnenden Worte wurde unter dem Druck der Grünen die politische Entscheidung zum Atomausstieg in einer Vereinbarung zwischen der Regierung Schröder/Fischer und den Firmenchefs der Betreiber von Kernkraftwerken am 11. 6. 2001 festgeschrieben.

Damit hatte sich Deutschland freiwillig in eine wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Selbstisolation gebracht.

Weltweit jedoch ist die friedliche Nutzung der Kernenergie wieder auf dem Vormarsch.

Ende 2005 waren 444 Kernkraftwerke weltweit in Betrieb – das waren 3 Blöcke mehr als zum 31. 12. 2004. Die Kapazitäten verteilen sich auf 31 Länder. Weitere 23 Atomkraftwerke befinden sich im Bau, darunter eines in Iran als Neueinsteiger in der Kernenergie. Rußland wird den Anteil der Atomenergie an der Energieversorgung in den nächsten 13 Jahren von jetzt 16 auf 24 % steigern.

Die USA wollen allein 15 neue KKW innerhalb von 10 Jahren errichten und benötigen dafür mindestens 23 000 Fachleute, die sie vermutlich aus anderen Ländern abziehen wollen.

Die wissenschaftlich-technische und personelle Substanz der BRD auf dem Gebiet der Kernenergienutzung ist, im Unterschied zu Frankreich, wo diese absolut dominiert, inzwischen rückläufig.

Man hört oft das Argument, daß angeblich Uran als Energieträger nicht ausreichend vorhanden sei. Für die derzeit in Betrieb befindlichen Leistungsreaktoren werden jährlich ca. 67 000 t Uran benötigt. Zu einem Preis von unter 80 Dollar/kg stehen heute 3,5 Mio. t ausbeutbar zur Verfügung. Das reicht für mindestens 50 Jahre – eine Zahl, die größer ist als die häufig verwendete Metalle.

Aktuelle Schätzungen aller erwarteten Uran-Vorräte (einschließlich der noch nicht wirtschaftlich nutzbaren oder der noch nicht genau quantifizierten) sind viermal so hoch.

Für uns muß es darum gehen, die unbestreitbaren internationalen Erstleistungen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie, die von der Sowjetunion ihren Ausgang nahmen (z. B. erstes Atomkraftwerk 27. 6. 1954 in Obninsk; erster Atomeisbrecher „Lenin“ 3. 12. 1959), zu vermitteln und nachzuweisen, daß die gesellschaftlichen Systeme entscheiden, ob wissenschaftlich-technische Lösungen zum Wohl oder zum Schaden der Menschheit führen. **Dr. Gerhard Steinmüller**

Wie Medienzaren und Finanzhaie mit dem Berliner Verlag umsprangen

In allen ehemaligen Bezirken der DDR wurden 1990 die Zeitungen der SED samt der Verlage – so auch der Berliner Verlag mit allen durch ihn herausgegebenen Zeitungen – ein Objekt der Begierde großer westdeutscher Zeitungskonzerne. Während solche im Berliner Verlag herausgegebenen Blätter wie Wochenpost, Horizont, FF Dabei und Für Dich aus Konkurrenzgründen vom Markt verschwanden, blieben Berliner Zeitung und BZ am Abend (heute Berliner Kurier) erhalten, obwohl oder vielleicht weil sie gegenüber anderen Bezirkszeitungen offiziell einen höheren Status hatten. Vor allem aber lag es an der Tatsache, daß die Bezirkszeitungen – so auch die Berliner Zeitung – bei den Lesern beliebter waren als das ND, besonders in der Zeit nach dem VIII. Parteitag der SED, als es mehr und mehr Protokoll- und Verlautbarungsorgan wurde. Nach 1990 bauten große westdeutsche Verlage auf diese Popularität, denn sie übernahmen Leser- und Abonnentenzahlen, von denen westdeutsche Regionalzeitungen nur träumen konnten. Das versprach hohe Gewinne, an denen im Kapitalismus alles gemessen wird. Dazu kamen hochfliegende Pläne von zunächst ehrgeizigen „Herausgebern“, die in Wahrheit gutdotierte Angestellte der großen Verlage waren.

Bei der Berliner Zeitung war das zunächst Erich Böhme, früher Chefredakteur des „Spiegels“, der mehrheitlich zum Verlag Gruner + Jahr gehört, dessen Eigentümer wiederum der noch größere Bertelsmann-Konzern ist. Böhme („Spiegel“-Herausgeber von 1990 bis 1994), der den neuen Besitzer des Berliner Verlages G + J vertrat, wollte aus der Berliner Zeitung die deutsche Washington Post machen, was natürlich nicht glückte. Aber immerhin blieb das Blatt trotz Springer-Dominanz und solcher Zeitungen wie des Tagesspiegels als einflußreiche hauptstädtische Publikation erhalten. Der Nachfolger Böhmes als Herausgeber, Dieter Schröder (1996-2001), war vorher Chefredakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“ und sollte im Zuge der Bajuwarisierung des deutschen Nordens aus der Berliner Zeitung in der Hauptstadt das machen, was die Süddeutsche Zeitung in der bayrischen Metropole München ist. Dabei muß man beachten, daß der Süddeutsche Verlag zum Teil dem Holtzbrink-Konzern in Stuttgart gehört (woher übrigens auch der Chefredakteur der BZ Uwe Vorkötter kam, der kürzlich zur Frankfurter Rundschau wechselte). Holtzbrink hat vor einigen Jahren den „Tagesspiegel“ gekauft und wollte ein

Gegenwicht zu Springer in Berlin zustandebringen, indem er dann auch den Berliner Verlag mit „BZ“ und „Berliner Kurier“ sowie einige Anzeigenblätter erwarb. Daß sich in den Händen von Holtzbrink ein Pressekonzern zu bilden drohte, der Springer in Berlin ernsthaft Konkurrenz hätte machen können, verhinderte nun das sonst nicht so pingelige Bundeskartellamt offenkundig unter dem Druck des Springerkonzerns. Holtzbrink stand also vor der Frage, entweder den „Tagesspiegel“ oder den Berliner Verlag abzustoßen. Das wurde nun wieder eine Auseinandersetzung zwischen Ost und West im immer noch nicht vereinigten Deutschland. Deswegen nahm er das erstbeste Angebot einer britischen Finanz-Investoren-Gruppe zum Erwerb des Berliner Verlages an. (Nicht der „Tagesspiegel“, sondern der BV wurde geopfert.) Der Berliner Verlag wurde damit zu einem renditeträchtigen Finanzobjekt. Im Frühjahr 2006 informierte man die Belegschaft, daß der neue Besitzer Montgomery den Verlag für 182 Millionen Euro gekauft habe. Davon brachten die Investoren aus Großbritannien, Kanada und den USA 87 Mio. Euro auf. Den beachtlichen Rest von rd. 95 Mio. Euro erhält der Berliner Verlag als Verbindlichkeit aufgebürdet. Das bedeutet, er mußte diese Summe bei einer Bank als Kredit aufnehmen und hat diesen nun bei den üblich hohen Zinsen zu tilgen. Somit verschuldet sich der Verlag auf Jahrzehnte hinaus, während die neuen Besitzer den bisherigen Gewinn des BV von 14 Millionen zugunsten des Unternehmens auf 27 Millionen im Jahre 2008 steigern wollen. Wie das geschafft werden soll – bei steigenden Schulden steigende Gewinne für die Finanzhaie zu machen – bleibt ein Rätsel. Es wird nur – wenn überhaupt – auf Kosten der Belegschaft gelöst werden können, deren Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Dann wird aus der „Berliner Zeitung“ keine „Washington Post“, sondern ein in irgendwelchen Agenturen vorfabriziertes Wurschtblatt, wie es bei anderen Regionalzeitungen der Altbundesrepublik längst üblich ist. Das erfüllt nun aber fast den Tatbestand einer verfassungsfeindlichen kriminellen Handlung, weil hier gegen das Grundgesetzgebot vom dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtetem Eigentum (Art. 14 GG) verstoßen wird. Die Rendite der Eigentümer stellt man über das Wohl der Allgemeinheit.

Harri Czepuck

Als Frauen noch etwas zu sagen hatten

92 % aller Frauen im berufsfähigen Alter gingen zu DDR-Zeiten einer Tätigkeit in Betrieben oder Einrichtungen nach. Das war nur deshalb möglich, weil die Kinder aller Eltern, die das wünschten, Kindergärten besuchen konnten. Zwischen drei und sechs Jahren wurden sie dort von Fachkräften gegen ein geringes Entgelt betreut und gepflegt. Kinder bis zu drei Jahren konnten überwiegend in Krippen untergebracht werden. Schüler bis zur 4.

Klasse hatten die Möglichkeit, ihre Freizeit in betreuten Horten zu verbringen. Die Geburtenquote war zwischen 1975 und 1984 um 46 % höher als in der BRD. Von den 4,2 Millionen weiblichen Beschäftigten verfügten ca. 80 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Anteil der Frauen und Mädchen unter den Studierenden an Universitäten und Hochschulen betrug 49,2 %.

Eingesandt von Karl Landskron, Leuna

Konsumdenken als Ideologie

Der Durchschnittsbürger ist heute bereits zum domestizierten Lebewesen der Wirtschaft manipuliert worden. Eine Welt, die aus „Gütern“ besteht, wo Wert nur noch in der Vermarktbarkeit als solcher akzeptiert wird. Alles unter dem Mäntelchen von Demokratie und Freiheit. Gelernt haben wir von unseren Klassikern, daß die Wirklichkeit eine „verschleierte Form“ der Diktatur des Kapitals ist. Heute haben wir den praktischen Beweis. Die Wahrheit ist, daß der Wohlstand einer satten Oberschicht mit dem Elend vieler erkauft wird. Die Politiker sind die Strohmänner dieser Entwicklung. Wenn wir ihnen noch ein Positivum zukommen lassen, dann mit Brecht: „Tapfere Kur des Arztes an dem rettungslos verlorenen Kranken“. 1,5 Millionen Kinder leben bei uns bereits an der Armutsgrenze und der Abstieg der Masse in die Armut geht unaufhaltsam weiter. Riesengewinne von Konzernen als Erfolgsmeldungen mit gleichzeitigem Abbau von Beschäftigten, was die Profitrate erweitert. Je mehr der kapitalistische Reichtum wächst, um so ärmer sind wir als Menschen geworden. Immer mehr zu Sklaven der Alleinherrschaft eines totalen Ökonomismus, Knechte des Materielles. Diese Wirtschaft bedeutet dem Manipulierten alles, für den Menschen aber ist sie eine Freiheitsberaubung, Verarmung und Beschämung.

Inmitten einer uneingeschränkten imperialistischen Wirtschaft voller Herz und Substanzlosigkeit bleibt ein leeres Gehäuse von technokratischer Raserei übrig, ein Amoklauf des toll gewordenen „Geld heckenden Geldes“. Diese rastlose globale konzerngesteuerte Ökonomie mit ihrer entfesselten Habgier, mit ihrer Verheerung aller Lebensbereiche, u. a. durch genetische Selektion, Organrecycling, Verwertung und Züchtung und ihrer Fortpflanzungsindustrie hat auf der anderen Seite den Zerfall von Familie und Menschlichkeit zur Folge. Je bedrohender diese titanische Zivilisation, um so bunter und primitiver die Massenmedien, die einen endlosen Strom nutzloser Infos verbreiten und deren meiste Sendungen ein Publikum von Schwachsinnigen voraussetzen. Der Bürger wird durch sie, Telefon und Post pausenlos animiert: „Kaufen, kaufen, kaufen!“

Wenn die Masse erst dazu gebracht ist, daß man vom Fernsehen und Internet mehr lernen kann als von der Natur und vom Leben, dann ist die Versklavung perfekt. Aber die Geistlosigkeit hat noch mehr zu bieten. Millionen heutiger Bürger können sich nicht mehr vorstellen, daß es noch andere Daseinsweisen außer ihrer eigenen gibt. Es ist die erworbene Unfähigkeit, zwischen Müll und Qualität zu unterscheiden. Eine irreparable Selbstblindheit.

Was die Machthaber wollen, ist eine unkritische, gründlich verunsicherte und leicht steuerbare Persönlichkeit. Was ist sichtbar geworden? Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz.

Slogan der Wirtschaft: „Wir haben das Glück erfunden.“ Wer anders fühlt und denkt, gehört ins Irrenhaus. Eine Konsumkultur, die kein Interesse an künstlerischer Qualität weckt. Von den anfänglichen menschlichen Werten ist nur der materielle Mehrwert als Gradmesser einer Existenzberechtigung übriggeblieben. Der Mensch ist für die Wirtschaft da. Das Geheimnis ist: Konzerne sind keine Macht, die „Freiheit“ zu vergeben hat.

Schon Thomas Mann erkannte diese Entwicklung: „Zivilisation statt Kultur, Poli-

tik statt Geist, Gesellschaft statt Freiheit.“ Das Gift des Immer-mehr-haben-Wollens gedeiht und zerstört alle menschlichen Werte. Der Mensch wird Mittel eines fremden Zweckes. Besitz wird Substanz, das Geld wird Seelenersatz. Die Wertmaßstäbe werden auf den Kopf gestellt, die Unwerte der Werte sind deutlich sichtbar. Die natürliche Würde des Menschen schwindet. Er mutiert zum Homo oeconomicus, einer Kultur des Begehrens, wo gutes Leben mit Konsumgütern verwechselt wird.

Klaus-Peter Lange

Hoffentlich allianzversichert ...

Der bekannte Werbeslogan des größten deutschen Versicherungskonzerns, der über diesen Zeilen steht, suggeriert Sicherheit allerorts und allerwegen. Ein Irrtum, wie jetzt wieder zu erfahren war. Mindestens 7500 Menschen bezahlen ihn mit ihrem Job bei der Allianz oder der Dresdner Bank. Zur gleichen Zeit weist die Allianzgruppe triumphierend einen Gewinn von ca. 4,5 Milliarden Euro aus. Das Echo reicht von Unverständnis bis Empörung. Ob Gewerkschaften, die Linke.PDS, WASG oder andere, alle wundern sich, regen sich bestenfalls auf, fordern Augenmaß oder Moral (!). Die Gewerkschaft ver.di läßt sogar ein Gegengutachten vorlegen. Was soll denn da drin stehen, damit es Gegenliebe findet? Wie man geschickter ausbeuten kann ...?

Kühl und sachlich reagiert die Allianz, wenn sie den Vorstand verkünden läßt, daß die Gewinne von heute lediglich die Früchte von gestern seien. Für die Zukunft jedoch müsse man sich „verschlanke“, denn nur so könne den „Herausforderungen“ begegnet werden.

Die Rechnung stimmt. Die Gewinne von heute resultieren tatsächlich aus der Ausbeutung von gestern und füllen morgen die Taschen der Aktionäre. Die Entlassungen, die Arbeitsverdichtungen von heute sind wiederum die Gewinne von morgen. Ein ewiger Kreislauf.

Ist das etwas Neues? Eigentlich nicht. Schlag nach bei Marx und Engels: Ziel allen kapitalistischen Wirtschaftens ist die Erzielung von Profit, nicht aber die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Weder des individuellen Bedürfnisses nach einem Leben in Würde noch eines gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisses, auch wenn irreführend von der Wirtschaft als Volkswirtschaft die Rede ist.

Nach Marx und Engels zahlen die Unternehmer nur einen Betrag als Lohn, der gerade zur Reproduzierung der Arbeitskraft im gesellschaftlichen Maßstab reicht. Damit ist es so eine Sache. Sind die Ver-

hältnisse schlecht, werden auch schlechte Löhne „errechnet“. Ohne Gegenwehr können sie sogar das Reproduktionsbedürfnis der Arbeitskraft unterschreiten, was in vielen Ländern der Fall ist. Bei früherem Verschleiß der Arbeitskraft gibt es eine ausreichend große Reservearmee Arbeitswilliger innerhalb oder außerhalb des Landes.

Das wissen wir ja alles, oder? Leider vergessen es die meisten immer wieder. Das Kapital läßt sich nichts abpressen, schon gar nicht auf Dauer. Auch und gerade nicht vom BRD-Staat, der ja für die Grundsicherung geradestehen müßte. Wie zu keiner Zeit in den letzten 50, 60 Jahren ist er dafür da, ihm mit Steuersenkungen und erlaubtem Ausstieg aus der „solidarischen“ Finanzierung der Daseinsvorsorge der Arbeitenden die Taschen zu füllen.

Jeder kann es sehen, warum glauben es nur so wenige? Oder lähmt die Schamlosigkeit, mit der man sich vor aller Augen die Taschen vollstopft? Lähmt die vereinte Propaganda praktisch aller Medien, die von Unumkehrbarkeit und Sachzwängen faseln und Ausweglosigkeit suggerieren? Lähmt die Sprachlosigkeit gewisser Linker oder das falsche Gerede von dem Kapital angeblich abgetrotzten Zugeständnissen, die letztlich der Kapitalist gar nicht zu machen bereit ist? Lähmt schließlich ihre Kapitulationsbereitschaft, weil sie den Millionen Weggeworfenen oder Bedrohten den Kampf „um Teilhabe“ verspricht, statt Tacheles zu reden?

Was bringt es im Falle der Allianz, Unmoral zu beklagen oder bei VW, Siemens, Bombardier, wenn über die Produktionsverhältnisse geschwiegen wird? Über Eigentumsverhältnisse, über Machtverhältnisse! Entsprängen diese dem freien und bösen Willen einzelner, ließe sich vielleicht über Verbesserungen hier, Veränderungen dort reden. Aber dem ist nicht so. Schlag nach bei M & E!

Lutz Pistor

Der FDGB – eine redliche Bilanz

Wenn in der BRD etwas „staatlich verordnet“ wird, dann ist es das Bild, das sich jeder über die DDR zu machen hat. Dabei wird der Umgang mit ihr immer gehässiger. Zum Repertoire gehören die Totalitarismus-Lüge, der „asbestverseuchte“ Palast der Republik, die „Zwangsvereinigung“ von KPD und SPD zur SED und natürlich die „Stasi“-Keule. Selbst ein Kindesmord ist der antikomunistischen Propaganda willkommen. Nichts darf an den Sozialismus auf deutschem Boden erinnern. Nichts daran, daß Arbeiter und Bauern ihre Fähigkeit unter Beweis stellten, Staat und Wirtschaft zu leiten.

Die politischen „Eliten“ der BRD brauchen den Haß auf die DDR, weil ihre Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer die Tatsache nicht verwinden können, daß ihnen Zugriff und Profit vier Jahrzehnte lang verwehrt waren. Dieses „Kapitalverbrechen“ werden sie uns nie verzeihen. Um einer Wiederholung vorzubeugen, soll jegliche positive Erinnerung an den sozialistischen deutschen Staat ausgelöscht werden.

Trotz der Defizite, Mängel und Fehler, die es gab, erinnern sich immer mehr ehemalige DDR-Bürger schmerzlich daran, was von jenen Errungenschaften verlorenging,

die sie einst für selbstverständlich gehalten hatten. Die DDR muß den Vergleich nicht scheuen. So wird die Haltung zu ihr der Prüfstein für jeden, der sich hierzulande Sozialist nennt. Sie wird – wie auch die Einstellung zu Kuba – ein Maßstab sein, an dem man die künftige einheitliche Linkspartei mißt.

Mit dem Sammelband über die Leistungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für seine Mitglieder „Der FDGB 1945–1990. Tatsachen, Erfahrungen, Standpunkte“ liegt erstmals eine umfassendere Publikation vor, die das Wirken der größten Organisation der DDR sachlich dokumentiert. Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre berichten auf über 400 Seiten über die sozialen Leistungen des FDGB. Zu seinen Erfahrungen gehören jene im Arbeitsrecht, in der medizinischen Betreuung, in der Ausbildung und Qualifizierung, bei Sport und Kultur und nicht zuletzt der einzigartige Feriendienst. Man erfährt, wie weit wir in Deutschland schon einmal waren und in welchem Grad wir uns dank der BRD von diesen sozialen Standards bereits entfernt haben.

Zu den unangenehmen Seiten der Chronik, die keineswegs verschwiegen werden, gehört der Abbruch der Beziehungen

zwischen DGB und FDGB im Jahre 1990. Sie hatten sich im Laufe der Jahre recht gut entwickelt. Die Autoren des Sammelbandes zitieren statt eines Vorworts den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach, der auf dem 11. FDGB-Kongreß 1987 in Berlin die gemeinsame Verantwortung beider Dachorganisationen betonte: „Ich bin froh, daß es hierbei in wichtigen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem FDGB und dem DGB gibt.“ Die Ansprache Fehrenbachs ist dem Buch in voller Länge vorangestellt. Die Herausgeber hätten gern ein aktuelles Geleitwort gedruckt. Das aber war nicht zu bekommen, weil man beim DGB offenkundig noch immer nicht akzeptieren will, daß das 45jährige Bestehen des FDGB die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung maßgeblich mitgeprägt hat.

Das vorliegende Werk ist von großer Aktualität und verdient aufmerksame Leser.

Dr. Hans Küstner

Horst Bednareck, Harald Bühl, Werner Koch (Herausgeber). Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945–1990. Tatsachen, Erfahrungen, Standpunkte, Verlag am Park, Berlin 2006, 440 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-89793-122-2

Medikamentenreste – für wen?

Die nach eigener Behauptung meistgelesene BRD-Zeitung (das Springer-Blatt BILD) erhielt ich am 7. Juni gleich zweimal geschenkt: einmal in der S-Bahn, das zweite Mal aus dem Müllcontainer unseres Hauses, wo es oben auf lag. Auf der Titelseite wurde ein „Fan-Paket“ von BILD und Lidl angeboten. Für nur 99 Cent konnte man sechs Flaschen Bier, eine Tüte Erdnußflips und eine Deutschlandfahne erwerben.

Aufschlußreiche Überschriften sprangen sofort ins Auge: „RWE-Chef kassiert 12,07 Mio. Euro als Jahressalär“. „Hartz IV oder Job: Arbeit muß sich wieder lohnen“. Und schließlich entdeckte ich einen Minibericht: „Arzneimittelreste sollen weiterbenutzt werden“. Sein Wortlaut: „Berlin. Die neue Gesundheitsreform wird immer konkreter. Gestern beschlossen die Experten von CDU und SPD: Nicht aufgebrauchte Arzneimittel sollen – anders als bisher – z. B. in Hospizen weiterbenutzt werden. Geschätzte Einsparung: 300 bis 400 Millionen Euro pro Jahr.“

Der Abfall soll ins Hospiz, schoß es mir unwillkürlich durch den Kopf. Dann sortierte ich meine Gedanken: Was sind „nicht aufgebrauchte Arzneimittel“ oder „Arzneimittelreste“? Woher kommen sie? Um was für Fabri-

kate handelt es sich? Wer beschafft, prüft, vermittelt? Wer trägt hier welche Verantwortung?

Und: Was will man erreichen? Soll das ein Gebrauchsgüterhandel mit Medikamenten werden, etwa nach dem Prinzip der „Zweiten Hand“? Oder aus wievielter Hand? Liegt hier nicht ein Fall des Chauvinismus gegen Alte, Kranke und Arme vor?

Das Hospiz ist doch meist die letzte Lebensstation eines Menschen. Da fragt es sich: Ab wann werden Lebensrecht, Moral und alles damit verbundene Humane

ignoriert – wann beginnt die Wertlosigkeit eines Menschen? Geht es hier wirklich um die Sanierung der Kranken- und Rentenkassen, oder liegt etwa ein Fall schlecht kaschierter Sterbehilfe vor?

Ich hoffe inständig, daß ich überziehe oder mich täusche. Doch Indizien für meine Vermutungen gibt es genug. Immerhin hat sich der CDU-Abgeordnete Mißfelder dafür eingesetzt, Alten und schmerzbelasteten Menschen nach Überschreiten des 70. Lebensjahrs Hüftprothesen zu verweigern.

Gunthard Dressel

Eine Frage

Da stehn die Werkmeister – Mann für Mann.
Der Direktor spricht und sieht sie an:
„Was heißt hier Gewerkschaft!
Was heißt hier Beschwerden!
Es muß viel mehr gearbeitet werden!
Produktionssteigerung! Daß die Räder sich drehn!“
Eine einzige kleine Frage:
Für wen?

Ihr sagt: Die Maschinen müssen laufen.
Wer soll sich eure Ware denn kaufen?
Eure Angestellten? Denen habt ihr bis jetzt das Gehalt wo ihr konntet heruntergesetzt.
Und die Waren sind im Süden und Norden deshalb auch nicht billiger geworden
Und immer sollen die Räder sich drehn ...
Für wen?

Für wen die Plakate und die Reklamen?
Für wen die Autos und Bilderrahmen?
Für wen die Krawatten? Die gläsernen Schalen?
Eure Arbeiter können das nicht bezahlen.
Etwa die der andern? Für solche Fälle
habt ihr doch eure Trusts und Kartelle!
Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehn.
Eine schöne Wirtschaft!
Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt,
liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht
eure eigene Kundschaft kaputt gemacht.
Denn Deutschland besteht – Millionäre sind selten –
aus Arbeitern und Angestellten!
Und eure Bilanz zeigt mit einem Male
einen Saldo mortale.

Während Millionen stempeln gehn.
Die wissen für wen.

Kurt Tucholsky

Wie der „rot-rote“ Senat mit dem Klerus kungelte Zum Kirchenvertrag in Berlin

Die Kirchen machen mobil, um verlorenes Terrain wiederzuerlangen. Zu den jüngsten Aktivitäten der Reevangelisierung gehört der Abschluß eines Kirchenvertrages der „Evangelischen Kirche von Berlin – Brandenburg – schlesische Oberlausitz“ mit dem Land Berlin, bei dem der Regierende Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, mehr als entgegenkommend war – wenige Wochen vor der Wahl in Berlin. In der Weimarer Verfassung war im Art. 138 Abs. 1 festgeschrieben worden: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“ Alle derartigen Vorrechte der Kirchen sollten der Vergangenheit angehören. In der DDR war die Trennung von Staat und Kirche konsequent durchgeführt, auch in ihrer Hauptstadt Berlin. Kirchensteuern wurden nicht erhoben. Mit dem „Einigungsvertrag“ wurde ein Gesetz über Kirchensteuern durch die buchstäblich letzte Volkskammer verabschiedet und damit den DDR-Bürgern eine spezifische Belastung aufgebürdet. Jetzt gelang es der Kirche wieder Positionen zu besetzen, die ihr nach der Wei-

marer Verfassung nicht mehr zustehen würden.

Durch den Vertrag erhält die Evangelische Kirche – unabhängig von der jeweils aktuellen Haushaltslage – über Jahre gesicherte besondere Pfründe, die bei der finanziellen Situation Berlins in den kommenden Jahren als eine sichere Bank Vorrang vor anderen Ausgaben haben dürften. Dazu gehört nicht nur die Bezahlung der Pfarrer, sondern auch der Theologieprofessoren an der Humboldt-Universität. Der Gesamtzuschuß für das Haushaltsjahr 2005 wurde mit 8,15 Millionen Euro festgelegt.

Ich darf daran erinnern, daß in der DDR bereits in den 50er Jahren der Evangelischen Kirche die Freiheit eingeräumt worden war, entweder die Ausbildung der Theologen vollständig in eigene Regie zu nehmen und auch selbst zu finanzieren, oder zu akzeptieren, daß die theologischen Fakultäten, auch die der Humboldt-Universität, in das Hochschulwesen der DDR mit allen ihren Elementen und Charakteristika einbezogen werden. Die Kirche entschied sich für die zweite Variante, so daß die theologischen Fakultäten vollständig integriert waren, was auch für das „gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“ galt. So war eine klare

Rechtslage gegeben: Der Staat übernahm die Bezahlung der Professoren, die Kirche akzeptierte, daß die Ausbildung der Theologiestudenten nach den allgemein gültigen Regeln in der DDR erfolgte.

Der jetzt abgeschlossene Kirchenvertrag entbehrt gerade einer solchen Gegenseitigkeit.

Zunächst hat das Land Berlin enorme Zahlungen zu leisten. Zusätzlich wird der Evangelischen Kirche eine große Einflußmöglichkeit gesichert. Das betrifft den Religionsunterricht in Schulen, den Einfluß in Kindergärten, Krankenhäusern, Altenheimen, bei der Bundeswehr und in Haftanstalten.

In dem Kirchenvertrag ist nichts davon zu finden, daß die Weimarer Verfassung bekenntnisfreie, weltliche Schulen vorsah.

Der Skandal besteht nicht nur darin, daß der Regierende Bürgermeister Wowereit der Kirche diesen rechtswirksam gewordenen Vertrag schenkte, sondern auch in der Tatsache, daß ihn die „rot-roten“ Abgeordneten, darunter die Mehrzahl der PDS-Vertreter, billigten, was das Land und seine Bürger in unverantwortlicher Weise finanziell belastet und den Einfluß der Kirche stärkt.

Offensichtlich wurden die Abgeordneten, die diesem Vertrag zustimmen sollten, nicht hinreichend über die Konsequenzen und Folgerungen daraus unterrichtet; sie sollten nur abnicken.

Zu einer gründlichen Aufklärung über die Folgen und finanziellen Auswirkungen des Vertrages bestand schon deshalb ganz besondere Veranlassung, weil sich das Land Berlin in einer schwierigen Haushaltslage befindet und vom Bund erhebliche Mittel bezieht.

Auch ohne in der Statistik nachgesehen zu haben, weiß jeder Berliner, daß weniger als die Hälfte der Bürger der Evangelischen Kirche angehört.

Indem diese aber von allen Einwohnern der Stadt subventioniert wird, werden gerade jene Aktivitäten finanziert, die nicht den weltanschaulichen oder religiösen Anschauungen der Mehrheit entsprechen. Nach dem Vertrag muß ich als Atheist hinnehmen, daß das Land Berlin Geld für religiöse Propaganda ausgibt!

Soweit die Evangelische Kirche, was durchaus anzuerkennen ist, in ihren Einrichtungen, insbesondere auf diakonischem Gebiet, in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen Leistungen im Interesse der Bürger, unabhängig von deren Religion oder weltanschaulicher Überzeugung, erbringt, sind diese – wie andere auch – natürlich zu den üblichen Sätzen zu bezahlen.

Alles, wodurch die Evangelische Kirche als solche finanziert wird, ist nicht verantwortlich und muß als ein Rückfall hinter Weimar beurteilt werden.

Antonie Satzger aus Zwickau wird am **3. September 95 Jahre alt.**

Prof. Dr. Ingeborg Rapoport aus Berlin vollendet am **2. September** ihr **94. Lebensjahr.**

Der RF fühlt sich beiden Genossinnen eng verbunden.

Unser Gruß gilt dem treuen alten Kommunisten

Friedrich Konrad aus Altdorf, der am **14. September** seinen **85. Geburtstag** begeht.

Zu den **75jährigen** rücken auf:

Kurt Kniep (1. September) aus Beckendorf,

Dr. Horst Kirchner (7. September) aus Halle und

Siegfried Wagner (8. September) aus Freiberg.

Ihr **70. Lebensjahr** vollenden

Prof. Dr. Hans Fischer (4. September) aus Berlin und unser vielgefragter Referent

Dr. Klaus Blessing (24. September) aus Zeuthen.

Auch die Gruppe der **65jährigen** bekommt Zuwachs:

Dieter Pfannenbergl (6. September) aus Schildow,

Uwe Becker (13. September) aus Camburg und

Karin Gruhne (28. September) aus Staupitz.

60 Jahre alt werden

Wolfgang Selz (3. September) aus Bernau und

Berndt Großer (28. September) aus Hainichen.

Der
„RotFuchs“
gratuliert
herzlich den
Jubilaren
dieses
Monats:

Ihnen und allen anderen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag haben, übermitteln wir Wünsche für bestmögliche Gesundheit.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Birthlers Residentin selektierte das Werk Werner Tübkes Ächtung eines Meisters

Hildigund Neubert ist eigentlich nicht auf die schönen Künste, sondern auf die Diffamierung staatstreuer DDR-Bürger abonniert. Als Residentin des Birthler-Dienstes in Thüringen gilt die professionelle „Stasi“-Jägerin als eifernde und geifernde Antikommunistin der schlimmsten Art. Neuerdings ist sie übrigens zwei neuen Hobbys verfallen: Sie empfindet sich als intime Ungarn-Kennerin und ist zugleich davon überzeugt, eine versierte Tübke-Spezialistin zu sein. Im Juli ließ sie eine Arbeit des angesehenen DDR-Malers Werner Tübke aus der diesem zu Ehren veranstalteten Ausstellung im Thüringer Landtag entfernen. Ausgerechnet im 50. Jahr der ungarischen Konterrevolution, an der sich das antikommunistische Gesindel landauf, landab im Herbst die Hände wärmen will, wurde eine „besonders anrühige“ Grafik Tübkes zunächst in die Exposition einbezogen. Sie zeigt die Abnahme eines Gehenkten von einem Laternenpfahl. Im Herbst 1956 war das als Vorlage dienende Foto um die Welt gegangen: Vor dem Budapester

Parteihaus hatte der weiße Mob einen Funktionär des Stadtkomitees bestialisch aufgeklopft und anschließend zur Schau gestellt. Angehörige des Wachregiments der ungarischen Staatssicherheit waren zur selben Zeit von „Freiheitskämpfern“ in die Kanalisation der Hauptstadt getrieben und dort ertränkt worden. Folgerichtig beschriftete Tübke sein Blatt: „Faschistischer Terror Ungarn 1956“. Das ließ Expertin Hildigund – sie zählt die ungarische Konterrevolution natürlich zu „den besten demokratischen Traditionen dieses EU-Landes“ – vor Wut explodieren. Auf ihre „Bitte“ hin, die der CDU-Parlamentspräsidentin ein Herzenswunsch war, wurde das Werk abgehängt, da „die bezweckte Gesamtwürdigung des Malers keinen Raum für eine kritische Einordnung oder erklärende Kommentierung bot“. Immerhin war der Bildtitel von Tübke selbst formuliert worden. Wie Residentin Hildigund im „Allgemeinen Anzeiger am Sonntag“ – einem haßtriefenden Eichsfelder Lokalblatt – und

anderen Postillen gleicher Qualität von sich gab, sei das politische Totschlagen der Arbeit des Grafikers nicht etwa ein „Akt der Zensur oder des Eingriffs in die Freiheit der Kunst“ gewesen, auch wenn Tübkes „Haltung zum DDR-Sozialismus sicher diskussionswürdig wäre“. Es gehe vielmehr um die „Freiheit von Kunstförderern“, die „richtige Auswahl“ zu treffen. Die „Lüge dieser Bildunterschrift“ gehöre nicht in das höchste Haus des Landes. Die Entscheidung des damals jungen Tübke für einen solchen Begleittext sei zumindest „eine Folge ideologischer Desinformation, wenn nicht innerer Übereinstimmung mit der Parteilinie“ gewesen. Immerhin habe der Maler – eine der „Ikonen der DDR“ – viele Jahre lang führende Positionen im Verband Bildender Künstler eingenommen, was seine nachträgliche Abstrafung rechtfertige. Wie gut, daß sich Birthlers thüringische Statthalterin so engagiert um die Magyaren und die Kunst kümmert. Einen solchen Sachverstand kann man wahrlich nicht überall voraussetzen ... **K. S.**

Wie Ungarn die DDR verkaufte

Wenn man als Tourist in Ungarn einem professionellen Reiseführer ausgeliefert ist, wird einem vermittelt: Europäer, vor allem aber wir Deutschen, verdanken den Ungarn die Befreiung von der Mongolenherrschaft, die Erfindung des Kugelschreibers und am Ende des 20. Jahrhunderts Freiheit und Einheit. Die letzte Legende wird bis in die Gegenwart gepflegt, mit Zeitzeugenberichten, Filmepn und Historienbildern. Alles konzentriert sich dabei auf die Grenzöffnung 1989 bei Sopron, die ca. 40 000 DDR-Bürgern die Flucht in den Westen ermöglicht habe. Wer nun die wahren Hintergründe und Begebenheiten der jüngeren Geschichte befragen will, dem kommt die Lektüre des Buches „Sternstunde der Diplomatie“ zu Hilfe. Sein Untertitel lautet: „Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas“. Das 660 Seiten starke Buch erschien übrigens schon 1997 im Propyläen-Verlag Berlin. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß beide Verfasser ein Auftragswerk des Nationalen Sicherheitsrates der USA vorgelegt haben. Es handelt sich um die freigestellten Professoren Philip Zelikow von der Harvard University und Condoleezza Rice von der Stanford University. Besonders die Autorin nutzte den Bericht über die Außenpolitik der USA der Jahre 1989/1990 für ihren Aufstieg vom Aufsichtsratsmitglied des gigantischen Ölkonzerns Chevron zur Chefsicherheitsberaterin von Präsident Bush junior, später zur Außenministerin der Vereinigten Staaten. Auhoren der Ostküste sehen noch kein Ende ihrer politischen Laufbahn.

Man muß den beiden Verfassern zugute halten, daß ihre Analyse der zwei historisch bedeutsamen Jahre der USA-Diplomatie keinen Platz für Märchen und Legenden läßt. Sie erfaßt das politische Kräfteverhältnis in Europa und der Welt, besonders die Entwicklungen in der UdSSR unter Gorbatschow und Schewardnadse, die Lage in Prag, Warschau, Bonn und Berlin. Besondere Aufmerksamkeit aber gilt den Akteuren in Budapest und deren Empfänglichkeit für westliche Angebote. Sie wußten die Botschaft Gorbatschows zu deuten, daß jedes sozialistische Land seinen eigenen Weg im „Haus Europa“ gehen könne. Über die Vorbereitung der Grenzöffnung 1989 wird Klartext geredet. Entscheidend sind die Geheimverhandlungen auf Schloß Gymnich bei Bonn am 25. August 1989 zwischen Ungarn (Nemeth und Horn) und der BRD (Kohl und Genscher). Die Grenzöffnung Ungarns nach dem Westen, von den USA lebhaft begrüßt, wurde durch die Bundesregierung mit einem Kredit von 500 Millionen Mark belohnt und nach dessen Bereitstellung vollzogen. Eine Woche später erklärte Horn seinem DDR-Außenministerkollegen Oskar Fischer in Berlin, „internationale Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte“ seien ein „Sachzwang“ gewesen, der Vorrang vor zwischenstaatlichen Verträgen besessen habe.

Von den Beteiligten auf Schloß Gymnich wurden die Absprachen und Geldzahlungen später bestritten, aber die beiden Autoren holten sich im Jahre 1994 durch Interviews mit Genscher und Teltchik Gewißheit für ihren Bericht.

Die USA-Strategie hatte sich durchgesetzt. Aus dem „Wandel durch Annäherung“ war der „Wandel durch Stärke“ geworden. Deshalb wurde der Modrow-Regierung ihr Kreditwunsch von der BRD versagt, während die ungarische Regierung weiterhin eine wohlwollende Sonderbehandlung erfuhr. Horn erhielt in Aachen den Karlspreis. Ungarn wurde erstes neues Mitglied der EU. So schließt sich der Kreis in historisch entscheidender Zeit. Blicke noch die Frage nach der Gegenwehr der Staaten des realen Sozialismus. Das aber ist ein weites Feld eigenen Versagens und eigener Schuld. **Dr. Heinz Sonntag**



Ratzinger erfreut Pilger in Bayern Gottes Stellvertreter im Anmarsch

Josef Kardinal Ratzinger, als Benedict XVI. gegenwärtig Stellvertreter Gottes auf Erden, besucht ab 8. September seine bayrische Heimat. Natürlich nicht „einfach so“, sondern höchstamtlich. Und das wird teuer. Wir alle zahlen für das Spektakel, ob Katholiken oder nicht. Wie viele Millionen Euro der Ausflug insgesamt kostet, dürfte wohl ein Geheimnis bleiben. Aber die Veranstaltungen in Regensburg und München werden aufwendiger, als würde man all die Papstbeschauer mit Sonderzügen oder -flugzeugen nach Rom schaffen, um ihren Arbeiter im Weinberg des Herrn dort zu besuchen. Ein Vergleich mit dem Papstauftritt beim „Weltjugendtag“ 2005 in Köln deutet dies nur an, denn 2006 verdoppelt sich die Besuchsdauer, und aus einer Stadt werden gleich drei zum Altar des klerikalen Oberhirten. Insgesamt wurden 2005 über 122 Millionen Euro ausgegeben, fast 43 Mio. für die Versorgung der Pilger, gut 24 Mio., um das Marienfeld für die Papstmesse herzurichten, mehr als 18 Mio. für die Infrastruktur und noch mal gut 12 Mio. für Mieten, Fremdpersonal und anderes. Da die Kostenbeteiligung von Pilgern und Sponsoren einen Teil der Ausgaben deckte, wurde der Steuerzahler etwas weniger gerupft.

7,5 Mio. Euro zahlte der Bund, 3 Mio. das Land NRW, 1,2 Mio. die EU aus Brüssel. Die Stadt Köln gab zusätzliche 3 Mio. für Infrastrukturmaßnahmen zum WJT aus. Und dazu kamen circa 50 Millionen für Schutzmaßnahmen und andere inoffizielle Ausgaben. Ob sich der Vatikan als Gastgeber und Einlader an den Kosten beteiligte, war nicht zu erfahren. Und nun kommt der Besuch des Papstes in seiner Heimat! Sicherheit hat Vorrang. Menschen können ihren Arbeitsplatz nicht erreichen. Zwischen Frankfurt/Main und Wien werden alle Güterzüge für einen Tag gestoppt. Nahverkehrszüge und S-Bahnen in den Großräumen München und Regensburg werden umgeleitet, gesperrt oder eingeschränkt. Die A3 bei Regensburg wird für einen Tag dichtgemacht. Und in München will der Papst am Samstag nachmittag mitten in der Fußgängerzone ein Gebet sprechen, was besondere Vorkehrungen erforderlich macht. Aber wer zahlt die volkswirtschaftlichen Verluste und Geschäftseinbußen? Die Fluten der Pilger werden dafür nicht sorgen. Bleiben wieder die Steuerzahler, die sogenannten kleinen Leute. Danke. Also spart die Stadt München bei den Schulen und der Behindertenbetreuung. Dafür stellte der Bayrische Landtag eine Million Euro bereit, um das Geburtshaus des Herrn Ratzinger in Markt zu kaufen.

Ist die katholische Kirche so mittellos? Ihr Vermögen allein in Deutschland wird auf 250 Milliarden Euro geschätzt. Der Papst ist Deutschlands größter privater Grundbesitzer mit einer Fläche von 8,24 Mil-

liarden Quadratmetern. Das entspricht der Größe von Berlin, Bremen, Hamburg und München zusammengenommen. Der weltweite Besitz wäre dem hinzuzufügen. Und dennoch: Der Staat BRD subventioniert den Klerus der christlichen Kirchen. Beide zusammen erhalten jährlich über 14 Milliarden Euro zusätzlich zu den rund 9 Milliarden Kirchensteuern. Und dazu kommen noch gut 10 Milliarden Euro Zuschüsse für soziale Einrichtungen der Kirchen wie Kindergärten, Kliniken, Schulen, Altenheime usw. Diese Zuwendungen kompensieren etwa 90 % der Gesamtausgaben. Die Kirche darf dafür in den Institutionen unter ihrer Trägerschaft das Arbeitsrecht teilweise außer Kraft setzen.

Mit dem bereitgestellten Geld finanziert der laut Grundgesetz von der Kirche separierte Staat die Gehälter der Kardinä-

le, Bischöfe und weiterer Würdenträger sowie die Ausbildung von Theologen. Und das, obwohl nur 62 % der Bevölkerung diesen Kirchen – oft rein formell – angehören. Dennoch haben sich die Kirchensteuereinnahmen seit 1968 verfünffacht! Auch deshalb, weil von den Leistungen für Arbeitslose ein pauschaler Beitrag an die Kirchen abgeführt wird, unabhängig von einer Mitgliedschaft.

Aufgepaßt, der Papst kommt! Mit neuen Krediten wird die Bundesregierung auch diesen Besuch auf unsere Kosten prunkvoll gestalten. **Richard Georg Richter**

(Das Material entstand unter Rückgriff auf Informationen der Freien Christen, Marktheidenfeld, und der Initiative Mahnmahl, Würzburg.)

„Großukrainer“ im Nazi-Sold

Unter dem oben genannten Titel veröffentlichte der Kriegsveteranenrat der Ukraine, zu dessen Mitgliedern auch RF-Leser zählen, eine Auswahl von Materialien über die Zusammenarbeit ukrainischer Nationalisten mit den Geheimdiensten des faschistischen Deutschen Reiches.

Die ukrainischen Nationalisten, welche im vergangenen Jahrhundert aus der Westukraine rekrutiert worden waren (diese gehörte ehemals zum k. u. k. Österreich bzw. zu Polen), unterschieden sich wenig von gleichartigen Kräften anderer Länder. Zu ihrer Ideologie gehörte der erbitterte Haß auf die Nachbarn – Polen und Russen – und besonders auf Kommunisten und Juden. Das Ziel bestand in einer „unabhängigen Großukraine“. Politisch und weltanschaulich standen sie den deutschen Faschisten besonders nahe. Ihr Vorgehen war durch besondere Brutalität gegenüber „Feinden“, aber auch gegen eigene Leute im Falle von Widersetzlichkeit bestimmt. Und natürlich wurden Partner, besonders der hitlerfaschistische Geheimdienst, gesucht.

Das Buch, das uns durch Dr. Alexander A. Woizechowski – einen der Autoren – zugesandt wurde, deckt die Untaten der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) auf. Beide haben vor, während und noch einige Jahre nach dem Großen Vaterländischen Krieg der UdSSR in enger Zusammenarbeit mit den Faschisten bzw. westlichen Geheimdiensten schwerste Verbrechen, besondere in der sowjetischen Ukraine und in Polen, begangen.

„Der ukrainische Nationalismus formierte sich zunächst unter Emigranten, die ihr Schicksal mit dem europäischen Faschis-

mus verbunden hatten. Ihre Theorie und Praxis weisen nur geringfügige Unterschiede zu den deutschen Nazis auf. Der wichtigste bestand in der Fähigkeit, sich den Interessen und Anforderungen der jeweils stärkeren Herren anzupassen: während des Krieges denen der deutschen Nazis, heute denen der amerikanischen Imperialisten“, heißt es in der Dokumentation.

Zum Buch gehören zahlreiche Fotokopien – in Russisch, Ukrainisch und Deutsch –, mit denen die Verbrechen von OUN und UPA nachgewiesen werden. Besonders wird von den Verfassern angeprangert, daß die heutigen ukrainischen Nationalisten den Versuch unternehmen, die „Kämpfer“ ihrer Organisationen mit den gegen die faschistische Besatzung getretenen sowjetukrainischen Partisanen gleichzusetzen. Sehr viele, auch von SS, Wehrmacht und anderen Nazi-Stellen verfaßte Papiere beweisen indes, daß es sich ausschließlich um Kollaborateure gehandelt hat.

Neben den genannten Dokumenten, die in der Mehrzahl aus sowjetischen Archiven stammen, wurde ein weiteres Material einbezogen: Auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Rates der Ukraine vom 1. Februar 1993 untersuchte eine gesonderte Arbeitsgruppe die Tätigkeit der OUN/UPA und faßte die Ergebnisse in einem offiziellen Bericht zusammen. Obwohl einige Jahre nach der Konterrevolution fertiggestellt, bestätigt er die Aussage des Buches.

Die Dokumentation liegt in russischer Sprache vor und kann an Interessenten ausgeliehen werden.

Dr.-Ing. Peter Tichauer

10. Februar 1897: Im Haus Nummer 6 der Kaczastraße im Warschauer Stadtteil Wola kommt ein Junge zur Welt. Er ist das dritte Kind der Familie des Gießers Swierczewski und erhält den Namen Karol. Der Vater verdient in der Metallfabrik Gwizdzinski gerade soviel Rubel, daß er seine Familie recht und schlecht ernähren kann. Dennoch kann er hin und wieder ein paar Kopeken zurücklegen, um sich ein Buch anzuschaffen, z. B. eins, das mit dem Umschlag „Die Wunderrute“ versehen ist, aber den Text enthält „Der Sozialismus und die Arbeiterbewegung“. Denn der alte Swierczewski ist polnischer Sozialdemokrat und muß seine politische Tätigkeit vor der Geheimpolizei Ochraza verbergen; Warschau gehört noch zum zaristischen Rußland.

Frühjahr 1909: Für Karol endet die vierklassige Gemeindeschule. Er ist ein guter Schüler, fleißig, wißbegierig, diszipliniert, mit schneller Auffassungsgabe. Sein Lehrer möchte, daß er sich weiterbildet. Doch das kostet Geld, viel Geld, das die Swierczewskis nicht haben. Also geht der Sohn, gerade zwölf Jahre alt, in die Fabrik, um Dreher zu werden.

September 1914: Seit dem Tod des Vaters ernährt Karol die Mutter und die Schwestern Lonka und Henia. Er arbeitet jetzt in den Gerlach-Werken, die zu Kriegsbeginn nach Kasan verlagert werden. Karol darf seine „drei Frauen“ mitnehmen, denen das Land im Osten bis nach 1945 zur zweiten Heimat wird.

Frühjahr 1918: Auch in der Stadt an der Wolga werden die Schüsse der „Aurora“ gehört. Der 21jährige Metallarbeiter begibt sich auf den Weg nach Moskau. Die Revolution muß verteidigt werden. Die Militärbehörden weisen Karol zunächst ab, er sei zu jung und Ausländer dazu. Doch er läßt sich nicht abwimmeln. So schicken sie ihn als Schreiber in eine Kompanie an der Orcza-Front. Auch das paßt ihm nicht. Er will mit dem Gewehr kämpfen. Und er bewährt sich schnell im Gefecht mit den Weißen. So vertraut man dem jungen Polen bald das Kommando über eine Kompanie, dann über ein Bataillon im 123. Schützenregiment der Roten Armee an, einer Einheit, der vor allem Ausländer angehören. Diese Truppe zeichnet sich durch Tapferkeit, Einsatzbereitschaft und militärisches Können aus. Karol, der seit dem 7. November 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei Rußlands ist, wird mit dem Rotbannerorden ausgezeichnet.

Ende 1920: Die Hauptkräfte der einheimischen Konterrevolution und der ausländischen Interventen sind geschlagen. Die Rote Armee hat sich als überlegen erwie-



Kommunist, Pole, Internationalist: Karol Swierczewski

sen. Dennoch besteht weiter die Gefahr, daß die Imperialisten den Sowjetstaat angreifen. Deshalb zieht Karol Swierczewski die Uniform nicht aus. Er absolviert die Infanteriehochschule, später die Militärakademie „M. W. Frunse“. Danach gibt er sein Wissen an künftige Offiziere in Smolensk, in der Ukraine und in Moskau weiter. Schließlich wird er Chef einer Abteilung im Generalstab.

Juli 1936: Von den deutschen und italienischen Faschisten unterstützt und von den Regierungen westlicher Staaten ermuntert, putschen in Spanien reaktionäre Generäle gegen die Republik. Sie beginnen einen blutigen Bürgerkrieg. Doch das spanische Volk erhält Hilfe. Tausende Antifaschisten, vor allem Kommunisten, eilen freiwillig auf die Pyrenäen-Halbinsel und schließen sich in internationalen Kampfverbänden zusammen. Ausgebildet und ausgerüstet werden sie auch von Militärspezialisten aus der UdSSR. Einer dieser Männer ist der sowjetische General polnischer Nationalität Karol Swierczewski.

Dezember 1936: Nachdem schon im Oktober die XI. Internationale Brigade formiert worden war, der die XII. und XIII. folgten, rückt schließlich Mitte Dezember die XIV. aus, um an der Südwestfront den Vormarsch der Faschisten aufzuhalten. Ihr Kommandeur ist „General Walter“: Karol Swierczewski. Sehr schnell erwirbt er sich einen legendären Ruf. Sein mili-

tärisches Können, gepaart mit Mut und Entschlußkraft, veranlassen die spanische Volksfrontregierung, ihm im Juli 1937 das Kommando über die 35. Division der Volksarmee zu übertragen, der auch die XI. Interbrigade mit den Bataillonen „Ernst Thälmann“, „Edgar André“ und „Hans Beimler“ zugeordnet wird. Dieser Verband kämpft vor Madrid, am Ebro, bei Brunete ...

Juni 1941: Das faschistische Deutschland überfällt die Sowjetunion. General Swierczewski, der wieder an der Militärakademie lehrt, erhält den Befehl über die 248. Schützendivision, die sich an der Westfront den Aggressoren entgegenstellt. Mit ihr gerät er im November in einen Kessel, aber es gelingt ihm, sich mit vielen seiner Leute zu den eigenen Linien durchzuschlagen. Nach der Genesung von

einer schweren Lungenkrankheit wird ihm die Ausbildung junger Offiziere für den Kampfeinsatz übertragen.

Winter/Frühling 1943: In einer Bauernhütte an der Oka weist ein General andere Militärs in eine bevorstehende Übung ein. Es sind Angehörige der künftigen Volksarmee Polens, die sich in der Sowjetunion formiert. Gemeinsam mit der Roten Armee wird sie an der Befreiung ihrer Heimat teilnehmen. Der General, Karol „Walter“ Swierczewski, leitet die Formierung von Panzer-, Infanterie-, Pionier- und Nachrichteneinheiten, die als 1. Polnische Armee in den Kampf ziehen. Ein Jahr später stellt er die 2. Polnische Armee auf und befehligt sie selbst. Mit ihr überschreitet er südlich von Warschau die Weichsel, stößt in Richtung Breslau vor, überquert im März 1945 die Neiße bei Niesky und schlägt die letzte Schlacht in der Nähe von Bautzen.

Ende 1945: Karol Swierczewski befindet sich wieder in Warschau. Der Neuaufbau beginnt. Der General wird zum Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung berufen. Zugleich gehört er dem Landesnationalrat, dem späteren Sejm, und dem ZK der Polnischen Arbeiterpartei an.

28. März 1947: Im Südosten des Landes herrscht noch kein Frieden. Banden polnischer und ukrainischer Faschisten und Nationalisten bekämpfen die Volksmacht, terrorisieren und ermorden Bewohner des Grenzgebietes, brennen Häuser, Schulen und öffentliche Gebäude nieder. Waffengeneral Swierczewski inspiziert die gegen sie kämpfenden Einheiten der Grenztruppen, der Armee und der Miliz. Im Bieszcady-Gebirge gerät er bei Baligrod in einen Hinterhalt. Von mehreren Schüssen getroffen, stirbt er im Kampf gegen die feindliche Übermacht. **Günter Freyer**

Am 3. Oktober um 19 Uhr
ist „RotFuchs“-Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger beim Stammtisch
der PDS Ueckermünde
in Bernds Gasthof, Oststraße 3,
Gast des Landtagsabgeordneten
Gerd Walther.

Er stellt sein Buch

**Bei Winston
und Cunhal**

vor.

Der Zeitpunkt für den im Juli erfolgten israelischen Angriff auf Libanon war gut gewählt, denn während die Aufmerksamkeit der westlichen Welt durch Fußballweltmeisterschaft und Tour de France noch ganz in Anspruch genommen war, schuf der Zionistenstaat nach vorheriger Absprache und mit ausdrücklicher Unterstützung seiner westlichen Schutzmächte und Geldgeber USA, Deutschland und Großbritannien neue Tatsachen. Unter Berufung auf das Recht zur „Selbstverteidigung“ und zum Schutz seiner Grenzen sorgte Tel Aviv im Süden Libanons für eine menschenleere Todeszone und vertrieb erneut Hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat. Wie im Fall des Irak-Krieges erfolgte der Angriff auch diesmal mit Duldung durch die höchsten Organe der Vereinten Nationen. Der Zionismus – entstanden als Schutz-, Emanzipations- und Siedlungsbewegung europäischer Juden gegen den aufkeimenden Antisemitismus – hat sich auf dem Weg von der Utopie zur Wirklichkeit schon sehr bald gewisser sozialistischer Elemente entledigt und der Entwicklung hin zu einem konsequent antiarabischen Kolonialprojekt freien Raum gegeben. Der zionistische Chauvinismus ist mit ultrarechten Zügen verwoben, die pseudodemokratisch verbrämt werden. Die Schüler jener Irgun-Terroristen, die zur Freude des deutschen Faschismus im sogenannten Unabhängigkeitskrieg einst die britische Mandatsmacht aus Palästina hinausbombten, maßen sich heute an, der Welt Lektionen in Sachen „Terrorismus“ zu erteilen! Den Briten wurde von den Zionisten zu einer Zeit die Hölle heiß gemacht, als deren Soldaten im Kampf der Antihitlerkoalition gegen das faschistische Deutschland auf den Schlachtfeldern ihr Leben hingaben. Die späteren Staatsgründer Israels waren von der Londoner Regierung steckbrieflich gesuchte Terroristen. Während in israelischen Gefängnissen Tausende Palästinenser, darunter Minderjährige und Hunderte von Entführten, ohne Aussicht auf Freilassung in Geiselschaft sitzen, wird die Entführung von drei israelischen Soldaten zum Anlaß genommen, eine Strafexpedition ohnegleichen gegen die Zivilbevölkerung in den Vorder- oder Hinterhöfen Israels durchzuführen. Die Frage, ob der vorgegebene Schutz des Lebens jener Soldaten ein glaubwürdiges Motiv für das Wüten der Kolonialmacht gegen Libanon und in Gaza ist, beantwortet sich mit Blick auf die Geschichte von selbst. Allein die militärischen Codenamen für die israelischen Spezialoperationen in den Zielgebieten sind Ausdruck eines Zynismus, der in seiner Menschenverachtung finstere Vorbilder hat. Wer dazu heute schweigt, sollte nicht über die Nazibarbarei psychologisieren und sich mit der verlogenen Frage, „warum damals so viele schwiegen“, in Pose setzen. Faschismus ist bekanntlich keine Frage der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Glaubensrichtung, sondern hängt mit der Klassenposition extremer Kräfte des Kapitals und deren Ideologie zusammen.

Israel beruft sich auf den Schutz seiner Grenzen, die die zionistische Phalanx erst in den nächsten Jahren – und zwar einseitig – festzulegen gedenkt. Sie will die von der UNO vorgegebenen Markierungen nicht anerkennen.

Israel zog sich offiziell mit viel Tamtam aus einem Gazastreifen genannten und willkürlich zugeschnittenen Territorium zurück, schikaniert weiterhin dessen Bevölkerung, bombt die einzige nach westlichen Spielregeln (!) gewählte Regierung in der arabischen Welt weg, verhaftet willkürlich deren Minister, schießt jegliche Infrastruktur brutal zusammen und bezichtigt zugleich die Palästinenser der Unwilligkeit, nach „demokratischen Normen“ zu leben.

Aufgrund seiner Funktion als militärischer Brückenkopf des Westens in der Nähe der Energiequellen des Orients ver-

Gesundheitswesen, der Schulbildung, im Handel usw. in den Besatzungsgebieten gefördert.

Jeder wirtschaftliche Aufschwung in den Anrainerländern wird von den Zionisten als Bedrohung ihres Staates angesehen, da er unweigerlich zum Erstarken der antiisraelischen Kräfte führt.

Der „Überlebenskampf“ Israels ist vor allem eine Politik der Zermürbung und schleichenden Paralyse der Palästinenser, besonders aber der Verhinderung eines eigenständigen palästinensischen Staates. Die Politik, Nachbarländer „in die Steinzeit zurückzubomben“, wird so gleichsam als Lebens- und Existenzbedingung des Staates Israel aufgefaßt.

Der unhistorische Verweis auf Kompensationsansprüche aus der Vernichtung der europäischen Juden im hitlerfaschistischen Holocaust gilt hierbei als stärkste

Krieg ist Israels Panier

fügt Israel über eine Armee mit 168000 Mann, 408000 Reservisten, Hunderten von Atombomben, Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen, 3600 Kampfpanzern, 400 Kampfflugzeugen modernster amerikanischer Bauart, zahlreichen Angriffshubschraubern, mehreren mit Atomraketen bestückten U-Booten und Korvetten sowie Patrouillen- und Schnellbooten für den Einsatz in Küstennähe. Mit einem Bruttosozialprodukt, das etwa dem der Färöer-Inseln entspricht, betrug das offizielle Militärbudget im Jahr 2006 etwa 8 Milliarden Dollar.

Die Erfahrung zeigt mittlerweile klar, daß der Krieg die Existenzbedingung Israels ist. Es ist zu einem Ausgleich mit den arabischen Nachbarn nicht bereit. Dabei handelt es sich um eine Friedensunfähigkeit, die aus notorischem Rassismus und Haß gegen die ebenfalls semitischen Araber sowie aus der geringen strategischen Tiefe des von Israel okkupierten Raumes resultiert. Die Siedlungen sind bis an die Zähne bewaffnete Wehrdörfer auf strategischen Anhöhen und planmäßig so verteilt, daß die Gründung eines lebensfähigen Palästinenserstaates praktisch unmöglich ist. Die Wasserressourcen in Palästina sind aus Sicht der Kolonisatoren zu knapp, um für beide Völker zu reichen. In Israel hat man erkannt, daß die Friedenszeit gegen das zionistische Projekt arbeitet: Die Waffenruhe begünstigt nur eine weitere Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Palästinenser, behauptet man. Diese Entwicklung werde schon durch geringste Fortschritte im

Waffe in der psychologischen Kriegführung der Zionisten. USA und BRD geben massiven Feuerschutz. Ihre Parteinahme für den Staat Israel hat indes nichts mit „den Juden“ zu tun, die mehrheitlich dort gar nicht leben. Sätze in Tel Aviv und Jerusalem statt der chauvinistischen Vorkämpfer eine dem Frieden zugewandte linke israelische Regierung, dann stünden die Führer dieser Länder gewiß nicht auf ihrer Seite. Doch die Dinge liegen anders.

In den USA verschafften sich einflussreiche zionistische Kreise Zugang zu den Zentren der Macht. Sie prägen maßgeblich Washingtons Kurs. Man sehe sich nur einmal die Personalliste der Inspiratoren und Organisatoren des Irak-Krieges an. So scheint es lediglich eine Frage der Zeit zu sein, bis der Angriff auf Iran erfolgt, es sei denn, Teheran beugt sich dem Imperialismus. Ein Teil des militärisch-industriellen Komplexes will um jeden Preis die gegenwärtige strategische Pattsituation im Nahen Osten beenden, bevor Rußland und China stark genug sind, Eigeninteressen in der Region durchzusetzen. Iran wird unabhängig vom Stand der Wirklichkeit seines Nuklearprogramms aufgrund seiner Entwicklungspotentiale als Bedrohung für Israel und den Westen empfunden. Wie Rußland und China ist das Land zu reich, um Freunde im Westen zu haben. Darin besteht die Gefahr, wobei die treibende Kraft im „Konflikt der Völkergemeinschaft mit Teheran“ ohne Zweifel die israelischen Zionisten sind.

Lumumbas Kongo in der Gewalt neuer Kolonialmächte

Seinerzeit stöhnte Hitler in „Mein Kampf“ rückblickend: „Die einstige deutsche Kolonialpolitik war halb, wie alles, was wir taten. Sie hat weder das Siedlungsgebiet der deutschen Rasse vergrößert, noch hat sie den – wenn auch verbrecherischen – Versuch unternommen, durch den Einsatz von schwarzem Blut eine Machtstärkung des Reiches herbeizuführen.“

Zwei Generationen später ist die deutsche Politik in ihrem Machtstreben auf dem afrikanischen Kontinent keineswegs mehr so zimperlich. Was sind schon drei Millionen bürgerkriegstote Kongolesen, aufgewogen gegen den Profit aus dem rohstoffreichsten mittelafrikanischen Staat? Eine Bayer-Tochter plündert sich an den Holzreserven gesund, Siemens schmettert jegliche Konkurrenten hinsichtlich des Monopols auf die Wasserkraftreserven ab. Der „Rheinische Merkur“ ermittelte, daß der US-Konzern Phelps Dodge die Konzession für den Abbau der bislang größten unberührten Kupferreserven der Welt in Kongo erhalten habe. „Allein die dort nachgewiesenen Rohstoffe erbrächten nach heutigen Weltmarktpreisen rund 90 Milliarden US-Dollar. Für die Schürfrechte habe Phelps Dodge lediglich 15 Millionen bezahlt, ein Coup, der die deutsche Konkurrenz alarmiert.“

Also Jungs im Potsdam/Geltower Hauptquartier: „Sprung auf! Marsch, Marsch!“ Die Devise heißt: „Kongo sichern!“ Zeitnah und zutreffend titelt das Magazin für Sicherheitspolitik „loyal“ in seiner Juni-Ausgabe 2006 „Kampf um die Rohstoffe“ und merkt an: „Kriege um die Ressourcen sind in der Zukunft keinesfalls mehr ausgeschlossen.“ Jedoch bemüht sich die Synchronsprecherin der Bush-Administration aus Templin unermüdlich, ihrem BRD-Volk einzureden, daß die 780 Bundeswehr-„Delegierten“ in Kongo die Safarikleidung lediglich vorübergehend und zum Schutz eines „demokratischen“ Wahlvorgangs angezogen hätten.

Was versteht Frau Merkel unter „demokratisch“?

In Palästina erlangte die Hamas-Bewegung völlig legal und unter umfassender „internationaler Beobachtung“ ohne jede Beanstandung die Mehrheit der Mandate. Prompt spürten die Gewählten den Würgegriff der Bundesrepublik Deutschland, machte und macht sich die deutsche Regierung zum Hehler des verschärften Staatsterrorismus der israelischen Führung gegen das seit Jahrzehnten gedemütigte Volk. Und auch beim Überfall auf Libanon steht man als Hehler an der Seite des Stehlers. Im politischen Sinne, versteht sich. Dabei weiß man doch: Der Hehler ist oft schlimmer als der Stehler. In keinem okkupierten Land der Erde, auch nicht in Afghanistan, wo deutsche Besatzer die Segnungen der westlichen Welt einzuführen versuchen, hat sich

Wohlstand für das Volk verbreiten können.

Vergessen? In der heutigen Demokratischen Republik Kongo fanden am 25. Mai 1960 die ersten allgemeinen Wahlen statt. Damals siegte als stärkste Partei der MNC (Mouvement National Congolais) unter der Führung Patrice Lumumbas. Dieser prangerte die 80 Jahre andauernde belgische Kolonisierung an: „Wir haben zermürbende Arbeit kennengelernt und mußten sie für einen Lohn erbringen, der es uns nicht gestattete, den Hunger zu vertreiben, uns zu kleiden, in anständigen Verhältnissen zu wohnen oder unsere Kinder als geliebte Wesen großzuziehen.“

Am 17. Januar 1961 wurde der demokratisch gewählte erste Ministerpräsident



Walter Heynowski und Gerhard Scheumann entlarvten „Kongo-Müller“ im Fernsehen der DDR und zeichneten ein Psychogramm dieses aus der Bundesrepublik stammenden Massenmörders.

Kongos grausam ermordet. Zuvor hatte man ihn aus dem Gewahrsam internationaler „Schutztruppen“ entweichen lassen. Lumumbas Leichnam wurde verstümmelt und zum Teil in Säure aufgelöst. Die Reste verbrannte man.

Erst 41 Jahre später (2002) lag auf Betreiben des Sohnes des Gemeuchelten ein offizieller Bericht über die Hintergründe der Ermordung seines Vaters vor. Darin heißt es: „Fest steht hingegen, daß die belgische Regierung die Lumumba feindlich gesinnten Kräfte in Kongo logistisch, finanziell und militärisch unterstützte.“

Am Hungerlohn, den der Premier seinerzeit anklagte, hat sich nichts geändert. „45,7 Prozent der Schwarzafrikaner leben von weniger als einem Dollar pro Tag“, berichtete jüngst der „Spiegel“ in einer ausführlichen Dokumentation.

Und geändert hat sich auch nichts an der logistischen „Unterstützung“ der EU-Staaten – darunter die BRD und Belgien – für einheimische Marionetten. Also: „Sprung auf! Marsch, Marsch! Nach Kongo!“ Es ist für die „deutschen Interessen“ völlig unerheblich, wie hoch die Wahlbeteiligung war. Was zählt, ist allein die Tatsache, daß ein schwarzafrikanischer Karsai ans Ruder gebracht wird, der dem Kapital der neuen Kolonialisten auf Dauer die Pfründe der schamlosen Ausbeutung des ressourcenreichen Landes sichert.

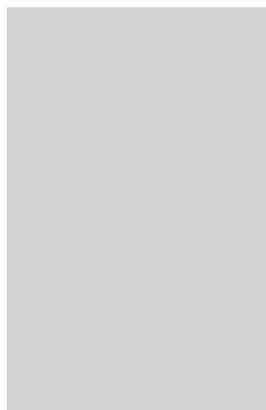
Was sind da schon die angepeilten 56 Millionen Euro, die die Bundeswehrmission gegen Kongo zunächst einmal kosten soll? „Hilfsaktionen“ zur Sicherung von südsudanesischen Ölvorkommen sind bereits ins Visier genommen. Dafür stieg der Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) von 23,9 Mrd. in 2005 auf 24,7 Mrd. in 2006. Das sind 24,6 Prozent des Gesamthaushalts. Für das Jahr 2010 werden 30 Prozent angepeilt. Für so etwas muß doch der deutsche Staatsbürger Verständnis aufbringen! Schließlich handelt es sich um

die vom Grundgesetz geforderte Landesverteidigung. Allerdings findet diese fortan nur noch im Ausland statt!

Schon Wilhelm II. schob den Ärger seiner Untertanen über die hohen Rüstungskosten mit dem Bemerkens beiseite: „Die Hunde sollen zahlen, bis sie blau werden!“

Was die Bundesregierung betrifft, so wird sie sich ihrer nur dürrftig kaschierten Kolonialpolitik wegen nicht Hitlers Vorwurf machen lassen, „auf halbem Wege stehen geblieben“ zu sein. Es ist zuallererst das Blut der Schwarzen, das für die Rivalitäten zwischen den Industrienächten fließen wird.

Hans Horn



Mittwoch, 22. 2. 2006

Der US-Statthalter in Afghanistan, Abdul Hamid Karsai, reist in die nordafghanische Stadt Tachar zur Eröffnung einer Straße zwischen Tachar und Taluqan. Die Bevölkerung zählte die Tage bis zur Ankunft „ihres gewählten Präsidenten“, meldet der private TV-Sender Tolo in seinem Abendprogramm. Die Menschen in Tachar hofften, die Gelegenheit nutzen zu können, um den „Präsidenten“ über ihre Sorgen und Nöte unmittelbar zu informieren. Vergeblich: denn zu einer Begegnung zwischen Volk und Karsai kam es nicht. Schon vor seiner Anreise waren die gesamte Stadt zur Sperrzone erklärt und alle Geschäfte geschlossen worden.

soll, wird mit ihm im Vorfeld unverblümt über Bestechungsgelder gesprochen. Der erfahrene Händler erzählt mir dies ganz gelassen. In Erstaunen versetzt ihn jedoch, daß „die großen blonden Ausländer“, wenn sie ihm für die Ausstattung ihrer Büros einen Auftrag erteilen, ganz offen verlangen, daß er dafür ihre Privatwohnungen kostenlos einrichtet. Gott schütze dich vor der afghanischen Verwaltung, vor allem vor den Gerichten, wünscht mir Ahmad Farid noch. Die Richter predigten offiziell zwar Recht, aber ohne Bestechung täten auch sie nichts, berichtet der Geschäftsmann. Afghanistans Metropole Kabul gilt als Bordell-Oase Zentralasiens. Frauen aus aller Herren Länder werden von skrupel-

bekannt war, wußten von der Kurzvisite in der afghanischen Hauptstadt nur wenige Eingeweihte. Erst nach der Ankunft in Karsais Residenz informierte man die erstaunte Öffentlichkeit. Auf einer Pressekonferenz bedankte sich Karsai bei Bush für dessen „Unterstützung“. Die Bevölkerung Kabuls nahm von der Anwesenheit des USA-Präsidenten kaum Notiz. Nur diejenigen, die Zugang zu den Massenmedien haben, erfahren, daß er zur Eröffnung der neuen US-Botschaft nach Kabul gekommen sei. Anfang der 70er Jahre war Richard Nixon dort gewesen. Wir bewarfen damals sein Auto mit faulen Eiern. Als Vizepräsident hatte er schon einmal Afghanistan besucht und erklärt, das Land habe „16 Millionen Einwohner, aber 17 Millionen Diebe“. Das hatten wir uns gemerkt. Daher der Protest. Bush flog sofort weiter nach Indien, wo er von Tausenden Moslem-Demonstranten empfangen wurde, die eine ihn darstellende Puppe verbrannten.

Reise in ein besetztes Land Tagebuchnotizen aus Afghanistan

Der enttäuschten Bevölkerung blieb nur noch übrig, den Journalisten ihre Klagen vorzutragen.

Mohammad Alem Saiee, Parlamentsabgeordneter aus Tachar, charakterisiert die Reise Karsais als „eine Erweiterung der Distanz zwischen Führung und Volk in Afghanistan“. Während für die Sicherheit Karsais seine US-Bodyguards sorgten, wurden in der Zeit seiner Anwesenheit in Tachar der Polizeikommandant und der Bürgermeister der Stadt unter Hausarrest gestellt. Dies bezeichnet der Abgeordnete Saiee als Beleidigung, wie das Hauptstadtstudio des vom Norden Afghanistans aus ausgestrahlten TV-Senders Aina berichtet. Diese Station wird dem jetzigen Generalinspekteur der afghanischen Nationalarmee, General Abdul Raschid Dostum, zugerechnet. Der staatliche TV-Sender zeigt lediglich die bunte Eröffnungszeremonie.

Donnerstag, 23. 2. 06

Aina bringt weitere häßliche Seiten des Aufenthaltes von Karsai in Tachar zur Sprache. Da die gesamte Stadt gesperrt und der Verkehr lahmgelegt war, konnten schwangere Frauen nicht rechtzeitig das Krankenhaus erreichen. Drei Frauen bekamen ihre Kinder auf der Straße, während für eine Mutter und ihr Kind jede Hilfe zu spät kam. Nicht nur die Betroffenen raten Karsai, künftig lieber auf solche Schauveranstaltungen zu verzichten. Nicht allzuweit vom Innenministerium in Schahre-Nau (Neue Stadt), einem Viertel der reichen Kabulis, betreibt Ahmad Farid (Pseudonym) ein Büroeinrichtungsgeschäft. Er verfügt über einen unerschöpflichen Erfahrungsschatz im Umgang mit der Kabuler Verwaltung. Wenn er irgendwelche Büros einrichten

losen Zuhältern dorthin geschleppt und der internationalen Gemeinschaft angeboten. Gästehäuser und Restaurants, die die Frauen zur Verfügung stellen, wachsen wie Pilze aus dem Boden. Wenn die Sache in einem solchen Maße ruchbar wird, daß sich die Bevölkerung oder Mullahs beschweren, schließt man das eine oder andere Etablissement, öffnet es jedoch bald wieder an einer anderen Stelle unter neuem Namen. Ein paar Frauen werden vorübergehend ausgewiesen, dürfen aber nach einer Anstandsfrist zurückkehren. Heute sind zum Beispiel etwa 14 von Tausenden Prostituierten zum Flughafen gebracht worden. Sie wurden als „Chinesinnen“ bezeichnet. Es wird gemunkelt, daß sie mit der nächsten Maschine wieder eintreffen werden.

Sonntag, 26. 2. 06

In der Nacht haben Gefangene der Zentralhaftanstalt „Puli-tscharchi“ am östlichen Rand von Kabul, nicht allzuweit vom Bundeswehrstützpunkt „Camp Warehouse“ entfernt, einen Aufstand angezettelt, um gegen die menschenunwürdige Behandlung und das miserable Essen zu protestieren. Statt die Klage der Gefangenen zu untersuchen, ging das Innenministerium mit Gewalt gegen die Rebellierenden vor, wobei 21 Personen getötet und 32 zum Teil schwer verletzt wurden. Die Karsai-Administration beschuldigt fast jeden Gefangenen, Al-Kaida- oder Taliban-Anhänger zu sein. Solche Häftlinge sind vogelfrei.

Mittwoch, 1. 3. 06

US-Präsident George W. Bush besuchte heute zu Beginn seiner Asienreise zum ersten Mal seit der Okkupation Afghanistans im Jahre 2001 Kabul. Während sein Exkurs nach Indien und Pakistan vorher

Donnerstag, 2. 3. 06

Gespräch mit einem alten Freund, den wir hier Esmarai nennen. Er verfügt über gute Informationen aus dem Regierungsapparat. Auf meine Frage, warum Innenminister Jalali sein Amt niederlegen mußte, weist er darauf hin, daß dieser beabsichtigte, endlich eine detaillierte Liste der größten Heroinhändler Afghanistans zu veröffentlichen. Auf dieser stand auch der Name eines Bruders von Karsai. Daraufhin soll es zu einer Auseinandersetzung zwischen Karsai und Jalali gekommen sein, in deren Folge der Minister demissionieren mußte. Er hat inzwischen aufgegeben und angekündigt, in die USA zurückgehen zu wollen, aus denen er gekommen war.

Freitag, 3. 3. 06

Schon seit einigen Wochen ist im afghanischen Parlament ein Kampf um die Posten der Ausschußvorsitzenden entbrannt. Die Karsai-Administration mischt sich direkt in die Verhandlungen ein, um ihr genehme Abgeordnete in die entsprechenden Positionen zu bringen. Einige Deputierte aus Nordafghanistan und zahlreiche Kabuler Zeitungen verurteilen heute die Intervention der Kabuler Verwaltung in die Angelegenheiten des Parlaments. Da Karsai politisch auf verlorenem Posten steht, spielen er und seine Entourage die ethnische Karte, um eine Zusammenarbeit ihrer Gegner zu verhindern. Zum Präsidenten des Oberhauses (Meschrano-Jerga) hat er den Wendehals par excellence und Islamisten Sebghatullah Modjadedi, und zum Präsidenten des Unterhauses die politische Hure Mohammad Junos Qanuni durchgesetzt. Qanuni gehört zu denjenigen, die ihren Parteichef, den damaligen Präsidenten Afghanistans Burhanudin Rabani, im Jahre 2001 bei den Gesprächen auf dem Petersberg in der Nähe Bonns für ein Paar Silberlinge verkauft haben. Diese zwei Emporkömmlinge kennen keine Skrupel und sorgen mit Karsais Segen für „Ordnung“ im Parlament. (wird fortgesetzt)

Dr. Matin Baraki

Was bringt das Fernsehen in Mittelasien?

In Mittelasien vermittelt das Fernsehen Eindrücke, die durchaus von dem abweichen, was man in Deutschland zu sehen bekommt. Viele Sendungen zeichnen ein Bild, als hätte es die Konterrevolution überhaupt nicht gegeben. Vor allem Kinderprogramme erinnern an alte Zeiten. Für diese Altersklasse haben glücklicherweise recht wenig amerikanische Filme den Markt erobern können. Eltern und Großeltern – allesamt in der UdSSR aufgewachsen – redeten vermutlich ein Wörtchen mit und hatten Einfluß auf die Einschaltquoten. Die Kleinen werden mit Trickfilmen aus der Sowjetzeit geradezu verwöhnt. Dadurch werden ihnen unwillkürlich Verhaltensweisen für eine Gesellschaft anezogen, die es schon seit Jahren nicht mehr gibt. Immerhin wirkt man so westlicher Brutalisierung und geistiger Verflachung entgegen.

Auch die meisten Sendungen für Jugendliche sind durch sowjetische Produktionen dominiert. In einem Vierteljahr könnte man im Grunde fast alle Filme aus UdSSR-Tagen sehen, die damals auch bei uns in der DDR gelaufen sind. Das ruft unwillkürlich Erinnerungen wach, die das deutsche Fernsehen nur in Ausnahmefällen aktiviert. Man erlebt Pioniere und Kosmopoliten, sieht rote Fahnen wehen und erfährt, daß es einmal eine Gesellschaftsordnung gegeben hat, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt stand. Kein Wunder, daß sich die heutige Jugend Mittelasiens trotz Verwestlichung und Konsummanipulation mehrheitlich nicht abwertend zur Sowjetunion äußert.

Die Programme für Erwachsene haben einen anderen Zuschnitt. Auffallend an politischen Beiträgen ist deren Kürze. Informationen werden knapp und meist ohne Kommentar vermittelt. Relativ selten erläutert man die Hintergründe wichtiger Ereignisse. Über Länder außerhalb der GUS erfahren die Zuschauer kaum etwas. Die Verhältnisse in Europa werden unübersichtlich, mitunter chaotisch, dargestellt. Mehr ist nur über die GUS-Länder zu erfahren. Es wird ein relativ objektives Bild von den Verhältnissen in Rußland, Moldawien, Belorußland, Georgien, Armenien, Aserbajdschan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Turkmenistan und der Ukraine gezeichnet.

In den einzelnen Republiken Mittelasiens steht die Popularisierung der Politik und Person ihrer jeweiligen Präsidenten in Vordergrund. Dabei kann man Aufschlußreiches über deren sowjetische Vergangenheit erfahren. Aktivitäten der teilweise recht einflußreichen kommunistischen Parteien bleiben so gut wie ausgeblendet. Allerdings wird in der Regel nicht abfällig über Kommunisten gesprochen. Auffallend groß ist die Zahl von Wirtschaftsberichten. Offensichtlich geht es den Medienbetreibern darum, den Eindruck von Aufschwung und Optimismus zu verbreiten. Politische Talkshows, wie man sie aus Europa kennt, gibt es

hier selten. Wenn sie ausgestrahlt werden, läßt man die Teilnehmer nach Belieben reden, ohne ihnen ins Wort zu fallen.

Ähnlich wie in Deutschland ist der Anteil seichter Unterhaltungsprogramme sehr hoch. Nur wenige ausländische Serien – überwiegend aus Lateinamerika und Südeuropa – haben sich hier die Bildschirme erobert. Einheimisches mit den bekannten Themen Liebe und Geld steht im Vordergrund. Dabei wird ein Wohlstand vorgeführt, der für die meisten Ex-Sowjetbürger unerreichbar ist. Filme, die ein Wiedersehen mit bekannten und beliebten Schauspielern aus Sowjetzeiten wie Wjatscheslaw Tichonow, Wladimir Wyssozki, Tatjana Samoilowa, Alexej Batalow, Juri Nikulin, Ludmila Gurtschenko, Larissa Luschina u. a. ermöglichen, laufen fast täglich. Die neuerlich ausgestrahlten Folgen über die Arbeit der sowjetischen Sicherheitsorgane und Grenztruppen würden Birthler und Knabe den Angstschweiß auf die Stirn treiben.

Bei Musikprogrammen bleiben den Zuschauern erfreulicherweise deutsche Krachlederne erspart. Hier treten statt dessen bekannte und jüngere Sänger vieler Nationalitäten auf. Mit nicht wenigen Liedern sind Millionen ehemalige Sowjetbürger vertraut. Zu den Interpreten gehören die Russin Alla Pugatschowa, die Polin Edita Pjecha, die Moldauerin Sofia Rotaru, die Jüdin Anselika Warum, die Lettin Laima Baikune, die Litauerin Kristine Orbakaite, die Kasachin Rosa Rymbajewa, der Georgier Valeri Meladse, der Armenier Amajak Akopian und viele andere. Einige von ihnen bieten nicht nur Gehaltvolles, sondern legen ab und zu auch ein direktes Bekenntnis zur Sowjetunion ab. So bedauerte der Sänger Philip Kirkorow nach seiner Darbietung

den Zerfall der UdSSR. Er erhielt stehende Ovationen.

Vor allem junge Künstler kritisieren in ihren Liedern offen die Ära Gorbatschows und Jelzins. Sie fragen: Wo sind wir hingekommen? Musikalisch gewürdigt werden auch das Leben in der Sowjetunion und die Heldentaten im Großen Vaterländischen Krieg.

Filme und Sendungen, die mit der UdSSR „abrechnen“, gibt es selten. Das mag auch daran liegen, daß die Herrschenden aller GUS-Republiken trotz ihres Umfallens dort ihre Wurzeln haben. Bezeichnenderweise werden antikommunistische Beiträge überwiegend im russischen Fernsehen, viel weniger anderswo gezeigt.

Bei den Abendprogrammen ist schwer auszumachen, woher die meisten ausländischen Filme stammen. Scheinbar sind es überwiegend amerikanische Produktionen, aber auch Streifen aus Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien, der BRD, Indien usw. Die meisten Filme sind durchaus anspruchsvoll. Allerdings beherrschen auch hier sowjetische Werke das Feld. Vor allem Stücke werden gezeigt oder Themen behandelt, die im vorrevolutionären Rußland angesiedelt sind. Dramen von Tschechow und Turgenjew sind beliebt. Auch die besten sowjetischen Filme kommen regelmäßig zum Zuge: „Tschapajew“, „Die Ballade vom Soldaten“, „Die Kraniche ziehen“, „Ein Menschenschicksal“, „Der stille Don“, „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Da können einem schon die Augen feucht werden, wenn es in schwierigen Situationen auf der Leinwand heißt: „Kommunisten nach vorn!“ Bei allem, was man einzuwenden hätte, kann man mit diesem Fernsehen besser leben als mit dem in Deutschland.

Dr. Bernhard Majorow



Die Zahl der RF-Leser und Mitglieder des Fördervereins wächst ständig. Unser Bild zeigt „RotFüchse“ aus dem Harz auf dem Weg zu einer Marx-Ehrung.

In der Juli-Ausgabe des RF hat mir der Beitrag von Prof. Matho zur gesellschaftspolitischen Situation in der Volksrepublik China (Unüberlegtes Kapitalismusgerede) besonders gefallen. Obwohl der Artikel nur kurz und im akademischen Stil geschrieben ist, stellt der Autor mit ihm eine grundsätzliche Frage und versucht sie zu beantworten: Was ist der Sozialismus?

Die Frage, was der Sozialismus ist, welche gesellschaftlichen Veränderungen mit seiner Errichtung bewirkt werden sollen, als auch deren richtige, auf die Grundlagen einer wissenschaftlichen Weltanschauung gestützte Beantwortung haben in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung außerordentliche Bedeutung. Die imperialistischen Meinungsmacher versuchen mit Hilfe allgegenwärtiger und durchaus wirksamer Medien den Eindruck zu vermitteln, daß mit dem Untergang der Sowjetunion der sozialistische Traum ausgeträumt sei und der Kapitalismus heute und für alle Zeit das Weltgeschehen bestimmt.

Viele Leute glauben das und sind bestürzt über die Folgen, die diese imperialistische Anmaßung über sie zu bringen droht, andere wirken verzweifelt, verfallen in Teilnahmslosigkeit oder wenden sich den aus dem Boden sprießenden religiösen und anderen Phantastereien zu. Die sogenannten Linken haben keine Antwort. Da ist es wichtig, die Frage nach dem Sozialismus und nach den Wegen, auf denen er erreicht werden kann, zu stellen und darauf eine Antwort zu geben, um den Menschen die Zuversicht zu vermitteln, daß mit dem tragischen Ende einer erfolgversprechend begonnenen sozialistischen Entwicklung in Europa noch längst nicht alle Messen gelesen sind. Die mit dem Artikel angeregte Diskussion kann dazu beitragen.

Denn es gibt einen Staat in der Welt, in dem vor 57 Jahren eine politische Partei mit dem Anspruch die Macht übernommen hat, eine sozialistische Gesellschaft errichten zu wollen. Dabei handelte es sich um ein Land, das infolge einer jahrzehntelangen imperialistischen Aggression unerhörte Blutopfer gebracht hat, in dem jährlich viele Millionen Menschen verhungert oder an Seuchen gestorben sind, dessen Dörfer des Lesens und Schreibens unkundige Bauern und dessen Städte Heerscharen von Bettlern bevölkerten. Sein industrielles Potential war so gering, daß es in den ökonomischen Statistiken der Weltorganisationen kaum Erwähnung fand. War der Anspruch überhaupt ernst zu nehmen?

Dieses Land ist heute eine Weltmacht – die Volksrepublik China. Der Begriff „Weltmacht“ ist mir so herausgerutscht. Denn nach imperialistischem Meinungsmacherverständnis gebührt er natürlich nur einem Land: den USA. Aber kann man einen Staat, dessen Einwohnerschaft ein Fünftel der Weltbevölkerung stellt – das sind mehr als doppelt soviel Menschen wie in Europa und fünfmal soviel wie in den Vereinigten Staaten –, der nach Rußland und Kanada das drittgrößte Territorium der Erde besitzt, der dabei ist, das

weltgrößte Wasserkraftwerk zu bauen, der die weltweit höchstgelegene Eisenbahnstrecke über das tibetische Gebirge geschaffen hat und Satelliten in das Weltall schießt, anders als eine Weltmacht nennen? Ist es nicht erstaunlich, daß ein Land in einem Zeitraum von etwas mehr als fünfzig Jahren, also etwa der Dauer eines Menschenlebens, eine solche Entwicklung nehmen konnte?

Als vor fünfzig Jahren chinesische Bauern in ihren Dörfern kleine Schmelzöfen bauten, um das Eisen für ihre Pflüge selbst herzustellen, haben wir darüber gelacht. Heute gehört die Volksrepublik China zu den weltgrößten Stahlproduzenten. Aber was hat das alles mit dem Sozialismus zu tun? Wasserkraftwerke, Eisenbahnen, Stahlwerke und Satelliten sind doch kein

häufig treffenden Unwetterkatastrophen (denen früher ebenfalls Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind) begegnet man wirksam, es werden große Anstrengungen unternommen, um dem Volk den Zugang zu Kultur, Bildung und Erholung zu ermöglichen. Vor welchen Problemen die Volksrepublik China dabei steht, mag nur ein Beispiel verdeutlichen. Jährlich verlassen etwa 80 Millionen junge Menschen die Schulen – das sind soviel wie Deutschland Einwohner hat – und erwarten eine Aufnahme in das Arbeitsleben. Das hochindustrialisierte Deutschland ist nicht einmal in der Lage, für eine demgegenüber verschwindend geringe Anzahl Jugendlicher eine Berufsausbildung nach dem Schulabschluß sicherzustellen.

Zum Weg der fernöstlichen Volksrepublik Ist China eine Weltmacht?

Sozialismus. Erstere hat es schon im frühkapitalistischen Europa des 19. Jahrhunderts gegeben und letztere gehören heute zu den Statussymbolen jedes industriell hochentwickelten kapitalistischen Landes.

Ich denke, die Antwort ist nicht schwer: Wasserkraftwerke, Eisenbahnen; Stahlwerke und Satelliten ermöglichen die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, wenn eine revolutionäre Partei mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung die Macht übernimmt und diese in enger Verbindung mit dem Volk ausübt, dabei die Produktionsmittel ständig weiterentwickelt und zum Wohle des ganzen Volkes verwendet. Und wie die Dinge liegen, scheint es das Anliegen der Kommunistischen Partei Chinas zu sein, das zu tun.

Das nach 57 Jahren Erreichte verdient Hochachtung. Es gibt keinen Hunger und kaum Bettler (spielten sie eine Rolle, hätten die im Lande auf Sensationssuche umherstreifende westliche Journalisten sie längst gefunden), den Folgen der das Land

Daß die KP Chinas bisweilen Wege beschritten und Methoden angewandt hat, die anderswo auf Unverständnis, ja teilweise sogar auf Ablehnung gestoßen sind, mag dahingestellt bleiben. Man muß sich nicht auf Lenin berufen, um zu begreifen, daß seit Bestehen der Volksrepublik die Zusammenarbeit mit den eigenen Kapitalisten, später mit ausländischen Unternehmen und internationalen kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen sowohl für die Existenz dieses Landes lebensnotwendig war als auch zu seiner erfolgreichen ökonomischen Entwicklung beigetragen hat. In der heutigen Welt dominieren noch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und infolge der internationalen Verflechtung des Kapitals beherrschen sie auch den Welthandel. Da ist Kompromißbereitschaft oft ein Gebot der Vernunft. Und daß sich die diesbezüglichen Abhängigkeiten mittlerweile geändert haben, scheint auch Frau Merkel auf ihrer kürzlichen Chinareise bewußt geworden zu sein, wenn sie mit etwas Verbitterung äußerte, Deutschland habe nichts zu verschenken.

Das alles mindert den Wert des Erreichten nicht. Und ob dieses oder jenes im Leben eines Volkes falsch oder richtig war oder ist, entscheiden nicht die Philosophen. Das entscheiden die Praxis und die Geschichte. Und die hat, aus heutiger Sicht, ihr Urteil über die Volksrepublik China gesprochen. Diesem Land gebührt meine Sympathie. Es bleibt zu wünschen und zu hoffen, daß es der Kommunistischen Partei Chinas gelingen möge, allen Risiken und Herausforderungen zum Trotz ihr Land erfolgreich weiter voranzubringen und die Volksrepublik vor dem Schicksal der Sowjetunion zu bewahren.

Prof. Dr. Erich Kundel

aus Eggersdorf wird am

23. September 80 Jahre alt.



Wir übermitteln dem namhaften Marx-Forscher und Herausgeber der „Roten Kalenderblätter“ herzliche Grüße kommunistischer Verbundenheit.

Dieter Junghans

Wie Canberra Ost-Timors Premier Alkatiri stürzte

Timor-Leste (Ost) war noch nach dem Zusammenbruch des Faschismus in Lissabon Ende April 1974 eine portugiesische Kolonie, „zwischen“ Indonesien und Australien. Doch diese Herrschaft wurde bald aufgegeben. Statt dessen bemächtigte sich die faschistoide Führung um den indonesischen Diktator Suharto des ressourcenreichen Territoriums. Eine blutige Tyrannei wurde aufgerichtet. Die Zahl der Opfer war Legion. Gegen diese Terrorherrschaft stand die Befreiungsfront von Ost-Timor (Fretilin) in einem langanhaltenden Partisanenkrieg, aus dem sie nach der errungenen Unabhängigkeit auch bei Wahlen als Sieger hervorging. Ihr aus der Haft befreiter Führer Xanana Gusmao wurde erster Staatspräsident, erfüllte politisch aber nicht die in ihn gesetzten Erwartungen. Unter dem Einfluß seiner australischen Frau Kirsty Sword, vor allem aber unter dem Druck des Imperialismus ging er auf prowestliche, in diesem Falle vor allem das Kapital Australiens begünstigende Positionen über. Andererseits vertrat Fretilin-Generalsekretär und Premierminister Mari Alkatiri konsequent

die Interessen der überwiegend sehr armen Landesbevölkerung Ost-Timors. Sein linksgerichteter, in Teilbereichen recht erfolgreicher Kurs stieß bei der Regierung in Canberra auf scharfe Ablehnung. Intrigen wurden gesponnen, eine Militärrebellion angezettelt, die angeblich das Eingreifen australischer „Schutztruppen“ notwendig machte.

Hinter allem, was in der Landeshauptstadt Dili geschah, standen Australiens Premierminister John Howard und sein Außenminister Downer, zwei Lieblingsgefolgsleute des USA-Imperialismus.

Im Zusammenwirken mit dem inzwischen doppelzüngigen Xanana Gusmao, aber gegen den Willen der Fretilin-Basis wurde Alkatiri, dessen Rücktritt als Regierungschef von den Medien schon bekanntgegeben worden war, als er selbst noch an keine Demission dachte, aus dem Amt gedrängt. Dabei war er gerade erst vom Parteitag der Fretilin mit überwältigender Mehrheit als Generalsekretär wiedergewählt worden.

An die Macht schob man eine vorsorglich mit dem Friedensnobelpreis ausgestaffierte

Figur, Ost-Timors bisherigen Außenminister José Ramos Horta. Der führende Katholik hatte während der indonesischen Okkupation überwiegend in Australien gelebt.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Dili warnte die mit der Fretilin freundschaftlich verbundene Portugiesische Kommunistische Partei vor einer „Eskalation der imperialistischen Einmischung Howards in die inneren Angelegenheiten Ost-Timors“. Die dort stationierten 3000 Angehörigen der australischen Verteidigungskräfte benähmen sich in dem unabhängigen Staat „wie eine Besatzungsmacht“.

Natürlich spielt sich das Ganze unter dem heutzutage üblichen Vorwand ab, man nehme lediglich „humanitäre Interessen“ wahr. In Wirklichkeit geht es um die strategische Vorherrschaft in diesem an Bodenschätzen reichen Raum.

R. F., gestützt auf einen Beitrag des Generalsekretärs der KP Australiens Peter Symon in „The Guardian“, Sydney

Paul Robeson – Stimme des Anderen Amerika

Im Jahr 1983 brachte die Deutsche Demokratische Republik eine Sonderbriefmarke zu Ehren des großen afroamerikanischen Sängers, Humanisten und Internationalisten Paul Robeson heraus. Zwei Jahrzehnte mußten vergehen, bis er in seinem Heimatland auf gleiche Weise geehrt wurde.

Schon 1997 – ein Jahr vor seinem 100. Geburtstag – hatte in den Vereinigten Staaten die Kampagne für die Edition einer Paul-Robeson-Marke begonnen. Eine Viertelmillion Unterschriften unterstützten das Anliegen, das Anfang 2004 nach hartem Kampf endlich Berücksichtigung fand. Das 37-Cent-Wertzeichen erschien im Rahmen der bemerkenswerten Serie „Black Heritage“ (Schwarzes Erbe). Die



Porträts von Harriet Tubman, Martin Luther King, Scott Joplin, W. E. B. DuBois, Malcolm X, Langston Hughes u. a. wurden in diese Reihe aufgenommen. Die Robeson-Marke war auf den Postämtern rasch vergriffen. Heute ist sie nur noch bei privaten Händlern erhältlich.

Auf der Feier, mit der am 29. September 2003 das bevorstehende Erscheinen der Marke angekündigt wurde, erklärte der frühere New Yorker Oberbürgermeister David Dinkins – selbst ein Afroamerikaner –: „Wir dachten schon, dieser Tag würde niemals kommen. Jahrelang bekamen wir Mickey Mouse und Minnie Mouse, aber keinen Paul Robeson.“ Dinkins fügte hinzu: „Wir alle stehen auf seinen Schultern.“

Der eigentliche Grund für die staatliche Zurückhaltung gegenüber dem großen Sportler, weltberühmten Sänger und her-

vorragenden Schauspieler Paul Robeson war dessen marxistische Überzeugung. Während vieler Jahre vertrat er furchtlos die revolutionären und fortschrittlichen Ideen der KP der USA. Im Widerstand gegen die antikommunistischen Hexenjäger um Senator Joseph McCarthy, die in den 50er Jahren ein Klima der Furcht in den USA erzeugten, spielte Robeson die Rolle eines Vorkämpfers. Das System rächte sich: Man lud ihn vor den berüchtigten Ausschuß zur Untersuchung „Unamerikanischen Verhaltens“. Er erhielt Auftrittsverbot in den Vereinigten Staaten, während gleichzeitig sein Auslandspañ eingezogen wurde. Als er diesen schließlich nach achtjährigen Bemühungen zurückerhielt, reiste Robeson sofort in viele Länder, die ihn einluden, darunter in die Sowjetunion und in die DDR. Seine Konzerte wurden überall zu Manifestationen des proletarischen Internationalismus und der Solidarität mit dem Anderen Amerika.

Der letzte Abschnitt im Leben Paul Robeson wurde von einer dramatischen Verschlechterung seiner physischen und psychischen Verfassung überschattet. 1963 war er gezwungen, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Am 23. Januar 1976 starb er im Alter von 77 Jahren.

Zwischen Paul Robeson und dem „Rot-Fuchs“ besteht eine enge Beziehung: Bereits in unserer ersten Ausgabe (Februar 1998) veröffentlichten wir einen ganzseitigen Beitrag „Zum 100. Geburtstag von Paul Robeson“.

R. F., gestützt auf „People’s Weekly World“, New York

Wir betrauern den Verlust bewährter Genossen und standhafter Kampfgefährten.

Franz Krzywinski
aus Dresden

Hans-Joachim Laue
aus Suhl

Dr. Siegfried Steinbach
aus Leipzig

Ehre ihrem Andenken

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein. Friedel war weg. Verschwunden. Über Nacht. Meine Mutter fragte ihre Schwägerin: Wie verschwunden? Einfach so. Spurlos verschwunden, war die Antwort. Keine Nachricht, kein Brief. Nix!

Friedel war ein Vetter von mir. Cousin nannte man das bei uns, in der Nähe von Frankreich. Ich mochte ihn. Er war ein guter Fußballspieler und teilte meine Neigung für Schwabs „Sagen des klassischen Altertums“.

Er war fünf Jahre älter als ich, hatte aber einen Nachteil in den Augen der meisten Mitglieder unserer großen und weitläufigen Familie. Er war vor 1933 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und stand im Verdacht, durch seine illegalen Verbindungen die gesamte Familie zu gefährden.

Onkel Damian war als Bibelforscher schon im Konzentrationslager, wo er später bei medizinischen Experimenten getötet wurde, und Onkel Herbert aus Frankenthal stand als ehemaliger SPD-Stadtrat unter Polizeimeldezwang. Es war also nachvollziehbar, wenn eine unserer älteren Tanten erleichtert aufatmete und meinte, daß Friedel nun niemandem mehr schaden könne, wenn er verschwunden sei.

Von den meisten war er schnell vergessen. Und dann kam die Nachricht, daß auch Heiner verschwunden war. Das heißt, nicht direkt verschwunden, sondern nicht mehr erreichbar. Er war Obergefreiter in einer Fliegerinheit bei Köln. Er hatte statt seiner Fliegerhorstadresse nur eine seltsame Nummer mit römischen und arabischen Ziffern. Auch seine Liebste, Tochter meiner Patentante, konnte ihn nicht mehr besuchen und weinte in meiner Mutter Schoß hinein, daß er wohl an einem geheimen Ort wäre. Bis es durchsickerte, daß er mit der Legion Condor in Spanien sei, in diesem komischen Krieg, von dem wir in der Schule erfuhren, daß Europa vor der roten Gefahr geschützt werden muß. Heiner war plötzlich ein Held. Viele in unserer Familie waren stolz. Besonders Onkel Willi, der als Unternehmer gleich nach 1933 in den NSKK eintrat und statt seines Zweireihers fast nur noch seine braune Uniform trug. Friedel war inzwischen fast vergessen. Bis eines Tages eine Ansichtskarte aus Barcelona kam, mit dem Bild vom Hospital de Sant Paul. Viele Grüße an alle! Dahinter ein kleiner farbig verlaufener Punkt, den mein Vater mit der Lupe als winzigen Blutstropfen identifizierte. Da wußte man Bescheid. Die Grüße wurden, verlegen, nur von Ohr zu Ohr weitergegeben. Damit war die Sache erledigt. Nicht für mich.

Meine kindlich-jugendliche Phantasie arbeitete. Beide jungen Männer in Spanien. Beide mochten sich. Jetzt kämpften sie auf verschiedenen Seiten. Auf Leben und Tod. Für was? Das wußte ich nicht. Begriff es auch nicht. Die Erwachsenen schwiegen. Für mich waren sie wie Achill und Hektor, wie Siegfried und Hagen. Dann kam Heiner zurück. Naiv fragte ich ihn, ob er Friedel in Spanien getroffen hätte. Verständnislos schaute er mich an

und schüttelte den Kopf. Von dem Geld, das er für seine Landsknechtszeit bekam, kaufte er sich eine in Arbeiterkreisen beliebte NSU-Pony. Ich durfte einige Male auf dem Sozius mitfahren. Quer durch die Pfalz. Dann fuhr er sich bei Glatteis kurz vor Worms zu Tode.

Von Friedel kam 1938 eine Nachricht – die letzte – über die Schmuggellinie Elsaß-Lothringen. Seit den 20er Jahren gab es einen schwungvollen illegalen Handel mit holländischem Tabak aus den Kolonien und feinstem französischem Zigarettenpapier. In einem dieser kleinen Päckchen war ein winziger Zettel für meinen Vater

auch dieses Thema zu gestalten. Unsere Recherchen, die wir damals sehr eingehend und verantwortungsvoll durchführten, ließen das zu.

Von Hans Beimlers Seite lebten noch seine Frau Genta, seine Tochter Rosi, die ebenfalls mit einem Interbrigadisten verheiratet war, und sein Sohn Hansi, der heute Regisseur in Mexiko ist. Artur Bekkers ehemalige Frau lebte in Berlin, und seinen älteren Bruder besuchten wir in Wuppertal. Neben diesen Zeitzeugen, von denen wir Wesentliches erfuhren, waren unschätzbare Quellen für uns Richard Staimer, zeitweise Kommandeur der

Spaniens Himmel



Dolores Ibarruri und KP-Generalsekretär José Diaz bei der Verabschiedung der Internationalen Brigaden

versteckt, auf dem nur stand: Friedel, Perpignan. Erst viele Jahre später erfuhr ich von den Schriftstellern und Spanienkämpfern Friedrich Wolf und Fred Wander, die beide in diesem schrecklichen Internierungslager auf der Seite der französischen Pyrenäen waren, daß von dort unzählige Interbrigadisten an Nazideutschland ausgeliefert wurden oder starben. Einigen gelang die Flucht, und sie landeten beim französischen Widerstand. Mich hatte dieses Trauma nie losgelassen, daß zwei junge Männer aus meiner unmittelbaren familiären Umgebung, Deutsche, Arbeiter, Freunde, gegeneinander kämpften.

Als ich später die Spanienteile für einige meiner Filme schrieb, lag mir sehr daran,

XI. Interbrigade, und einige seiner noch lebenden Mitkämpfer. Viele dieser Erinnerungen sind in die Gestaltung der Filme „Hans Beimler, Kamerad“, „Artur Bekker“ und „Front ohne Gnade“ eingeflossen. Ebenfalls die Tatsache, daß in der kriegsrischen Klassenauseinandersetzung, die dem 2. Weltkrieg vorausging, auf beiden Seiten auch Deutsche kämpften und starben. Interbrigadisten gegen Faschisten. Gleich nach der „Wende“ wurden die meisten Namen unserer Antifaschisten aus dem Straßenbild getilgt und in den Schulbüchern gelöscht. Aus den Köpfen und Herzen der Menschen können sie nicht gerissen werden.

Rudi Kurz

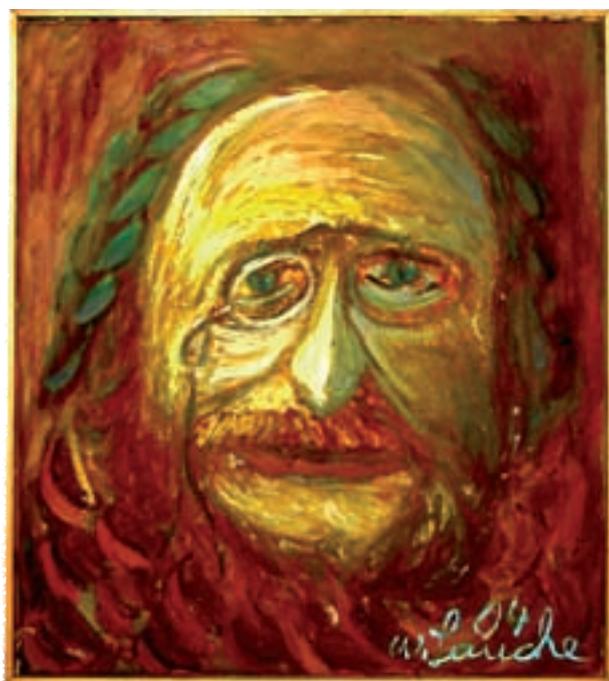
Unser Freund und „RotFuchs“-Leser, der Maler Walter Lauche aus Groß-Rietz, hat uns aus seiner Musiker-Serie drei Porträts zur Verfügung gestellt. Wir wünschen dem Künstler weiterhin viele Erfolge an seiner Staffelei.



Johann Strauß



Claude Debussy



JJacques Offenbach

Der vielseitige, sehr produktive Schriftsteller und „Feuerkopf mit sozialem Gewissen“ ist kaum noch bekannt. Dabei wird er nahezu gleichwertig neben Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Heinrich Mann, Anna Seghers und anderen genannt. Paul Zech wurde vor 125 Jahren am 19. Februar 1881 in Briesen (Westpreußen) geboren und starb vereinsamt und verbittert vor 60 Jahren am 7. September 1946 in Buenos Aires.

Im Sauerland aufgewachsen, gab er ein Studium schnell wieder auf, um aus sozialem Idealismus als Hauer und Steiger im Ruhrgebiet zu arbeiten. Später verschlug es ihn in die Eisenhütten von Belgien und Nordfrankreich. Nach dem ersten Weltkrieg, den er verabscheute, war er in verschiedenen Berufen in Berlin tätig.

Bereits 1909 veröffentlichte Zech seinen ersten Gedichtband „Das schwarze Brevier“, in dem er als Dichter der Kohlengruben und der Industrielwelt den Kapitalismus anklagte. Er zählte zu den führenden Vertretern des deutschen Expressionismus und ist mit zwölf Beiträgen in der Lyriksammlung „Menschheitsdämmerung“ vertreten. Bis 1933 veröffentlichte er etwa zwanzig Gedichtsammlungen, neun Novellen, fünf Romane, knapp zwanzig Dramen, siebzehn Übersetzungen und Nachdichtungen, acht Abhandlungen und Essays und anderes. Für Paul Zech war „jede Dichtung, sofern sie weniger denn Blut ist, politisch“. Der gedrungen Mann mit breiten Schultern und einem riesigen Schädel war ein Arbeitsfanatiker, der nur vier Stunden Schlaf brauchte.

Als Zech 1933 nach kurzer Haft Deutschland verließ, konnte er bereits auf ein umfangreiches literarisches Gesamtwerk verweisen. Er emigrierte über Prag nach Argentinien, lebte in Buenos Aires in bescheidenen Verhältnissen und arbeitete in verschiedenen deutschsprachigen Zeitschriften mit. Für seine neuen Werke fand Zech keine Verlage, obwohl er im argentinischen Exil ebenso produktiv war wie zuvor. Er schrieb von 1933 bis 1946 vierzehn Dramen, von denen „Die Heuschrecke“ 1938 in Basel uraufgeführt wurde. Ferner entstanden sieben Indio-Romane, eine Vielzahl Erzählungen, Gedichte, Übersetzungen, so daß sein Nachlaß aus dieser Zeit etwa 50 zum Teil sehr umfangreiche Manuskripte umfaßt, die zum großen Teil nicht veröffentlicht wurden.

Der Greifenverlag Rudolstadt brachte in den fünfziger Jahren Zechs Bücher „Die Kinder von Parana“, „Die Vögel des Herrn Langfoot“, „Das rote Messer“ und „Die grüne Flöte vom Rio Beni“ heraus. Dieser Verlag erwarb 1982 auch die Rechte für die Weltveröffentlichung der Werke Paul Zechs. Folglich brachte er nach 43 Jahren erstmals den Antikriegsroman „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“ (1980) heraus. Dessen ersten Teil hatte Zech 1933 in Deutschland geschrieben, den zweiten beendete er 1937 in Buenos Aires. Der Roman ist eine Darstellung des Widerstandes gegen den Faschismus in dessen ersten drei Herrschaftsjahren. Zech sah den Kampf in der Illegalität, im Konzentrationslager und in der Emigration als

eine Einheit. In den Erzählungen aus dem Exil „Menschen der Calle Tuyuti“ (1982) schilderte er plastisch und mit großem Einfühlungsvermögen die Verschiedenartigkeit der Naturwelt des lateinamerikanischen Subkontinents. Der Germanist Donald G. Daviau (aus den USA) gab 1984 im Greifenverlag den Briefwechsel der beiden gleichaltrigen Schriftsteller Stefan Zweig und Paul Zech aus den Jahren 1910

folgreich uraufgeführt worden. 1988/89 inszenierte Frank Castorf das Stück über Rimbaud an der Berliner Volksbühne. Als sechzehntes Buch unter dem Greifenverlag erschien Zechs Erzählband „Der Schatten vom anderen Ufer“ (1989). Für die Literaturwissenschaft gilt es noch, das vielschichtige und umfangreiche Lebenswerk Paul Zechs und seinen Nachlaß weiter zu erschließen, um dem

Paul Zech – ein zu Unrecht vergessener Schriftsteller

bis 1942 heraus. Es folgten in dem Rudolstädter Verlagshaus erstmals der autobiographische Roman „Michael M. irrt durch Buenos Aires“ (1985) und das Tagebuch aus dem ersten Weltkrieg „Von der Maas bis an die Marne“ (1986). Rimbaud faszinierte viele Dichter. Für Paul Zech war er schlicht eine Kultfigur. Er verfaßte „Rimbaud“, einen biographischen Essay, und die szenische Ballade „Das trunkene Schiff“. Beide wurden 1986 im Greifenverlag herausgegeben. Letztere war 1926 unter der Regie von Erwin Piscator er-

bedeutenden Dichter, Dramatiker, Novelisten, Erzähler und Romancier endlich den ihm gebührenden Platz in der Literaturgeschichte einzuräumen. Zu verweisen ist auf Zech als Nachdichter von Werken aus der französischen Literatur, von Rimbaud, Villon, Baudelaire, Balzac, Mallarmé und Louise Labé. Die Untersuchungen und Analysen zum Leben und Schaffen Zechs von Wolfgang Kießling in dem Reclam-Band „Exil in Lateinamerika“ (1980) können nur als Anfang angesehen werden.

Dieter Fechner



Tafel in Berlin-Schöneberg, Naumannstraße 78: Hier wohnte Paul Zech vor der Emigration. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Friedhof Friedenau.

Egon Krenz

zu Gast beim

2. Lesertreffen des RF

am **14. September** um **15.30 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, **Stralsund**, Knieperdamm 28. Veranstalter sind die Regionalgruppe Rostock und die Lesergemeinschaft Nord-Ost. Insbesondere Freunde aus den Kreisen Stralsund, Grimmen, Greifswald und Rügen sind hierzu eingeladen.

Die **Regionalgruppe Rostock** lädt für den **18. September** um **15.30 Uhr** in das Familienzentrum „Charisma“ Lütten-Klein, St. Petersburger Straße 18 b, zu Lesung und Gespräch mit der Schriftstellerin

Gisela Steineckert

herzlich ein.

Unkostenbeitrag: 3 Euro

Über eine Insel der realen Phantasie

Ich habe eine Ecke gefunden, ein paar Kerzen und Streichhölzer, die es mir gestatten, mein Testament zu Papier zu bringen. Und um ein Testament handelt es sich tatsächlich, das ich niederschreiben möchte, bevor es zu spät ist. Kein Testament im üblichen Sinne, keine Regelung um Nachfolge, Erbschaft und Weiterführung einer Firma oder eines Namens, sondern ein Testament, das ich der Menschheit vermache, wenn es jemanden geben sollte, der irgendwann diese Zeilen findet und sie zu lesen imstande ist. Es ist ein Geheimnis, das ich offenbare, ein Gelübde, das ich breche, und das ich mein ganzes Leben gehalten habe, um das Beschriebene nicht irgendwelchen Abenteurern oder Globetrottern oder – noch schlimmer – den Eroberern und Kolonisatoren zum Mißbrauch zu überlassen. Es ist die Geschichte von Utopia oder von der Insel der Hoffnung, wie die Eingeborenen sie nennen. Ich habe das von einem Seemann Erfahrene, den ich irgendwann und irgendwo in einer Hafenkneipe der dritten Welt getroffen habe, in mir bewahrt, um es jetzt so aufzuschreiben, wie ich es gehört habe.

Der Sailor hatte sich etliche Gläser genehmigt, als ich, der am Nebentisch saß und beim zweiten Ricard angelangt war, auf ihn aufmerksam wurde, weil er sich offenbar über das Wort speranza lustig machte, und ich keine Veranlassung sah, die Hoffnung für etwas Überflüssiges zu halten. Er tat so, als wäre es ein Code-Wort, ein Paßwort zum Internet oder etwas Ähnliches. Damals fing das Internet gerade an, die Welt zu erobern. Als ich ihm begreiflich machen wollte, daß die Hoffnung für jedermann so etwas wie ein letzter Versuch sei, das Leben sinnvoll zu machen, lachte er böse und knurrte, ich verstehe nichts davon, und ob ich ein verdammter Mann vom Geheimdienst sei, den man auf ihn angesetzt habe. Er wisse nichts und könne nichts sagen und wenn doch, dann müsse schon ein Batzen dabei herauspringen. Mit Batzen meinte er Geld. Offenbar war er ein Deutscher wie ich, denn diese Vokabel gibt es nur im Deutschen. Neugierig geworden, bot ich ihm zwanzig Dollar an, denn er saß offensichtlich auf dem trockenen, hätte sich wahrscheinlich auch mit zehn begnügt, aber irgendwie tat mir der Mann leid, der auf Spanisch, Französisch, Englisch und Deutsch fluchte und immer wieder betonte, er käme von der Insel Speranza, und man habe ihn aus dem Paradies geschmissen, weil er ein verdammter Säufer und Betrüger sei und mit dem Messer umgehen könne, alles Dinge, die zu einem anständigen Kerl gehörten, aber auf der Insel absolut verpönt und per Gesetz verboten seien.

Ich lachte, weil ich glaubte, er rede Kauderwelsch, aber er wurde noch böser und wollte mir an die Kehle. Schließlich beruhigte er sich und sagte, er sei als Seemann auf einer nostalgischen Tour gewesen, in einen furchtbaren Sturm geraten, habe Mast- und Schotbruch überlebt und die Orientierung verloren, sei über die Reeling geschleudert worden und nach zwei

Tagen auf einer mittelgroßen Insel gelandet, die weder auf den Karten verzeichnet noch jemals erwähnt worden war und ein paar Tagereisen jenseits der Osterinsel liegen mußte. Und die eben hieß ... „Utopia“, unterbrach ich ihn zum zweiten Mal, aber es störte ihn nicht weiter. Wahrscheinlich hatte er die Geschichte so oder so ähnlich schon hundertmal erzählt.

„Nein“, knüpfte er an seinen Faden an, Speranza nannten sie die Bewohner, die Insel der Hoffenden, der Seligen meineten, vielleicht auch der Untoten, denn wenn ich jetzt darüber nachdenke, glaube ich fast, das alles nur geträumt zu haben. Übrigens hat mich eine Art Fliegende Holländer aus dem Wasser gefischt, ein Geisterschiff, das plötzlich aus dem Nebel auftauchte, die Retter waren ziemlich schweigsam, aber sie verstanden mich, seltsam, verdammt seltsam alles ...“ „Was soll daran seltsam sein“, sagte ich, „Inseln gibt es viele, auch solche, die so oder so ähnlich heißen, das ist keine zwanzig Dollar wert. Und daß Sie gerettet worden sind, ist schön und gut, aber das beweist nicht mehr, als daß der Fliegende Holländer offenbar von Menschen gesteuert wurde.“ „Was wissen Sie schon“, sagte der Fremde. „Sie wissen nichts, denn es gibt nicht viele Inseln, auf denen der Mensch so leben kann, wie es menschlich ist, die Regierenden vom Volk gewählt werden, jedermann lernen und tun kann, was er möchte, die Reichen mehr nach ihrer Bildung als nach cash geschätzt werden, die Armen sich nicht arm fühlen, weil sie alles besitzen,

was zum Leben gehört, und der Krieg eine ferne Erinnerung ist ...“ Jetzt war meine Neugier endgültig erwacht.

„Warum sind Sie nicht dort geblieben“, erkundigte ich mich ironisch, „wenn es so lebenswert war?“ „Ich wollte einen Krieg beginnen“, antwortete der Fremde hysterisch, „einen Krieg, verstehen Sie. Ich bin Schiffbauer, kenne mich mit Segelschiffen aus und wollte sie bauen und exportieren, ich muß verrückt gewesen sein, ich habe einen Wald ausgesucht und abgeholzt, was ich gebrauchen konnte. Es war eine Art heiliger Wald, ein unantastbarer Wald, wahrscheinlich gab es ökologische Gründe, ihn zu schonen. Ich hab auf die Inbesitznahme gepocht, auf Eigentum, wie ich glaubte, aber sie haben kein Eigentum, jedenfalls nicht an Grund und Boden. Ich setzte auf Gewalt, und sie setzten mich in ein Motorboot – ich habe viel Geld dafür gekriegt –, statteten mich mit Sprit und Nahrungsmitteln aus und ließen mich ziehen ...“ „Dann müssen Sie doch wissen, wo die Insel liegt.“

„Weiß ich nicht“, antwortete er wütend, „weiß ich nicht und will es nicht wissen, nicht mehr, denn ich würde mich nicht zu rechtfinden auf der verdamnten Insel ...“ „Sie hatten sicher einen Kompaß?!“

„... ja, ja, aber die Inselbewohner hatten mein Schiff programmiert, und ich fuhr kreuz und quer über den Ozean, drei Tage und drei Nächte von einer grauen Wand in die andere, offenbar hatten sie den Wetterbericht eingeplant.“

Gerhard Schmidt

SPORTECKE



Der Unterschied zum Menschen soll nur minimal sein

Affen-Gene

Am letzten Augusttag des vergangenen Jahres teilte das CDU-nahe ZDF seinen Zuschauern mit, Wissenschaftler verschiedener Länder, darunter auch eine Koryphäe aus Leipzig (!), hätten herausgefunden, „daß die Gene des Affen zu 98,7 % mit denen des Menschen übereinstimmen“.

Angesichts der Tatsache, daß nur jeder millionste Mensch Gene hat, die denen eines anderen ähneln, blieb die Frage offen, mit welchen Menschen die Wissenschaftler ihre Affen verglichen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß sie wie Robert Koch verfahren, der im Selbstversuch nachwies, daß der Tuberkelbazillus bekämpft werden kann. Mit sich selbst werden sie die Affen nicht verglichen haben, weil sie bei ihren Untersuchungen doch bemerkt haben müssen, daß dann für hohe Geistigkeit und Forscherdrang nur noch 1,3 % der angelegten Fähigkeiten übrigbleiben. Aber ganz sicher ist das nicht, weil sie als einzigen Unterschied zum Affen nur die Sprache anerkannten.

Was wird dann aber aus den übrigen Lebensäußerungen des Menschen? Nennen wir zum Beispiel die Fähigkeit zu arbeiten. Man kann dazu natürlich auch Zwang sagen, der von der Natur auferlegt ist. Auf jeden Fall aber, zur Erhaltung der eigenen Art Produkte herzustellen.

Oder den aufrechten Gang? Sind die Forscher etwa auf allen vieren zum Frühstück gekrochen?

Oder die Herstellung und den Gebrauch von Werkzeugen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Wir haben es nur noch nicht bemerkt, aber es ist offenbar so, daß sich die Menschheit wie die wild

lebenden Affen immer noch im Entwicklungsstadium der Sammler befindet. Es sei denn, die Wissenschaftler meinen, daß ein vom Baum gefallener Ast, den der Affe gebraucht, um sich eine Banane zu beschaffen, auch ein Werkzeug ist.

Wie mag es denn mit den Bedürfnissen bestellt sein, die zum menschlichen Leben gehören? Zum Beispiel der Kultur. Haben unsere Gelehrten etwa nie das Bedürfnis gehabt, in ein Konzert zu gehen? Oder ins Theater?

Nun ja, die Unfähigkeit des Menschen, auf Bäume zu klettern, kann unmöglich auch noch in den 1,3 % untergebracht werden, die den Unterschied ausmachen. Sie muß also unter die 98,7 % der Fast-Affen-Übereinstimmung fallen.

Was machen wir mit dem Denken? Eigentlich und im allgemeinen, jedenfalls bei den meisten Menschen, ist das der erfolgreichste Schritt aus dem Tierreich. Wollen wir das auch noch in die 1,3 % hineinprojizieren? Vielleicht wurde hier von den Entdeckern futuristisch gedacht: Diese Gene sollten, weil sie sowieso nur Schwierigkeiten bereiten, fortan verschwinden.

Wer sich aber jetzt noch sein Denken bewahrt hat, den macht stutzig, daß in der seinerzeitigen Fernsehsendung betont wurde, ein Leipziger sei unter jenen gewesen, die sich solch weltumwälzende Erkenntnisse erarbeitet haben. Sollte das etwa suggerieren, Wissenschaftler aus dem Osten wüßten über vieles besser Bescheid und seien daher glaubwürdiger? Hierbei ist sicher nicht beachtet worden, daß

98,7 % der östlichen Besserwisser nach 1990 abgewickelt worden sind. Wurde der „Leipziger“, der seitdem offenbar nicht wieder aufgetaucht ist, nur der Glaubwürdigkeit halber als solcher deklariert?

Es kann natürlich sein, daß eifrige Journalisten unserer öffentlich-rechtlichen Medien in der Hitze des Gefechts etwas verwechselt haben: nicht 1,3 % der Gene sind different, sondern 1,3 % der Menschen sind Affen zum Verwechseln ähnlich. Ihr ganzes Gehabe ist gewissermaßen äffisch. Aber das nur nebenbei.

Unterstützt von metaphysischen „Informationen“ sollen angesichts des sozialen Dilemmas und der Krise des kapitalistischen Alltags das Weltfluchtbedürfnis vieler Menschen und deren Gleichgültigkeit in bezug auf den morgigen Tag angeregt werden. Schicksalhafter Sich-Einfügen ist angesagt. Die tierische Bedürfnislosigkeit soll als das Normale hingestellt werden. Die Masse läßt sich dann besser beherrschen, und Gelder für ihre Domptur können „reformerisch“ eingespart werden. Umgekehrt, aber mit dem gleichen Ziel, wird gepredigt, auch Tiere könnten denken, und Bewußtsein sei durchaus kein „Privileg“ des Menschen. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß die USA-Bürgerin Miriam Stamp Dawkins zu diesem Team internationaler Wissenschaftler gehörte. Sie hatte ihre Forschungsergebnisse in ein Buch mit dem Titel „Die Entdeckung des tierischen Bewußtseins“ geschrieben. Die Bilanz ihrer „Beweise“: Nach heutigem Kenntnisstand sei es definitiv unwissenschaftlich, Tieren Bewußtsein abzusprechen.

Gerhard Naumann



Grafik: SHAHAR

Leserbriefe an RotFuchs



Lieber Genosse Fidel Castro, wir, die Landesarbeitsgemeinschaft Cuba Si beim Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern, senden Dir aus Deutschland die herzlichsten Glückwünsche zu Deinem 80. Geburtstag.

Am 13. August wird die Welt auf Kuba blicken – die einen voller Haß und finsterner Gedanken, die anderen erfüllt von Dankbarkeit und Liebe, von Freude und Siegeszuversicht.

Der heroische Kampf des kubanischen Volkes und die nimmer ermüdende internationalistische Hilfe Deiner Landsleute sind beispielgebend für viele Menschen, die nach einer besseren Welt mit sozialistischer Perspektive streben.

Unsere uneingeschränkte Solidarität ist Euch opferbereiten kubanischen Kampfgefährten weiterhin sicher. Venceremos!

Karl Scheffsky, Schwerin

Vor dem Leitartikel des August-RF habe ich diesmal die Leitsätze gelesen. Vollstes Einverständnis. Händedruck!

Doch spätestens im Leitsatz 6 hätte man etwas in puncto Jugend unterbringen können oder müssen. Ist das Fehlen in der Diskussion nicht moniert worden?

Ansonsten: Mit diesem Flyer können wir uns sehen lassen. Er muß bei jeder Veranstaltung ausliegen.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Er ist eine ungemein informative und ermutigende Zeitschrift. Insbesondere für jüngere Menschen, die von erfahrenen Kommunisten mitgeteilt bekommen, warum das Bekenntnis zur DDR keine resignative Nostalgie, sondern Bekenntnis zum Sozialismus überhaupt darstellt. Des weiteren ist gar nicht hoch genug zu bewerten, wie Ihr dazu beiträgt, die am Marxismus-Leninismus orientierten Kommunisten und Sozialisten zum gemeinsamen Handeln zu bewegen, wobei Ihr Euch sowohl gegen Opportunismus als auch gegen Sektierertum wendet.

Detlef Nolde, Berlin

Endlich habe ich mal Zeit, die Geschichte der von meiner Frau und mir mitgegründeten LPG ins reine zu schreiben. Soeben verließ mich ein alter Genossenschaftsbauer. Er wollte mal wieder mit mir über die vergangenen Zeiten reden.

In einem waren wir uns einig, nämlich darin, daß wir das Glück hatten, eine historische Epoche mitzugestalten, die so schnell nicht wiederkommen wird. Was wir heute, leider auch von der Linkspartei, erleben, erinnert mich an ein Wort Lenins, der von gewissen „Revolutionären“ sprach, die sich erst eine Bahnsteigkarte kaufen, bevor sie den Bahnhof stürmen. Unsere Generation hat, bei aller Unvollkommenheit, Großartiges geleistet. Dennoch muß ich Egon Krenz recht geben, der kürzlich in Dresden sagte: „Wir sind am Ende jämmerlich gescheitert.“ Ich stimme auch Genossen Dieckmann zu: „Jeder soll über diese Fragen mit sich selbst ins Gericht gehen.“

Genug der Zitate. Es ist wirklich ungeheuer schwer, die Widersprüche der eigenen Gesellschaft zu Ende zu denken. Ich meine

unsere marxistischen Klassiker haben in historischen Dimensionen gedacht – eine Leistung, an die bis heute kaum einer ihrer Nachfolger herankam.

Noch ist der Kapitalismus in seinen Zentren nicht am Ende und hat nicht all seine Potenzen ausgeschöpft. Aber wir dürfen gespannt sein auf China und Südamerika.

Ich bleibe dabei: Geschlagen ziehen wir nach Haus; unsre Enkel fechten's besser aus!

Werner Döring, Hohnstein

Nach Entrichtung meines Mitgliedsbeitrages und Erhalt der Fördervereinskarte gehöre ich nun auch dieser von mir sehr geschätzten Gemeinschaft von Menschen mit einer bewährten Grundhaltung an. In meinem Leben und Erleben war ich immer angelegt, in diese oft aufgezwungenen gesellschaftlichen Herausforderungen einzugreifen. Trotz der altersbedingten Zurückhaltung fühle ich mich besonders durch die heutigen Widersprüche provoziert, mit meinen begrenzten Mitteln in dem notwendigen bewußtseinsbildenden Prozeß gebraucht zu werden.

Prof. Rudolf Sitte, Königsbrück

Eine Delegation des ZK der KP Griechenlands (KKE) unter Führung der Generalsekretärin Aleka Papariga hielt sich Ende Juli in mehreren Ländern des Nahen Ostens auf. Auf Zypern wurde sie vom Mitglied des Sekretariats des ZK der AKEL (KP) Fanis Christodulu empfangen. Die Delegation flog dann nach Syrien weiter. In Damaskus kam sie mit Vertretern der regierenden Baath-Partei zusammen. Bei den Gesprächen waren der Generalsekretär des ZK der Syrischen KP, Amar Bagdasch, und der Generalsekretär des ZK der KP Syriens (dort gibt es zwei Parteien), Hain Lemmer, zugegen. Die Delegation reiste dann nach Bagdad weiter. In Libanon führte sie Gespräche mit Vertretern von Parteien und Organisationen. Sie hielt sich in bombardierten Dörfern und in Flüchtlingslagern auf. Der Generalsekretär der KP Libanons Halend Handana würdigte die Initiative der KKE zu einer Resolution von 65 kommunistischen Parteien, mit der die von den USA unterstützten und von der EU geduldeten Aggressionen Israels verurteilt wurden. Nach Beendigung der Gespräche begab sich die KKE-Delegation nach Amman, wo sie mit einer Abordnung der KP Jordaniens unter Führung von Generalsekretär Leila Munier Amare zusammentraf. Im Dezember wird die erörterte Thematik bei der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Portugal erneut aufgeworfen werden.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Es verstärkt sich bei mir der Eindruck, daß sich die BRD mehr und mehr zu einem kriegslüsternen Staat entwickelt, der an zahlreichen Kriegs- und Krisenherden auf der Welt aktiv beteiligt ist bzw. durch „vornehme Zurückhaltung“ diese Handlungen indirekt gutheißt. Ein aktueller Beweis dafür ist auch die Umwandlung eines Teils des Flughafens Leipzig/Halle in eine NATO-Militärbasis, obwohl dies laut 2+4-Vertrag auf ostdeutschem Territorium untersagt ist.

Um mir die deutsche Außenpolitik plastisch vor Augen zu führen, sehe ich die BRD als Schüler einer imaginären internationalen Kriegsschule. Oberlehrer USA doziert über neue Kriegszwänge und begründet diese u. a. mit der Einstufung als Schurkenstaat, der Machtübernahme in einigen Ländern durch linksgerichtete Regierungen oder dem Westen nicht genehme Wahlergebnisse. Es gelte diese „unbotmäßigen Staaten“ zur Ord-

nung zu rufen. Dabei seien militärische Optionen nicht auszuschließen. Klassenprimus BRD hat gespannt zugehört, erinnert sich an „teutsche Tugenden“ aus der Kaiser- und Nazizeit und meldet sich zu Wort: „Mr. Oberlehrer, darf ich bei den geplanten Aktionen mitmachen?“ Natürlich wird das Angebot dankend angenommen.

So sind mittlerweile 7700 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz, der zur Beschwichtigung der eigenen Bevölkerung, die dafür kein Verständnis hat, als Vollstrecker von „Friedensmissionen“ bzw. „Wiederaufbauteams“ deklariert werden.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

„Robuste europäische Friedenstruppen“ unter Beteiligung Deutschlands forderte Israels früherer Botschafter in der BRD Avi Primor am 2. August in den Tagesthemen der ARD. Deren Aufgabe ist es keinesfalls, den israelischen Angriffen Einhalt zu gebieten. Die deutsche Geschichte dient als völlig haltlose Begründung für Zurückhaltung gegenüber Tel Aviv und Rechtfertigung des Wütens der israelischen Armee. Durch NATO-Truppen (in UNO-Verkleidung) soll nun auch nach afghanischem Vorbild die Region im Nahen Osten befriedet und „demokratisiert“ werden, befreit vom tatsächlichen und angeblichen Terrorismus der Araber.

Roland Winkler, Remseck

Man ist durchaus kein Antisemit, wenn man den Aggressionskrieg Israels in aller Schärfe verdammt. Das, was jetzt geschieht, gestattet keinerlei Berufung auf den Holocaust. Hier besteht kein Zusammenhang.

Arnold Zweig zog schon 1942 als Siedler in Israel den Schluß: „Wir sind nicht hierhergekommen, um einem Faschismus zu entrinnen und einem anderen zu verfallen.“

Gerd Brunecker, Berlin

Der im August-„RotFuchs“ veröffentlichten Erklärung zu Israel und Libanon stimme ich voll zu. Das ist die Sprache, die jeder vernünftige Mensch versteht. Jegliche Zurückhaltung gegenüber den wiederholten Aggressionen Israels sollte endgültig aufgegeben werden.

Übrigens, im Grunde schadet der Kurs Tel Avivs vor allem auch dem Ansehen Israels.

Günther Lidke, Wolfen

Glückwünsche zum 5. Jahrestag der Gründung des Fördervereins. Macht weiter so mit „RotFuchs“ und Verein!

Klaus Fischer, Magdeburg

Beim Lesen des Buches „Was war die NVA? Studien – Analysen – Berichte zur Geschichte der NVA“ konnte ich feststellen, daß sich einige Autoren (Generalmajor a. D. Prof. Reinhard Brühl, Oberst Dr. Schunke u. a.) auf in den Jahren 1994/95 in der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e. V. (KTMS) gehaltene Vorträge stützen. Es gibt eine Danksagung der Herausgeber des Buches an die Stiftung für die Genehmigung, die Beiträge aufnehmen zu dürfen.

Damit war, neben der „Lektüre“ des zu empfehlenden Buches, auch meine Neugier geweckt: Wer war Molinari?

Umhorchen bei militärischen Insidern und Historikern brachte kein Ergebnis. Ich wandte mich schließlich an das Wissens-Center der Coron Verlagsgesellschaft m. b. H Gütersloh, von der ich umgehend Antwort erhielt, die mich sehr enttäuschte. Neben einigen persönlichen Fakten blieben das Kriegsverbrechen von Molinari und das gegen ihn verhängte Todesurteil unerwähnt.

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt wirft in seinem Beitrag (RF, Nr. 102) die Frage auf, ob „... man das den aus der NVA stammenden Mitgliedern des Verbandes weiterhin zumuten will?“ Hier meine Antwort, verbunden mit der Hoffnung, über das Traditionsverständnis in deutschen Streitkräften weiterzudiskutieren. Bei aller kritischen und differenzierten Betrachtung stehe ich zur Tradition der NVA. Deren Traditionslinien und die der Bundeswehr speisen sich aus völlig unterschiedlichen Quellen und sind deshalb nicht miteinander vereinbar. Als Mitglied der Linkspartei.PDS sage ich das völlig unabhängig von Weltanschauungen und Parteiinteressen. Das war auch ein Grund dafür, daß ich nach fast 40 Jahren Dienst in der NVA und den Grenztruppen der DDR nie dem Bundeswehrverband beigetreten bin. Und so soll es auch bleiben.

Hans Linke, Suhl

Bundeskanzlerin Merkel inspizierte am 26. 7. das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, das sämtliche BRD-Soldaten im Auslandseinsatz koordiniert.

Unsere Generation kämpfte und verblutete im Zweiten Weltkrieg für Erz, Öl und Weizen, wie Goebbels und Rosenberg zugaben. Jetzt steht die Bundeswehr in fremden Ländern, vorerst nicht als Kriegspartei, aber für die Einfluß- und Rohstoffinteressen in- und ausländischer Wirtschaftsgruppen. Offiziell heißt das: „friedenssichernde Einsätze“. Bisher bewegt sich die Zahl der dabei umgekommenen Bundeswehrangehörigen im zweistelligen Bereich, was die Öffentlichkeit vorerst mit Schulterzucken hinnimmt. Wie lange noch?

Arndt Näser, Riesa

Der Nahostkonflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten entstand nach dem Rückzug der britischen Truppen aus ihrem bisherigen Mandatsgebiet. Am 29. November 1947 sprach die UNO die Empfehlung einer Zweiteilung des Gebietes in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat aus. Unter Mißachtung dieses UN-Beschlusses wurde am 14. 5. 1948 einseitig der Staat Israel ausgerufen. Israelische Terroristen bombten sich damals an die Macht. Der Vater der heutigen Außenministerin Israels, Zippi Livni, gehörte „als Anführer der Organisation Irgun an, die im Untergrund gegen Araber und Briten in Palästina operierte“. Das berichtete die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND am 21. Juli 2006. Weiter hieß es dort: „... 1946 sprengte die Gruppe das britische Hauptquartier im King David Hotel in die Luft und tötete dabei 91 Menschen.“ Der Widerstand der Araber richtete sich im Palästinensischen Krieg von 1948/49 gegen die einseitige Ausrufung des Staates Israel und war der Auftakt des seither währenden Dauerkonflikts. Die im November 1975 erfolgte Verurteilung des Zionismus durch die UNO wurde auf Betreiben Israels und der USA im Dezember 1991 wieder zurückgenommen.

Karl-Heinz Mruck, Kassel

VORSICHT

Die FIFA-WM ist abgepfeifen. Wer da welches Spiel trieb, ist nicht begriffen. Noch wurde auf Rasen mit Bällen geschossen. Im Hintergrund hat man die Waffen gegossen.

Der Nationalismus wurde erweckt. Welches Potential doch in Fan-Festen steckt! Die Fahnen hoch! Und Alkohol fließt. Bis die Weltjugend aufeinander schießt.

SchwarzRotGold. Das ganze Land ist fest, ich frag mich, in wessen Hand? Ein Volk schwenkt die Fahnen und schreit nach Sieg. Ist es auch wieder bereit zum Krieg?

Deutsche Truppen auf dem Balkan! Afghanistan! Nun kommt Kongo dran. Deutschland vertritt wieder eig'ne Interessen. Zweimal folgte Krieg! Niemals vergessen!

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Ich war in meinem Leben gern sportlich tätig. Daher meine Anerkennung guter Leistungen auf diesem Gebiet. Doch der mit der Fußball-WM zur Ablenkung von Alltagsproblemen veranstaltete nationalistische Profi-Rummel ging mir aufs Gemüt. Wie recht hatte doch schon vor 2000 Jahren der antike Philosoph Seneca, als er die als Spiele bezeichneten Massenspektakel im alten Rom kommentierte: „Der Heidenlärm, der aus den Stadien zu mir herüberdringt, bringt mich zwar nicht aus der Fassung, aber ich mache mir doch meine Gedanken: Wie viele treiben Körperkultur und wie wenige Geisteskultur! Wie geistesarm ist unsere vergötterte Bizepsaristokratie!“ Immerhin gab es damals Schauspiele, Dramen und Tragödien, die uns noch heute begeistern. Inzwischen haben wir statt dessen TV-Programme mit Profi-Sportsendungen, billigen Krimis, Pilchers Heile-Welt-Filmen und unsäglichen Seifenoperen.

Dr. Hermann Roth, Berlin

In Mecklenburg-Vorpommern war Bush zu Gast. Dieser Landstrich hatte bisher noch keinen Präsidenten der Vereinigten Staaten gesehen. Man sprach davon, der mächtigste Mann der Welt habe eines der ärmsten Bundesländer besucht. Das zweite trifft zu. Ist aber Bush auch der mächtigste Mann der Welt? Oder sind es nicht vielmehr die Öl- und Rüstungsbosse, die ihn an die Macht gebracht haben?

Vor und nach dem Bush-Besuch entbrannte eine heftige Debatte, wem man die Kosten aufbürden sollte. Mir ist egal, ob die 20 Millionen Euro vom Bund oder vom Bundesland bezahlt werden: Auf jeden Fall werden sie dem Steuerzahler aus der Tasche gezogen. Wenn ein Mann für einen Besuch von 32 Stunden 12.500 Bewacher braucht, muß es schlecht um ihn stehen.

Wie ist es um eine Partei bestellt, die sich einen notorischen Kriegsverbrecher als Wahlkampfhelfer holt?

Wenn jemand meint, ich sei antiamerikanisch eingestellt, dann kann ich nur sagen: Ich habe die größte Hochachtung vor dem amerikanischen Volk, vor seinen historischen Leistungen. Mr. Bush ist für mich nicht Amerika.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Ich bin mittlerweile über 55, habe zwei Berufs- und zwei Studienabschlüsse. Während meiner 25 Berufsjahre in der DDR habe ich für die Berufsausbildung, für zwei Studienplätze und für sechs Arbeitsstellen insgesamt 10 Bewerbungen geschrieben. Da waren die Zeiten auch noch andere, und ich war jünger. Seit der wirtschaftlichen Veränderung – das sind nun 16 Jahre – habe ich für 10 befristete Beschäftigungen und drei Weiterbildungen mehr als 715 Bewerbungen geschrieben.

Wolfgang Mey, Berlin

In der August-Ausgabe fiel uns eine redaktionelle Mitteilung auf, daß Dieter Itzerott, über den wir zum „RotFuchs“ gekommen sind, als verdienstvoller Autor in die Ehrenliste der Redaktion aufgenommen wurde. Wir

möchten ihm auf diesem Wege recht herzlich gratulieren.

Viele der Veröffentlichungen des RF spiegeln unser eigenes Leben vor und nach 1945 wider.

Ich wurde noch vor Gründung der DDR Angehöriger der Grenzpolizei, danach der KVP. Seit 1954 war ich Mitarbeiter des MfS. So gehörte ich zu den 100 000 DDR-Bürgern, gegen die die westdeutsche Justiz über 85 000 Ermittlungsverfahren einleitete. Alle sechs von der Staatsanwaltschaft Dresden gegen mich gerichteten Verfahren mußten eingestellt werden, da meine einzige „Schuld“ darin lag, die Sicherheitsinteressen der DDR wahrgenommen zu haben.

Meine Frau erhielt als Lehrerin Berufsverbot, da sie als Referentin für Lehrerbildung und danach als Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung nicht die Gewähr bot, „freiheitlich-demokratisch bilden und erziehen zu können“. Somit teilen wir das Schicksal von Tausenden Gleichgesinnten und erkennen täglich: Das ist nicht unsere Gesellschaft. Wir sind lediglich gezwungen, in ihr zu leben.

Es ist gut, daß sich viele Genossen auf ihre Ideale besinnen, sich der Öffentlichkeit stellen und die verbreiteten Unwahrheiten über sich und ihre Tätigkeit zurückweisen.

Heinz Strauchmann, Staupitz

Die Auffassung, die Klaus Steiniger im Juli-Leitartikel zum Charakter der zu erwartenden neuen Linkspartei äußerte, teile ich. Der Weg in die Sozialdemokratie wird fortgesetzt, was durch Oskar Lafontaine als Galionsfigur nur unterstrichen wurde. Bei der Beurteilung von dessen Format und Eignung stimme ich aber wahrscheinlich nicht ganz mit unserem Chefredakteur überein. Für mich sind er und sein Einfluß unerträglich für alles, was sich als links bezeichnet, auch für die neue Partei. Dabei stütze ich mich auf ein im ND vom 13. 2. als Tagesthema wiedergegebenes Gespräch. Oskar Lafontaine sagte dort, daß wir ein globales Sicherheitssystem wollen, in dem sich die Mitgliedsstaaten ausschließlich zur Verteidigung gegen Angriffe zusammenschließen. Das sei die Tradition der NATO seit Anbeginn. Er fuhr wörtlich fort: „Wenn die NATO ein solches Verteidigungsbündnis bleibt, dann spricht nichts gegen eine Ausbreitung.“ Damit hat er Fragen aufgeworfen. Erstens: Wer sind „Wir“? Und weiter: Wenn diese NATO ein „Verteidigungsbündnis“ bleiben soll, dann muß sie das doch auch schon seit 1949 gewesen sein. Aber gegen wen? Der „Terror“ droht erst seit 2001. Also bleibt nur die jahrzehntelang strapazierte „Bedrohung aus dem Osten“. Gegen eine solche These muß man sich wehren. Ich weiß nicht, ob überhaupt und wie die fusionsbereiten Parteivorstände auf diese Äußerung reagiert haben. Aber eine Vereinigung, deren „Pluralität“ so weit gefaßt ist, daß sie auch diese Haltung toleriert und einschließt, wird es mit mir nicht geben. Mit dem Träger einer solchen Auffassung will ich, wie sicher auch mancher andere, nicht in einer Partei sein. Zeitschriften zu Pferderennen lese ich nicht. Also weiß ich auch nicht, ob man dort etwa schon Wetten auf „Oskar“, das Roß aus Traja, anbietet.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

Der „RotFuchs“ spricht unsere Sprache, beleuchtet Hintergründe und tieferliegende Ursachen in eindrucksvoller Weise. Zu mehr als 95 % gibt er unsere Gedankenwelt wieder. Die Darlegungen in Nr. 102 „Links von der SPD?“ sind hart, aber wahr. Es stimmt traurig, daß bei dem Parteinneubildungsprozess die

linken Kräfte, darunter die kommunistischen Parteien Deutschlands, derzeit nicht stark genug mitwirken, um in der neuen Partei den erforderlichen Einfluß zu besitzen.

Unsere Forderungen an den Parteivorstand lauten folgendermaßen: Alle der Allgemeinheit dienenden Prozesse müssen dem Volke gehören und verstaatlicht werden; Wälder, Felder und Seen gehören dem Volke und müssen über genossenschaftliche Betriebe bewirtschaftet werden; Grund und Boden sowie Bodenschätze gehören dem Volke und müssen über eine Bodengesellschaft bewirtschaftet und vermarktet werden; auf der Basis einer bürgerlichen Demokratie kann keine soziale Gerechtigkeit erzielt werden; die Linke muß solange in der Opposition bleiben, bis sie bei Koalitionsverhandlungen mindestens die Hälfte ihrer Grundziele durchsetzen kann, wobei die Grundsätze „Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse“ und „Richtungswechsel der Gesellschaft“ nicht zur Disposition stehen können; die Begriffe müssen exakt und unwiderruflich definiert werden.

Ingrid und Guntram Weinhold, Friedland

Mit großem Interesse habe ich die Würdigung meines früheren Strafrechtslehrers Prof. Erich Buchholz durch die Rezension seiner Autobiographie „Dem Unrecht wehren“ in der Jubiläumsausgabe Nr. 100 gelesen. Erich Buchholz gilt mit Recht als Nestor der Strafrechtswissenschaft der DDR. Er hat sich nicht nur in den Jahrzehnten seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Humboldt-Universität, sondern auch als Anwalt nach 1990 bleibende Verdienste erworben. Ich bin ihm dankbar, einer seiner Schüler gewesen zu sein. **RA Dr. Ralph Dobrawa, Gotha**

Heute übersende ich Euch zwei Mitgliedsanträge für den „RotFuchs“-Förderverein: meinen eigenen und den meines Freundes Kai. Ich bekomme schon seit einiger Zeit den RF und möchte mich auf diesem Wege dafür bedanken. Ich lese den „RotFuchs“ immer mit großem Interesse und finde ihn absolut wichtig in der heutigen Zeit.

Peter Koch, Kassel

Ich möchte mich herzlich bedanken, daß ich regelmäßig den „RotFuchs“ in den Schwarzwald geschickt bekomme.

„Oh ihr Ungläubigen“, rief wohl der kreuzschleppende Jesus seinen Jüngern zu, welche Zeter und Mordio schrien. Genau so komme ich mir heute vor, wenn ich als Mittsechziger, ehemaliger DDR-Bürger, die selbst erlebte Geschichte Revue passieren lasse. Ich bin fast verzweifelt, mit welcher Arroganz, Ignoranz und Selbstverleugnung dem politischen Alltag zugejubelt wird. In der fast täglichen Auseinandersetzung mit meiner schwarzen Umwelt (Baden-Württemberg) werde ich nicht müde, die gewollte Geschichtsfälschung über die DDR beweiskräftig richtigzustellen.

An unserem „RotFuchs“ kann ich mich immer wieder aufrichten.

Gunter Helmut Lorenz, Bad Herrenalb

Seitdem ich den „RotFuchs“ lese, fühle ich mich mit vielen anderen Genossen und Sympathisanten der DDR und sozialistischer Ideale verbunden. Ich freue mich auf jede Ausgabe. Vielleicht kann man den Leserkreis noch vergrößern. Den ständigen Unterstellungen seitens der bürgerlichen Medien muß man mit aller Konsequenz entgegentreten. Gerade die heutige imperialistische Innen- und Außenpolitik zeigt, wie richtig die DDR handelte.

Mit den Leitsätzen des „RotFuchs“-Fördervereins erkläre ich mich einverstanden und werde deshalb um die Mitgliedschaft nachsuchen.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

Der RF hat als Agitator, Propagandist und Organisator von Kommunisten und Sozialisten eine bleibende Qualität und ein stabiles Wachstum der Abonnentenzahl aufzuweisen. Eine Verdreifachung innerhalb von drei Jahren ist schon bemerkenswert. Wenn jeder Leser in seinem Freundes- und Bekanntenkreis mindestens einen neuen Leser gewinnen würde, kämen wir noch schneller vorwärts. Ich habe auf diese Weise bereits etwa 20 RF-Bezieher gewonnen, indem ich alten und neuen Bekannten von unserer Zeitschrift, ihren Zielen und Besonderheiten berichtete und ihnen Probeexemplare anbot. Also, liebe Freunde und Genossen: Folgt diesem Beispiel!

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Im CDU-regierten Thüringen soll das Forum Konkrete Kunst durch den neugegründeten Verein „Geschichtsort Peterskirche“ aus diesem Gotteshaus vertrieben werden, weil man dort 100 Persönlichkeiten des Bundeslandes als Wachfiguren ausstellen will. Zu diesen „herausragenden Thüringern“ zählt für den Erfurter Kulturbeigeordneten Karl-Heinz Kindervater (CDU) auch der berühmte Nazigauleiter Fritz Sauckel, der in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt und am 16. 10. 1946 hingerichtet wurde.

Dieser Verbrecher gegen die Menschlichkeit wird durch die Christdemokraten wieder hoffähig gemacht. **Armin Lufer, Berlin**

Kanzlerin Merkel verteidigte bekanntlich die geplante Anhebung der Beiträge zur Krankenversicherung um 0,5 Prozentpunkte, um gegebenenfalls noch mehr von uns gesetzlichen Versicherten am Ende kassieren zu lassen. Uns wurde dazu in der Mitteilung erklärt, es handele sich um die Folge aus der Summe von Fehlern vieler vergangener Jahre.

Erst zum 1. 7. 2005 wurden 0,9 % Mehrkosten der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Versicherten, die schon Rente beziehen, umgelegt. Bei mir persönlich ergab sich dadurch – so der Bescheid der Deutschen Rentenversicherung – ein Abzug von monatlich 5,20 Euro. Insgesamt beläuft sich also nach 12 Monaten die Schuld des Rentenversicherers mir gegenüber bereits auf über 62 Euro (bei einer angeblichen Nullrunde).

Rolf W. Lorenz, Berlin

Birthlers anhaltinischer Landesbeauftragter Ruden schrieb in der „Magdeburger Volksstimme“, in den zurückliegenden 16 Jahren sei unter der Jugend eine deutliche Wissenslücke entstanden, sie könne nichts mehr mit dem Begriff DDR anfangen. Ihr fehle das einfachste Wissen über den Alltag der Menschen und das politische System. An „Erinnerungsorten“ wie Grenzübergängen, Grenzdenkmälern oder Haftanstalten müsse die „pädagogische Betreuung“ deutlich erweitert werden.

Herrn Ruden ist durchaus zuzustimmen, daß die Bildungskonzepte im Hinblick auf die DDR-Geschichte bei der Jugend zu einer „deutlichen Wissenslücke“ geführt haben. Der jungen Generation ist weitgehend unbekannt, daß in der DDR jeder arbeiten konnte, jeder einen Ausbildungsplatz bekam, jeder zu lernen und zu studieren vermochte. Und daß die Gesundheitsfürsorge kostenfrei war. Wer von den Jugendlichen weiß schon, daß

die Mieten weniger als 10 % des verfügbaren Haushaltseinkommens betragen?

Wer den Alltag in der DDR auf Grenzübergänge, „Grenzdenkmale“ und Haftanstalten reduziert, verschweigt die historische Wahrheit, daß dieser Staat Lebenszeit und Lebensleistung vieler Menschen war.

Jürgen Ludwig, Zerbst

Ehemalige Philosophie- und Politikexperten aus der DDR haben im „RotFuchs“ bereits oft ihre Meinung zu unserer globalkapitalistischen Gegenwart geäußert und mit Recht scharf geschossen. Da bin ich so gut wie 100 % der gleichen Meinung.

Was mir jedoch fehlt, ist die wissenschaftliche Konzeption zur Überwindung des Systems. Wie sieht der Sozialismus der Zukunft aus, und wie kommt man dorthin?

Unsere Wissenschaftler sollten ihre Überlegungen darauf konzentrieren. Mit Interesse und Befriedigung habe ich Heinz Dieterichs Buch „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gelesen. Man sollte es unseren wissenschaftlichen „Vordenkern“ auf dem Gebiet der Kapitalismuskritik als Diskussionsgegenstand empfehlen.

Dr. Klaus-Dieter Mund, Oberschöna

So eine kleine Aufheiterung wie „Teures Unwetter“ (Juni-RF) von Dr. Harry Voitzsch tut dem oft angestregten Leser gut, spricht sie doch seinen Humor an, und das Lachen, das befreit.

In dem Text „Hölzernes“ von Günter Freyer ist es ein Wort, das mich bewegte: „Besichtigung“ (der Ossis). Ja, so war es anfangs auch bei mir. Ich kam mir damals – 1990/91 – wie jemand vor, der sich in eine andere Welt versetzt sah und tatsächlich das Gefühl hatte, an einer nicht erlaubten Besichtigung teilzunehmen. Doch mußten wir bald feststellen, daß es ganz andere Leute als uns in den Osten gezogen hatte, die wir eher stille Beobachter sein wollten. Sie waren mit allem unzufrieden und forderten laut „saubere Tischdecken“ und „besseren Kaffee“ oder ließen den Kuchen einfach zurückgehen. Das habe ich in Neustrelitz erlebt. Selbst zu den Verlierern im Gesamtspiel zählend – so mein Eindruck – konnten solche Leute hier noch einmal richtig auftrumpfen.

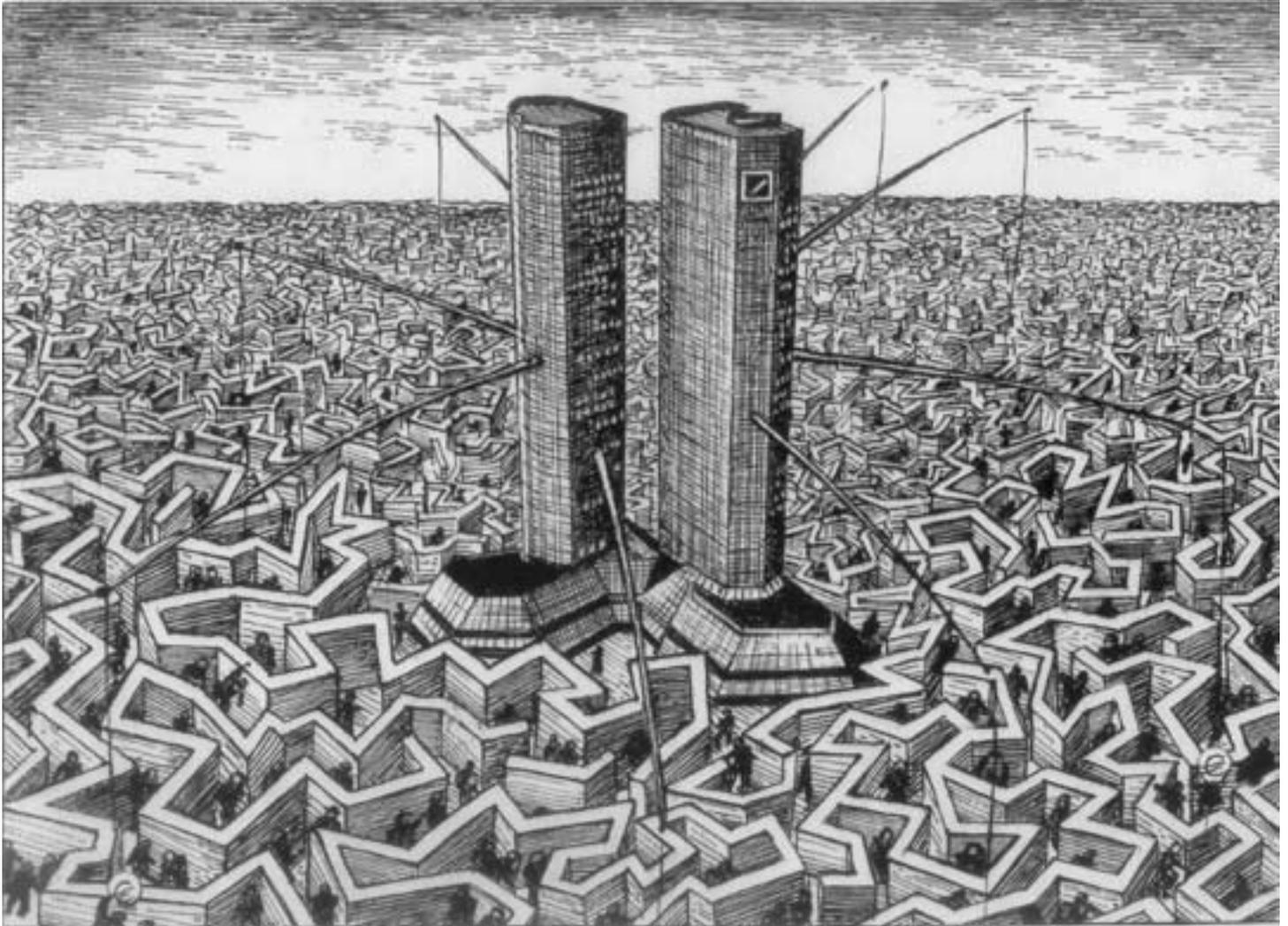
Mein Interesse an der DDR vertiefte sich aber immer mehr, auch durch die vielen oft zufällig zustandekommenden Gespräche mit ganz unterschiedlichen Menschen. Das erst nach der „Wende“ alles reglementiert wurde – diesen Satz habe ich sehr oft gehört.

Andreas Rösler, Hamburg

Nacheinander, nun gemeinsam, haben CDU und SPD das Land heruntergewirtschaftet und das, was Frau Merkel bisher gezeigt hat, ist wenig hoffnungsvoll.

Was kommt nach der Parteiendemokratie? Man könnte fast glauben, die Kirche wäre der nächste Kandidat, wenn man beobachtet, wie derzeitige Minister versuchen, ihren Glauben in der Gesellschaft institutionell zu verankern. Vor allem in Schulen und Kindergärten.

Aber welche Gesellschaftsmodelle hat denn die Kirche zu bieten? Nach wie vor besteht ihre Lehre aus festgefahrenen Dogmen, geradezu der Gegensatz einer dynamischen langfristigen Gesellschaftsprognose. Auch wenn der Glaube Berge versetzen könnte, bleibt ein Krater statt dessen zurück, und steht der neue Berg an der falschen Stelle, so ist der Glaube wohl doch nicht wirklich praktikabel. **Jochen Singer, Leipzig**



Das System

Grafik: Klaus Parche

Am **9. September** um **10 Uhr** spricht der stellvertretende Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins und letzte Rektor der Partheihochschule

Prof. Dr. Götz Dieckmann in Chemnitz, Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen**

über das Thema: **Was ist Faschismus? Wie aktuell ist Dimitroffs Definition?**

Am **15. September** um **16.30 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der

Regionalgruppe Berlin

zum **70. Jahrestag der Bildung der Internationalen Brigaden** statt.

Spanienkämpfer **Fritz Teppich** und Regisseur/Drehbuchautor **Rudi Kurz** („Hans Beimler, Kamerad“) sind zugegen.

„RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** spricht am **16. September** um **10 Uhr** in den Alt-Schweriner Schankstuben am Schlachtermarkt auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Schwerin** über das Thema

Wie steht es um die kommunistische Weltbewegung?

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber: „RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobra
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steimmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR
Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74